

SWP-Studie

Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale
Politik und Sicherheit

Günter Seufert (Hg.)

Der Aufschwung kurdischer Politik

Zur Lage der Kurden in Irak, Syrien und der Türkei

S 10
Mai 2015
Berlin

Alle Rechte vorbehalten.

Abdruck oder vergleichbare
Verwendung von Arbeiten
der Stiftung Wissenschaft
und Politik ist auch in
Auszügen nur mit vorheriger
schriftlicher Genehmigung
der SWP gestattet.

SWP-Studien unterliegen
einem Begutachtungsverfahren
durch Fachkolleginnen
und -kollegen und durch die
Institutsleitung (*peer review*).
Sie geben ausschließlich die
persönliche Auffassung der
Autoren und Autorinnen
wieder.

© Stiftung Wissenschaft und
Politik, Berlin, 2015

SWP

Stiftung Wissenschaft und
Politik
Deutsches Institut für
Internationale Politik und
Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3-4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6372

Inhalt

- 5 **Problemstellung und Schlussfolgerungen**
- 7 **Kurdistan-Irak: Regionalpolitischer Bedeutungszuwachs durch den Kampf gegen den »Islamischen Staat«**
Martin Weiss
- 25 **Von der Konfrontation zur Kooperation: Die Annäherung zwischen Kurdistan-Irak und der Türkei**
Gülistan Gürbey
- 37 **Die Hegemonie der PYD unter den Kurden Syriens und ihr Verhältnis zur PKK und zu Damaskus**
Müzehher Selcuk
- 47 **Von der »Lösung der Kurdenfrage« zum Umgang mit »Kurdistan«. Die Verhandlungen der türkischen Regierung mit der PKK**
Günter Seufert
- 61 **Die Kurden als zentraler Faktor der politischen Entwicklung in der Türkei: Wie weiter mit dem PKK-Verbot?**
Günter Seufert
- 77 **Resümee: Die Schwäche der Nationalstaaten im Nahen Osten zwingt Europa zu einer neuen Kurdenpolitik**
Günter Seufert
- 85 **Anhang**
- 85 Abkürzungen
- 87 Die Autorinnen und Autoren

**Der Aufschwung kurdischer Politik:
Zur Lage der Kurden in Irak, Syrien und der Türkei**

Jahrzehntlang galten die etwa 29 Millionen Kurden, die in der Türkei, in Iran, Irak und Syrien leben, primär als Gefahr für die territoriale Integrität dieser Staaten und damit für die Stabilität der Region. Heute ist diese Region von Staatszerfall, überbordendem Terror und Tendenzen einer Auflösung der Ordnung gekennzeichnet, die nach dem Ersten Weltkrieg geschaffen worden war. Im Zuge dieser Entwicklungen haben sich auch die Lage der Kurden und die Rolle, die sie in der regionalen Politik spielen, grundlegend geändert.

Am prekärsten ist die Lage in Syrien und im Irak – Staaten, deren nationale Einheit zurzeit weitgehend nur noch auf dem Papier besteht. Darüber hinaus haben mehrere andere Staaten große Probleme mit der politischen Integration ihrer sprachlich und konfessionell vielfältigen Bevölkerung. Manche Strategen ziehen im Nahen Osten bereits vollkommen neue Grenzen, die weder Jordanien, den Libanon, Israel noch auch die Türkei in ihrer jetzigen Form belassen.

Unmittelbare Ursache für die Bedrohung staatlicher Einheit sind kriegerische Auseinandersetzungen, die jedoch nicht zwischen zwei oder mehreren Staaten ausgetragen werden. Es handelt sich vielmehr um Kämpfe zwischen Staaten und sogenannten nichtstaatlichen bewaffneten Gruppen (Non-State Armed Groups, NSAG) bzw. um Kämpfe zwischen zwei oder mehreren dieser neuen nichtstaatlichen Akteure. Diese Akteure formieren sich auf der Basis ethnisch/sprachlicher sowie religiös/konfessioneller Identitäten.

Die beiden bedeutendsten nichtstaatlichen bewaffneten Akteursgruppen im Nahen Osten sind einerseits salafistisch/dschihadistische Formationen sunnitischer Muslime, wie der »Islamische Staat« (IS) und der Al-Qaida-Ableger Al-Nusra, und andererseits die verschiedenen Stränge der kurdischen Nationalbewegung im Irak, in der Türkei und in Syrien.

Im Irak haben sich die Kurden mit Hilfe der USA einen von der Zentralregierung in Bagdad anerkannten autonomen Teilstaat geschaffen, in dem die Demokratische Partei Kurdistans (KDP) unter Masud Barzani stärkste politische Kraft ist. Die militärische Unterstützung, die der Iran der Kurdischen Regionalregierung (KRG) im Irak beim Angriff des IS gewährt hat, zeigt ebenso wie die enge ökonomische Kooperation der Türkei mit der KRG, dass der kurdische Teilstaat in der Region heute als eine legitime Größe angesehen wird. Der Einsatz der USA zur Verteidigung der irakischen Kurden gegen den IS, aber auch die Waffenlieferungen Deutschlands und Tschechiens sind Belege für die internationale Anerkennung der kurdischen Autonomie im Irak.

In der Türkei hat der dreißigjährige bewaffnete Aufstand der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) nicht nur zur Folge gehabt, dass der türkische Staat seine Politik der Leugnung eines kurdischen Volkes, kurdischer Sprache und Kultur aufgeben musste, die er seit der frühen Republik verfolgt hat. Im März 2013 nahm Ankara auch offiziell Friedensgespräche mit der PKK auf, die bislang allerdings zu keinem Ergebnis geführt haben. Mehrere Faktoren verschaffen der kurdischen Nationalbewegung selbst in türkischen Kreisen eine Reputation, die bis vor kurzem nicht für möglich gehalten wurde: der Waffenstillstand, der seit Beginn der Gespräche anhält, die neue Strategie der PKK, die nicht müde wird, ihre Bereitschaft zur Beendigung des bewaffneten Kampfes zu verkünden, und eine neue, auf die Demokratisierung der Gesamttürkei gerichtete Rhetorik der PKK-nahen legalen Partei der Demokratie der Völker (HDP).

In Syrien hat sich unter den Kurden des Landes die ebenfalls PKK-nahe Partei der Demokratischen Union (PYD) gegen kurdische Parteien durchgesetzt, die sich an Barzani orientieren. Die PYD hat sich primär auf die Verteidigung kurdischer Siedlungsgebiete im Norden Syriens konzentriert und wurde lange kritisiert, weil sie sich nicht in die Front der Rebellen gegen das Assad-Regime eingereicht hat. Der Niedergang des gemäßigten arabisch-sunnitischen Widerstands, das Aufkommen des IS und mehr noch die dramatische Verteidigung der syrisch-kurdischen Grenzstadt Kobane haben dazu geführt, dass diese Partei nunmehr anders bewertet wird. Zwar werden undemokratische Machenschaften und Menschenrechtsverletzungen der PYD nicht übersehen; gewürdigt werden aber zugleich ihr säkularer Charakter, ihre Bereitschaft, auch Nichtkurden und Nichtmuslime zu integrieren, und ihre progressive Frauenpolitik.

Die Region erlebt einen nicht gekannten Aufschwung kurdischer Politik. Dabei stehen entscheidende Weichenstellungen an. Im Irak hoffen die Kurden auf eine Gelegenheit, ihre Unabhängigkeit zu erklären, was die Auflösung des Irak beschleunigen würde. In der Türkei sind der Ausgang der Verhandlungen mit der PKK und die Zukunft des Waffenstillstands offen. In Syrien werden die Kurden ohne Unterstützung des Westens ihre für autonom erklärten Siedlungsgebiete nicht halten können. Ein Rückzug der PYD wäre dort mit der Gefahr einer weiteren Welle ethnischer Säuberungen verbunden. Die Auswirkungen humanitärer Krisen in Gestalt der Flüchtlinge aus Syrien und dem Irak, die Notwendigkeit, eine tragfähige regionale Ordnung zu reetablieren, und die eigene energiepolitische Abhängigkeit zwingen Europa, sich über eine Änderung der Kurdenpolitik Gedanken zu machen.

Kurdistan-Irak: Regionalpolitischer Bedeutungszuwachs durch den Kampf gegen den »Islamischen Staat«

Martin Weiss

Die Expansion des »Islamischen Staates« (IS) stellt bisherige Grenzen im Nahen Osten nicht nur in Frage, sondern hat sie schon teilweise aufgelöst. Hauptschauplatz dieser Entwicklungen ist neben Syrien insbesondere der Irak, dieser multiethnische und multireligiöse Staat vom Reißbrett, der in seiner Geschichte kaum je Stabilität erlangen konnte. Relativ stabile Verhältnisse in diesem »failed« oder zumindest »failing state« gibt es seit Jahren nur in der Föderalregion Kurdistan-Irak.

Seit dem dramatischen Zerfall der irakischen Streitkräfte beim Angriff des »Islamischen Staates« auf Mossul Anfang Juni 2014 fällt den Peschmerga-Verbänden der irakischen Kurden eine entscheidende Rolle im Abwehrkampf gegen den IS zu. Der Rückzug der irakischen Armee führte dazu, dass den Kurden Kirkuk und große Teile der sogenannten »disputed areas« zufielen, um die sie seit Jahren mit Bagdad streiten. Dieser Erfolg wiederum beflügelte den alten kurdischen Wunsch, sich ganz von Bagdad zu lösen und volle Eigenständigkeit zu erlangen. So gab der Präsident der Autonomen Region Kurdistan, Masud Barzani, am 9. Juni 2014 dem kurdischen Regionalparlament den Auftrag, ein Referendum über die Unabhängigkeit vorzubereiten. In Anbetracht des weiteren Vorrückens des IS wuchs jedoch schnell die Erkenntnis, dass ein gemeinsamer, gesamtirakischer Abwehrkampf gegen den IS erst einmal Vorrang hat. Was das Streben nach Eigenstaatlichkeit angeht, gilt seither pragmatisch: Aufgeschoben ist nicht aufgehoben.¹ Fuad Hussein, Stabschef im Büro von Masud Barzani, brachte dies im November 2014 folgendermaßen auf den Punkt: »Unsere Priorität ist jetzt, den IS zu bekämpfen und zu besiegen. Mit dieser Priorität rückt alles andere nach hinten.«²

Auch wenn die Kurden in erster Linie um ihr eigenes Überleben kämpfen, fiel ihnen damit die Rolle einer der wichtigsten Bastionen gegen die menschenverachtende Ideologie des IS zu. Die Abwendung dieser Gefahr, die nicht nur den Islam pervertiert und diskreditiert, liegt im Interesse der ganzen Völkergemeinschaft. Das bis dahin eher unwichtige kleine Kurdistan-Irak hat mit dieser Herausforderung einen beträchtlichen regionalpolitischen Bedeutungszuwachs zu verzeichnen.

Die verhängnisvolle Anziehungskraft einer Organisation wie des »Islamischen Staates« auf junge Männer ist nicht nur in der islamischen Welt,

¹ »Barzani to US: We Won't Abandon Referendum Plan«, *BasNews* (online), 11.7.2014.

² Fuad Hussein in einem Interview in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ)*, »Im Gespräch: Fuad Hussein über den Bodenkampf in Syrien und im Irak, über die Rolle der Kurden und über die Reste des Saddam-Regimes: »Rekrutierung und Geld sind für den IS kein Problem«, in: *FAZ*, 11.11.2014.

Karte 1

Irak: Provinzen und Provinzhauptstädte



sondern überall und auch in Europa zu einer weltweiten Bedrohung geworden. Mit den Attentaten von Paris am 9. Januar 2015 ist die von gewaltbereiten Rückkehrern ausgehende, lange unterschätzte Gefahr grausame Wirklichkeit geworden. Die Kurden tatkräftig in ihrem Abwehrkampf gegen den IS zu unterstützen ist damit auch ein Gebot für Deutschland.

Die politischen Entwicklungen im kurdischen Nordirak bis 2014

Nach dem Dritten Golfkrieg und dem Sturz Saddam Husseins im Jahr 2003 versank der Irak im Chaos. Die Zerschlagung aller staatlichen Strukturen durch die Besatzungspolitik der USA zeitigte desaströse Folgen. Der Staat zerfiel in ein loses Konglomerat aus Herrschaftsgebieten unterschiedlicher Religionsgruppen und Ethnien. Nach dem Abzug der Amerikaner brachen unter dem zunehmend autoritär herrschenden Schiiten Nuri al-Maliki die sunnitisch-schiitischen Gegensätze wieder unvermindert auf. Die in der neuen Verfassung vorgesehene Föderalstruktur aufzubauen und zu etablieren war in diesem Umfeld eskalierender Gewalt nicht möglich.

Aufbau eines florierenden Staatswesens in chaotischem Umfeld

Eine positive Ausnahme bildet seit Anfang der 1990er Jahre die Region Kurdistan-Irak. Ende der 1980er Jahre waren unter Saddam Hussein im Zuge der völkermordartigen Verfolgungen der »Anfal-Kampagne« weit über 100000 Kurden ermordet und mehrere Tausend Dörfer zerstört worden, was eine enorme Fluchtwelle in die Türkei, in den Iran und weiter nach Europa ausgelöst hatte.¹ Die Erlösung brachte nach dem Zweiten Golfkrieg die Einrichtung einer Flugverbotszone im Februar 1991. Unter ihrem Schutz konnten Zehntausende Flüchtlinge nach Irakisch-Kurdistan zurückkehren und die Kurden ihr zerstörtes Land wiederaufbauen. Demokratische Wahlen, ein effizientes Sicherheitssystem, eine kluge Nachbarschaftspolitik und eine vorbildliche Behandlung religiöser und ethnischer Minderheiten bildeten die Grundlage für eine für nahöstliche Verhältnisse erstaunliche Stabilität und einen schnellen wirtschaftlichen Aufschwung.

Andererseits wurden notwendige gesellschaftspolitische Modernisierungen nicht konsequent vollzogen oder blieben ganz aus. Hinzu kamen negative Entwicklungen wie weitverbreiteter Klientelismus, die auch durch die bis heute politisch prägenden patriarchalischen Stammesstrukturen begünstigt wurden. Die Machtfülle der herrschenden Familien Barzani und Talabani ist der sichtbarste Ausdruck dieser Strukturen. Kritisiert werden auch zunehmende Korruption sowie Amtsmissbrauch und Bereicherung von großen Teilen der politischen Klasse.² Die Führungselite der Kurden ist sich der Problematik und der destruktiven Folgen dieser Tendenzen und der Notwendigkeit von Reformen bewusst. Dies belegen ihre wieder-

¹ Human Rights Watch, *Genocide in Iraq, The Anfal Campaign against the Kurds*, New York u.a., Juli 1993.

² Michael Rubin, »Be Very Worried about Barzani Family Power Struggle«, *Commentary* (online), 18.1.2015.

holten Bitten nicht nur um technische Hilfe, sondern auch um Unterstützung auf dem Weg zu mehr »good governance«.³

Innerkurdische Konflikte

Die insgesamt positive Entwicklung von Kurdistan-Irak wurde lange Zeit belastet von den Rivalitäten zwischen den beiden Parteien, die die kurdische Region des Irak beherrschen: der Demokratischen Partei Kurdistans (KDP) unter Vorsitz von Masud Barzani und der Patriotischen Union Kurdistans (PUK) unter Vorsitz von Dschalal Talabani. Diese Spannungen eskalierten in den Jahren 1994–1996 zu militärischen Auseinandersetzungen mit der Folge einer Spaltung der Region. Erst durch Druck von Seiten der USA konnte der Konflikt 1998 beigelegt werden.

Ein weiterer innerkurdischer Gegensatz bestand lange Zeit zwischen den irakischen Kurden und der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) aus der Türkei. Deren Guerillaeinheiten nutzten in ihrem Kampf gegen Ankara die an die Türkei angrenzenden Gebiete Irakisch-Kurdistans als Rückzugsraum. Die Folge waren türkische Strafexpeditionen und Bombardierungen von PKK-Stellungen auf irakisch-kurdischem Terrain. Spannungen bis hin zu militärischen Auseinandersetzungen zwischen den irakischen Kurden und der PKK waren unausweichlich. Inzwischen residiert die PKK überwiegend in einem Areal in den Kandil-Bergen, an der Grenze zum Iran, das ihr von den irakischen Kurden überlassen wurde.

Konflikte mit Bagdad

Auch wenn sich die Kurden bereits seit Jahren auf der Zielgeraden ihres Wegs von der Autonomie zu einem souveränen Staat sehen, war ihre Führung bisher klug genug, sich auf ihre föderale Funktion als Regierung einer Region zu beschränken. Gleichzeitig beteiligte sie sich aktiv in den zentralen Institutionen und an den politischen Prozessen im Gesamtirak. An der Erarbeitung der neuen irakischen Verfassung zum Beispiel haben die Kurden konstruktiv mitgewirkt. Auf zentralstaatlicher Ebene stellten sie lange Zeit, von 2005 bis 2014, mit Dschalal Talabani den Staatspräsidenten und heute mit Fuad Masum dessen Nachfolger. Auch der frühere Finanzminister und jetzige Außenminister Hoschjar Sebari ist Kurde. Dennoch gab es eine Reihe von Konflikten mit Bagdad.

Die Verteilung der Öleinnahmen

Ein jahrelang schwelender Konflikt gründete auf der Verteilung der irakischen Einnahmen aus dem Handel mit Öl. Da Bagdad den Kurden seit Jahren die vereinbarten 17 Prozent aller Erlöse aus dem Ölverkauf vorenthielt und nur etwa zehn Prozent auszahlte, bestanden die Kurden als Kompensation für diesen Verlust darauf, auf ihrem Territorium neu entdecktes

³ Masud Barzani in einem Gespräch mit SPD-MdBs am 15.5.2011.

Öl und Gas selbst zu vermarkten. Die Zentralregierung versuchte diese in ihren Augen illegalen Exporte mit politischem Druck und juristischen Mitteln zu verhindern. Erst Anfang Dezember 2014 kam es zu einer einvernehmlichen Regelung.

Die umstrittenen Gebiete

Bei den »disputed areas« handelt es sich um die Provinz Kirkuk und Teile der Provinzen Ninawa, Salah ad-Din und Diyala. Diese formal nicht zum föderalen Teilstaat von Erbil gehörenden Territorien reichen im Norden von der syrischen Grenze bis in den Süden auf die Höhe von Bagdad. Sie wurden 2003 zum großen Teil von den Kurden besetzt. Die Bevölkerung dieser Gebiete war in der Vergangenheit überwiegend kurdisch, mit turkmenischen und anderen Minderheiten. Schätzungen zufolge sind mehr als 100000 der dort ursprünglich ansässigen Kurden unter Saddam Hussein vertrieben und dafür viele Araber angesiedelt worden. Die »disputed areas« können nach Artikel 140 der neuen irakischen Verfassung dem Teilstaat Kurdistan dann zugeschlagen werden, wenn dies von der dort lebenden Bevölkerung mehrheitlich in einem Referendum befürwortet wird, das von der Zentralregierung durchgeführt werden muss. Bagdad war jedoch stets dagegen und hat das Referendum seit 2007 verhindert. Da die Arabisierung in dieser Region kaum rückgängig gemacht werden kann, würde der Zuschlag der »disputed areas« zum Territorium der Kurdischen Regionalregierung (KRG) den bisher überwiegend monoethnischen Charakter Kurdistans erheblich und wahrscheinlich auch konflikträchtig verändern.

Das Verhältnis zu den Nachbarn

In allen Staaten mit kurdischen Minderheiten läuteten in der Vergangenheit immer die Alarmglocken, wenn irgendwo die Kurden rebellierten und Anspruch auf einen eigenen Staat erhoben. Grund dafür war und ist bis heute die Angst, eine solche Entwicklung entfalte eine gefährliche Sogwirkung auf die eigene kurdische Minderheit. Seit etwa einem Jahrzehnt aber hat sich das Verhältnis der Nachbarstaaten zu Kurdistan-Irak zunehmend entspannt. Eine wichtige Ursache dafür war die konstant zurückhaltende Politik der kurdischen Führung in Erbil, die jeglichen Anschein vermied, sich vom Irak abspalten zu wollen oder secessionistische Bestrebungen von Kurden in den Nachbarländern zu fördern.

Türkei

Die Autonomiebestrebungen der Kurden in der Türkei wurden dort seit jeher als Separatismus gewertet und massiv bekämpft, wie der jahrelange Krieg mit der PKK beweist. Große Teile der politischen Führung in Ankara hätten auch eine Abspaltung Irakisch-Kurdistans vom Irak als »Casus belli« betrachtet. Ein Kurdistan innerhalb des irakischen Staates jedoch wird seit längerem akzeptiert. Seit Jahren finden gegenseitige Besuche auf höchster

Ebene statt. Die türkische Militärpräsenz im Nordirak wird von Erbil geduldet. Der Hauptgrund für diese Entspannung ist ökonomischer Natur. Für die türkische Wirtschaft und insbesondere für den strukturschwachen Südosten der Türkei hat sich der boomende Nachbar Kurdistan-Irak zu einem milliarden schweren Investitions- und Absatzmarkt entwickelt. Ein weiterer Grund für die Annäherung ist, dass sowohl die Türkei als auch die Führung in Kurdistan-Irak an einer Schwächung der PKK interessiert sind.

Iran

Auch das Verhältnis des Iran zu Kurdistan-Irak hat sich seit geraumer Zeit verbessert. In der Geschichte der Kurden gab es mehrfach Episoden, in denen die irakischen Kurden im Iran vor arabischer Verfolgung Zuflucht suchten und fanden. Die Kurden im Iran aber litten stets unter strenger Repression. Teheran will mit aller Macht eine Renaissance der »Kurden-Republik von Mahabad« verhindern, die zwischen 1946 und 1947 an der iranisch-irakischen Grenze kurzzeitig existierte. Dass die Demokratische Partei Iranisch-Kurdistan (PDKI) im irakischen Kurdistan Asyl genießt, missbilligt Teheran als Einmischung in iranische Angelegenheiten.

Heute stellt der »Islamische Staat« für die Schiiten des Iran eine so große Gefahr dar, dass dies zwangsläufig zu einer Annäherung Teherans an Erbil führen musste. So lieferte Iran 2014 erstmals Waffen an die Peschmerga. Auch für Bagdad ist die Unterstützung aus dem Nachbarland überlebenswichtig; es besteht die Ansicht, dass die Hauptstadt und Teile des Zentralirak derzeit ohne die Kampfkraft der iranischen Al-Qods-Brigade unter General Qasim Soleimani nicht zu halten wären.⁴

Syrien

In Syrien gelang es den Kurden 2012, in den Wirren des Bürgerkriegs und mit Duldung des Assad-Regimes Teile der von ihnen besiedelten Gebiete unter ihre Kontrolle zu bringen. In dieser von den Kurden »Rojava« genannten Zone, bestehend aus den drei territorial nicht miteinander verbundenen »Kantonen« Efrin, Kobane und Cizire (vgl. Karte 2, S. 36), leben etwa 2,5 Millionen Einwohner und eine halbe Million Flüchtlinge. Die bestimmende Kraft ist die Partei der Demokratischen Union (PYD), der syrische Arm der PKK. Die PYD hat in »Rojava« inzwischen eine auf der Ideologie von PKK-Führer Abdullah Öcalan beruhende Gesellschaftsordnung aufgebaut. Diese ist laizistisch, frei von Scharia-Elementen und in vielen Bereichen gekennzeichnet von progressiven Komponenten, so zum Beispiel bei der Gleichstellung von Mann und Frau. Andererseits wird die PYD-Herrschaft als PKK-typisch repressiv gesehen. Andere kurdische Parteien beschuldigen die PYD, jegliche Opposition zu unterdrücken und eine

⁴ »Iranischer Elitegeneral Suleiman im Irak«, in: *Der Standard* (Wien), 6.10.2014.

neue Diktatur zu errichten.⁵ Human Rights Watch beklagt zudem auch Menschenrechtsverletzungen.⁶

Kritische innere Entwicklungen nach 2012

Erhofften sich die Kurden noch 2012 eine vielversprechende Zukunft, wurden diese Träume ab 2013 durch folgende Entwicklungen empfindlich gestört:

- ▶ Die Regionalwahlen im September 2013 bescherten der bisherigen zweitstärksten Partei PUK eine deutliche Niederlage. Die bis dahin noch relativ unbedeutende PUK-Abspaltung *Der Wandel* (Goran) landete hinter der KDP auf Platz zwei. Der Anspruch der PUK, trotz dieser Niederlage in gleichem Maß wie zuvor an der Macht beteiligt zu werden, führte zu einer politischen Krise und einer über ein Jahr dauernden Lähmung der kurdischen Politik. Erst im Juni 2014 gelang es Präsident Barzani, diese Pattsituation mit der Bildung einer neuen Regierung zu überwinden, an der neben der KDP und Goran auch die PUK wieder mitwirkt. Eine Fülle von Konflikten zwischen der KDP und der PUK während des Kampfes gegen den IS mündete dann aber Mitte September 2014 in einem einseitigen endgültigen Bruch der strategischen Allianz zwischen den beiden Parteien. Damit ist die seit 2005 bestehende »Große Koalition« am Ende. Seither ist die frühere Rivalität zwischen KDP und PUK wiederaufgeflammt. Da konstruktive Kompromisse zwischen den beiden wichtigsten kurdischen Parteien wieder schwerer herzustellen sein werden, ist die langjährige Stabilität des im Aufbau begriffenen Staates gefährdet.
- ▶ Der seit langem schwelende ungelöste Streit um die »disputed areas« drohte 2013 zu eskalieren, als Ministerpräsident Maliki wie schon 2008 Anstalten machte, die bis dahin geduldete Militärpräsenz kurdischer Peschmerga in diesen Gebieten in Frage zu stellen. Insbesondere die gegen die Peschmerga in Stellung gebrachte sogenannte Tigris-Brigade, die schon unter Saddam Hussein Gräueltaten an den Kurden verübt hatte, wurde von den Kurden als Provokation und Bedrohung gesehen. Gewaltsame Auseinandersetzungen konnten nur mit Mühe verhindert werden.
- ▶ Auf die Fertigstellung einer eigenen Pipeline in die Türkei reagierte die Zentralregierung in Bagdad im Januar 2014 mit der Einstellung aller Zahlungen. Gleichzeitig übte sie Druck auf potentielle Abnehmer aus, um die Chancen kurdischer Ölexporte zu vermindern. Beide Maßnahmen engten Erbil's finanzielle Spielräume deutlich ein.
- ▶ Der im Sommer 2014 erfolgte Wechsel in der Führung des Irak weckte auf Seiten der Kurden vorsichtige Hoffnungen auf eine Entspannung. Diese richteten sich insbesondere auf den neuen Staatspräsidenten Fuad Masum, der selbst Kurde ist und aus der Elite der KDP kommt. Ob sich jedoch der neue schiitische Ministerpräsident Haidar al-Abadi von der

⁵ Thomas Schmidinger, *Krieg und Revolution in Syrisch-Kurdistan. Analysen und Stimmen aus Rojava*, Wien 2014, S. 140.

⁶ Michael Martens, »Human Rights Watch: Hinter dem Schutzwall der Kurden«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ)*, 20.6.2014.

konfrontativen Politik Malikis, der als stellvertretender Vorsitzender der Dawa-Partei nach wie vor mächtig ist, lösen kann und wird, muss sich erst zeigen. Das versprochene Zugehen auf die Sunniten findet statt, hat aber bisher noch keine durchgreifende Beruhigung der Kontrahenten gebracht. Die Sunniten beklagen – wohl zu Recht – den zunehmenden Einfluss der schiitischen Milizen, denn deren brutales Vorgehen ist oft nicht nur gegen den IS, sondern allgemein gegen Sunniten gerichtet. Das Bemühen, sunnitische Stämme für den Kampf gegen den IS zu gewinnen, ist daher bislang ohne großen Erfolg geblieben. Die schnelle Herausbildung eines funktionsfähigen föderalen sunnitischen Teilstaats kann somit unter den derzeitigen Bedingungen noch als illusorisch angesehen werden. Ein Ende der ethnischen und konfessionellen Zersplitterung des Irak ist momentan nicht abzusehen.

Eine positivere Entwicklung ist, wie oben schon erwähnt, bei der Regelung des Ölproblems zu verzeichnen. Die neue irakische Zentralregierung und die KRG haben sich am 4. Dezember 2014 auf eine Lösung für die Verteilung der Öleinnahmen geeinigt. Sollte die erzielte Übereinkunft Bestand haben und in ein neues irakisches Ölgesetz einfließen, würde dies die ökonomische Basis Irakis-Kurdistan stabilisieren und damit die Fortführung des 2014 ins Stocken geratenen Wachstumskurses ermöglichen.⁷

Der Kampf gegen den »Islamischen Staat«

Im Nachhinein lässt sich feststellen, dass die politische und militärische Sprengkraft der Bewegung, die sich heute »Islamischer Staat« (IS) nennt und aus Al-Qaida hervorgegangen ist, allgemein unterschätzt worden ist. Lange wurde die Organisation nur als eine salafistisch-dschihadistische Gruppierung gesehen, die im Irak gegen die schiitische Dominanz unter Maliki und in Syrien gegen Assad kämpft.

Dass der Machtanspruch des IS die gesamte Region einschließt, wurde der breiten Weltöffentlichkeit erst klar, als die Dschihadisten ihre Terroraktionen auf die ganze Levante ausdehnten, blitzkriegartig über die bestehenden Grenzen hinweg halb Syrien und die Hälfte des Irak eroberten und im Sommer 2014 ein »Kalifat« ausriefen. Internationale Empörung und Angst erzeugten insbesondere das Vorgehen gegen Andersgläubige wie Schiiten, Jesiden und assyrische Christen sowie die verstörenden Bilder und Videos von den dabei verübten Grausamkeiten. Nach VN-Angaben fielen den Angriffen des IS seit Anfang 2014 12000 Menschen zum Opfer, weitere 22000 wurden verletzt.⁸ Hunderttausende Menschen flohen in die Nachbarländer.

⁷ Kenneth M. Pollack, »Five Reasons for the Iraqi-Kurdish Oil Deal«, *MESOP* (online), 5.12.2014, <www.mesop.de/mesop-commentary-by-kenneth-m-pollack-brookings-five-reasons-for-the-iraqi-kurdish-oil-deal/> (Zugriff am 8.4.2015).

⁸ United Nations Assistance Mission for Iraq (UNAMI), *Casualty Figures* (Press Release), November 2014.

Bildung einer breiten Abwehrfront

Der Gefahr, dass der »Islamische Staat« den ganzen Irak überrennen könnte, die weitgehende Vertreibung der Christen aus der Ninive-Ebene und der drohende Völkermord an den Jesiden veranlassten die USA nach langem Zögern dazu, am 8. August 2014 mit gezielten Bombardierungen des IS zu beginnen. Sie kooperierten dabei mit der irakischen Armee, den schiitischen Milizen, den kurdischen Verbänden der Peschmerga und der syrisch-kurdischen PYD. In den darauffolgenden Wochen gelang es, den Vormarsch des IS zu bremsen. Die Einheiten der Terrormiliz konnten nur wenige Kilometer vor Aleppo, Erbil und Bagdad gestoppt werden.

Im Lauf des Herbstes 2014 wurde indes immer deutlicher, dass die seit August 2014 anhaltenden amerikanischen Luftangriffe allein den IS nicht würden aufhalten können.⁹ Dringend geboten war ein koordinierter Abwehrkampf aller Iraker. Der dafür notwendige Ausgleich zwischen Schiiten und Sunniten war jedoch kurzfristig nicht oder nur partiell zu erreichen. Umso positiver waren die Entwicklungen auf internationaler Ebene, wo sich Frankreich als erstes europäisches Land entschloss, ebenfalls mit Luftschlägen gegen den IS vorzugehen. Am 15. September 2014 fanden sich etwa 30 Staaten zu einer Anti-IS-Koalition zusammen. Im VN-Sicherheitsrat warb Präsident Obama am 24. September 2014 mit Erfolg für eine breite Beteiligung insbesondere der arabischen Länder, von denen sich inzwischen fünf mehr oder weniger aktiv an den Luftangriffen auf den IS beteiligen.

Die auf diese Weise intensivierte Bekämpfung der Terrormiliz aus der Luft und das Erstarren der Anti-IS-Truppen am Boden zeigten bald erste Wirkungen. Nicht nur im Irak, sondern auch in Syrien konnten die Dschihadisten teilweise zurückgedrängt werden. Im Januar 2015 wurde die lange umkämpfte Stadt Kobane an der syrisch-türkischen Grenze befreit. Dennoch lebten Anfang 2015 im Irak und in Syrien immer noch mehr als 4 Millionen Menschen unter der Terrorherrschaft des »Islamischen Staates«.

Die Türkei gab lange Zeit Anlass zu Irritationen, insbesondere weil sie beim Kampf um das direkt an der türkischen Grenze gelegene Kobane die Rolle des passiven Zuschauers spielte. Erst im Februar 2015 gab die Türkei ihre umstrittene, da sehr zögerliche Haltung gegenüber dem Kampf gegen den IS auf und beteiligt sich nun an der Ausbildung der Peschmerga der irakischen Kurden. Zudem gewährte Ankara trotz irakischer Vorbehalte Erbil einen Kredit in Höhe von 500 Millionen US-Dollar, mit dem die KRG endlich die aufgrund ihrer Finanzknappheit ausstehenden Löhne bezahlen kann.¹⁰

⁹ Markus Kaim, »Irak: Boots on the Ground? Drei Gründe, weswegen Luftschläge gegen den Islamischen Staat kaum ausreichen dürften«, *Internationale Politik und Gesellschaft* (online), 23.9.2014.

¹⁰ »Abadi Asks Turkey to Stop Financially Supporting Kurdistan«, *MESOP* (online), 26.2.2015, <www.mesop.de/abadi-asks-turkey-to-stop-financially-supporting-kurdistan-turkey-refuses-iraqi-prime-ministers-request/> (Zugriff am 8.4.2015).

Das Schicksal der Jesiden

Im Nordwesten des Irak stießen die irakischen Peschmerga an die Grenze ihrer Möglichkeiten, da ihnen für den gleichzeitigen Kampf an verschiedenen Abschnitten der langen Front gegen den militärtechnisch überlegenen Gegner IS die nötigen Waffen und auch die Munition fehlten. Ihr Zurückweichen vor der Übermacht der Terrormiliz hatte für die Jesiden schmerzhafteste Konsequenzen, bedeutete es doch die Eroberung ihres Siedlungsraums um das Sindschar-Gebirge durch den IS. Hunderte Männer wurden getötet, viele Frauen entführt, religiöse Heiligtümer zerstört. Mehrere Zehntausend Jesiden flüchteten in das unwegsame Sindschar-Gebirge, wo viele von ihnen an Hunger, Durst und Hitze starben.¹¹ Nur dank der Versorgung durch US-Armeeflugzeuge konnte eine noch größere humanitäre Katastrophe verhindert werden.

Als die Kämpfer der YPG, des bewaffneten Arms der PKK-nahen PYD, für eine gewisse Zeit einen Korridor von den syrischen Kurdengebieten aus zum Sindschar-Gebirge öffneten, konnte ein Teil der von den IS-Kräften belagerten Jesiden nach Syrien fliehen. Die PKK/PYD suchte sich die Rettung der Jesiden allein auf die eigenen Fahnen zu schreiben, was Erbil jedoch als nicht wahrheitsgemäß zurückwies.¹² Endgültig befreit wurden die eingeschlossenen Jesiden erst, als die jesidischen Gebiete und die Stadt Sindschar Ende 2014 im Zuge einer Offensive der irakischen Peschmerga und verstärkter Luftangriffe unter Führung der USA zurückerobert wurden.

Auswirkungen des Kampfes auf innerkurdische Entwicklungen

Die Entwicklungen in Syrien und dem Irak haben der PKK einen signifikanten Bedeutungszuwachs beschert. Dieser stärkt ihr Selbstbewusstsein und ihren Anspruch auf eine Führungsrolle unter den Kurden. Aufgrund ihrer Erfolge erwartet die PYD und damit auch die hinter ihr stehende PKK von der internationalen Gemeinschaft eine Gleichbehandlung mit den Peschmerga. So forderte Cemil Bayik, der Kovorsitzende der Union der Gemeinschaften Kurdistans (KCK), des politischen Arms der PKK, die Lieferung von Waffen auch an diese beiden Organisationen.¹³

Die innerkurdischen Beziehungen sind weiterhin geprägt von wechselnden Allianzen und widersprüchlichen Entwicklungen: Einerseits führten die Ereignisse in Syrien und dem Irak zu einer Intensivierung der bis dato eher losen Beziehungen zwischen den zahlreichen kurdischen Organisationen in den beteiligten Ländern. Die gemeinsame Bedrohung durch den IS gebot ganz offensichtlich ein Zusammenrücken. Am 23. Oktober 2014 einigten sich von der PYD angeführte syrische Kurdenparteien und der

¹¹ Erzdiakon Emanuel Youkhana, »Die Jesiden verhungern und verdursten«, in: *Die Zeit*, 14.8.2014.

¹² »Kurdwatch Newsletter dekonstruiert den Sindjar-Mythos«, *MESOP*, 1.10.2014, <www.mesop.de/mesop-kurdwatch-newsletter-dekonstruiert-den-sinjar-mythus/> (Zugriff am 8.4.2015).

¹³ Markus Bickel, »Kurde gegen Kurde«, in: *FAZ*, 25.8.2014.

Barzani nahestehende syrische Kurdische Nationalrat (KNC) unter Vermittlung des irakisch-kurdischen Präsidenten auf Grundsätze eines gemeinsamen Kampfes gegen den IS.¹⁴ Für die KRG war dieses sogenannte Abkommen von Dohuk das Signal zur Unterstützung der syrischen Kurden im Kampf um Kobane. Nachdem die Türkei die Durchreise gestattet hatte, konnten im November 2014 150 irakisch-kurdische Peschmerga mit schweren Waffen in Kobane eingesetzt werden. Diese dringend benötigte Hilfe durch Artillerie war sehr effektiv und trug zur Rückeroberung von Kobane bei. So kam auch der Kovorsitzende der PYD, Salih Muslim, nicht umhin, sie als Zeichen kurdischer Solidarität zu würdigen.¹⁵

Andererseits ist nicht zu übersehen, dass der KDP von Barzani in Gestalt der PYD und ihres militärischen Arms, der YPG, sowohl machtpolitisch als auch ideologisch Konkurrenz herangewachsen ist. Nicht allein deshalb, weil die KDP ihr gutes Verhältnis mit der Türkei nicht belasten will, sondern aufgrund dieser innerkurdischen Machtverschiebungen ist das Verhältnis der KDP zur PKK und zur PYD von wachsenden Spannungen gekennzeichnet. Diese kommen besonders deutlich in der vom IS befreiten jesidischen Sindschar-Region zum Ausdruck. Während die KDP dieses Gebiet unter der Herrschaft der KRG halten will, strebt die PKK/PYD die Etablierung eines jesidischen Kantons unter ihrer Kontrolle nach dem Muster der drei kurdischen Kantone in Syrien an.¹⁶

Anstrengungen zur Abwendung humanitärer Katastrophen

Der Krieg in Syrien war seit 2012 Ursache für einen wachsenden Strom syrischer Flüchtlinge, die auch in den Irak gingen. Von den inzwischen circa 234 000 Syrern, die im Irak Zuflucht gefunden haben, wandte sich der überwiegende Teil nach Irakisch-Kurdistan. Dieser Flüchtlingsansturm bewegte die Regierung in Erbil dazu, die Grenze nach Syrien zu schließen. Die ohnehin schon angespannte Situation verschärfte sich 2014 noch deutlich, als der IS auf der Bildfläche erschien und sich immer weiter ausbreitete. Die International Organization for Migration (IOM) bezifferte die Zahl der Binnenflüchtlinge im Irak im März 2015 auf über 2,5 Millionen. Vierzig Prozent davon haben auf dem Territorium der KRG Zuflucht gefunden.¹⁷ Unter den Binnenflüchtlingen sind viele Christen und Jesiden, deren Leben im übrigen Irak zunehmend bedroht war. Ihre Zahl wuchs sprunghaft an, nachdem der IS die Hochburg der Christen, die Stadt Kara-

¹⁴ »Syrian Kurdish Parties Sign ›Dohuk‹ Deal to Fight ISIL«, in: *Turkish Weekly*, 23.10.2014.

¹⁵ PYD-Kovorsitzender Salih Muslim bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Berlin am 18.11.2014.

¹⁶ Wladimir van Wilgenburg, »New Dangerous Rivalry between Kurds over Shingal«, *MESOP*, 16.1.2015, <www.mesop.de/mesop-after-isis-a-strange-ugly-new-battle-about-against-shingal-initiated-by-pkk/> (Zugriff am 16.1.2015).

¹⁷ United Nations Iraq, »More Funds Needed to Support Displaced in Kurdistan Region of Iraq (KR-I)«, 31.3.2015, <www.uniraq.org/index.php?option=com_k2&view=item&id=3556:more-funds-needed-to-support-displaced-in-kurdistan-region-of-iraq-kr-i&Itemid=605&lang=en> (Zugriff am 16.4.2015).

kosch und deren Umland, eingenommen und die jesidischen Siedlungsgebiete im Sindschar-Gebirge im Nordwesten des Irak überrannt hatte.

Die Versorgung der insgesamt rund 1,6 Millionen Flüchtlinge in Kurdistan stellt für die kurdische Bevölkerung im Irak, die selbst nur 5,3 Millionen Köpfe zählt, eine enorme Herausforderung und logistische Belastung dar. Nur dank immenser Anstrengungen der Kurdischen Regionalregierung (KRG) konnte eine humanitäre Katastrophe bislang abgewendet werden. Die Belastung ist inzwischen jedoch so groß, dass die KRG die Einreise weiterer irakischer Binnenflüchtlinge zusehends erschwert.¹⁸ Der Flüchtlingsnotstand brachte sowohl die irakische Regierung als auch die KRG schnell an den Rand ihrer Möglichkeiten, so dass sie auf internationale Hilfe angewiesen waren. Diese erfolgt durch die verschiedenen Organisationen der Vereinten Nationen wie UNHCR, UNICEF, WFP und WHO sowie durch viele nationale Hilfsorganisationen. Die größten bilateralen Geber waren im Jahr 2014 Saudi-Arabien (500 Millionen US-Dollar), die USA (111 Millionen) und Deutschland (103 Millionen). Der »Strategic Response Plan Iraq 2014/2015«, den das VN-Koordinationsbüro für Humanitäre Hilfe (OCHA) vorgelegt hat, schätzt den Hilfsbedarf des Irak auf 2,23 Milliarden US-Dollar – ein Betrag, von dem Ende 2014 allerdings erst 34 Prozent finanziert waren.¹⁹

Die Rolle Deutschlands

Die im Kontext der Syrien-Krise für den Irak bestimmten humanitären Hilfsleistungen des Auswärtigen Amtes (AA) und des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) beliefen sich von 2011 bis 2013 auf insgesamt über 400 Millionen Euro. Lag der Schwerpunkt der Unterstützung bis 2012 in den Ländern Syrien, Jordanien, Libanon und Türkei, so werden seit 2013 auch humanitäre Maßnahmen im Nordirak gefördert. 2014 stockte die Bundesregierung die Mittel mehrfach auf.²⁰ Im gleichen Jahr leistete das AA im Irak Unterstützung in Höhe von 53,2 Millionen Euro, das BMZ im Umfang von 66,5 Millionen.²¹ Im August 2014 wurden von Deutschland aus etwa 150 Tonnen Versorgungsgüter nach Kurdistan geflogen. Eine der wichtigsten deutschen Organisationen für die Durchführung der humanitären Hilfe in Kurdistan ist das Technische Hilfswerk (THW), das seit Herbst 2013 in enger Zusammenarbeit mit dem UNHCR, mit UNICEF und NGOs in mehreren Flüchtlingslagern tätig ist und sich hauptsächlich Aufgaben widmet wie Camp-Infrastruktur und -Management, Wasser und Abwasser, Energie, Hygiene und Sanitärtechnik

¹⁸ Sachstand *Humanitäre Hilfe in der Irak-Krise*, unveröffentlichtes Papier des Auswärtigen Amtes, 10.1.2015.

¹⁹ Office for the Coordination of Humanitarian Affairs (OCHA), *Strategic Response Plan Iraq 2014/2015*, New York, 23.10.2014, <<http://reliefweb.int/sites/reliefweb.int/files/resources/FINAL%20SRP%20PDF%2021%20Oct%202014.pdf>> (Zugriff am 8.4.2015).

²⁰ Pressemitteilungen des Auswärtigen Amtes vom 31.8., 1.10. und 21.10.2014.

²¹ Sachstand *Humanitäre Hilfe in der Irak-Krise* [wie Fn. 18].

sowie Müllentsorgung.²² Daneben intensivierten 2014 auch eine Reihe deutscher NGOs ihre humanitäre Hilfe im Nordirak, wobei sie sich auf private Spenden und großzügige Firmenzuwendungen stützen konnten.

Militärische Unterstützung

Trotz einer weitgehend ablehnenden öffentlichen Meinung beschloss die Bundesregierung am 31. August 2014, Waffen an die KRG zu liefern. In den darauffolgenden Wochen wurden circa 500 Tonnen Ausrüstung und Waffen im Wert von rund 70 Millionen Euro über Bagdad nach Kurdistan geflogen. Der größte Teil bestand aus Kleinwaffen wie Pistolen, Schnellfeuer- und Maschinengewehren. In geringerem Umfang waren auch Panzerfäuste und Panzerabwehrraketen Teil der Lieferung. Der offizielle Dank der Kurden für diese Unterstützung darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass er hinsichtlich der Art der Waffen von einer (nicht laut artikulierten) Enttäuschung überlagert wurde: Denn die Kleinwaffen waren nicht erste Priorität der kurdischen Kämpfer, da mit ihnen keine Waffengleichheit mit dem IS herzustellen ist.²³ Viel effizienter sind dagegen die gelieferten panzerbrechenden Milan-Raketen. Diese wurden sofort erfolgreich eingesetzt. Es sind davon jedoch nur 30 Systeme mit 500 Schuss übergeben worden – zu wenig, nach Aussagen des Sprechers des Peschmerga-Ministeriums, um die über 1000 Kilometer lange Front schützen zu können.²⁴

Bei ihrem Besuch in Kurdistan-Irak am 12. Januar 2015 stellte Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen in Aussicht, dass die Lieferung weiterer Waffen geprüft werde, und bekräftigte den Beschluss des Bundeskabinetts vom 17. Dezember 2014, 100 Bundeswehrsoldaten zur Ausbildung von Peschmerga-Einheiten nach Kurdistan zu entsenden. Im Rahmen dieser Maßnahme sind inzwischen mehrere Hundert Peschmerga ausgebildet worden.

Empfehlungen an die deutsche Politik

Deutschland hat ein essentielles Interesse an der Stabilität des Irak und seiner Nachbarn. Eine Verstärkung des deutschen Engagements wird daher schon länger gefordert.²⁵ Sie ist auch dringlicher denn je. Heute stellt der »Islamische Staat« eine Bedrohung von weltpolitischer Dimension dar. Kurdistan-Irak ist eines der wichtigsten Bollwerke gegen diese Gefahr. In Abwandlung des berühmten Struck-Zitats könnte man sagen: »Deutschland wird auch in Kurdistan verteidigt«. Konsequenterweise hat

²² THW Operation in Kurdistan Region-Irak, internes Papier des THW, 1.9.2014.

²³ Johannes Leithäuser, »Peschmerga mit Wehrmachtsgewehren«, in: FAZ, 26.9.2014.

²⁴ General Helgurd Ali in einem Beitrag von Björn Blaschke, WDR-Korrespondent in Kairo, »Wir haben hier einen ganz klaren Auftrag«, MESOP (online), 15.2.2015, <www.mesop.de/mesop-special-deutsches-zeravani-training-centre-in-bnaslava-nahe-erbil/> (Zugriff am 8.4.2015).

²⁵ Christopher S. Chivvis, *What Role for Germany in Iraq?*, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, August 2008 (SWP Research Paper 7/2008).

die Bundesregierung damit begonnen, Mitverantwortung dafür zu übernehmen, dass der IS zurückgeschlagen wird.

Im deutschen Interesse ist, dass Kurdistan-Irak lebensfähig, stabil und stark bleibt. Unabhängig davon, ob sich die Kurden mit ihrer Autonomen Region im Irak halten lassen oder aber ganz unabhängig machen, bedarf Kurdistan-Irak weiterhin und nachhaltig der Unterstützung. Handlungsbedarf im Sinne einer Ausweitung der Hilfe von deutscher Seite besteht in vielen Bereichen.

Fortsetzung und Ausweitung der Humanitären Hilfe

Angesichts einer nach wie vor drohenden humanitären Katastrophe und der laut OCHA noch bestehenden Finanzierungslücken ist es dringend geboten, dass die internationale Gemeinschaft ihre Hilfe verstärkt. Weiterhin wichtig sind langfristige Programme zum Aufbau neuer Lebensgrundlagen für die Vertriebenen, denen eine Heimkehr in ihre angestammten Siedlungsgebiete wohl für längere Zeit nicht möglich sein wird. Für Flüchtlinge, die wie die Jesiden und Christen aufgrund ethnisch oder religiös bedingter Verfolgung praktisch keine Perspektive auf Rückkehr haben, sollte Deutschland besondere Aufnahmekontingente beschließen.

Neben den akuten existentiellen Problemen sollten aber die »humanitären Altlasten« aus der Saddam-Zeit nicht aus dem Blick geraten. Nach wie vor gibt es viele Opfer der Giftgaseinsätze von 1989, die im Gedächtnis der Iraker unauslöschlich mit Deutschland verbunden sind, lieferten doch deutsche Firmen die Technik und Rohstoffe zur Giftgasproduktion. Wie alle Parteien am 14. März 2013 im Deutschen Bundestag gefordert haben, sollte die Bundesregierung die deutsche Hilfe dahingehend ausweiten, dass die medizinische und psychologische Nachsorge für die Überlebenden und ihre Angehörigen intensiviert werden.²⁶

Zusätzliches militärisches Engagement

Ob sich Deutschland in der Region noch umfassender militärisch engagiert, wird von den kommenden Entwicklungen im Irak und in Syrien und von den daraus resultierenden sicherheitspolitischen Notwendigkeiten abhängen. Sollte sich ein weiteres Ausbreiten des IS nicht stoppen lassen, wird die Bundesregierung die deutsche militärische Rolle überdenken müssen. Die bereits beschlossene Entsendung von Bundeswehrsoldaten nach Kurdistan zur militärischen Ausbildung der Peschmerga ist ein erster Schritt in diese Richtung. Noch ist allerdings offen, ob und wie bestehende verfassungsrechtliche Bedenken ausgeräumt werden können. Der geplante Einsatz ist damit ein weiterer Beleg für die Dringlichkeit der Aufgabe, die Zulässigkeit von Auslandseinsätzen der Bundeswehr und die Erfordernisse der sie betreffenden Genehmigungsverfahren zu klären.

²⁶ Deutscher Bundestag, 17. Wahlperiode, *Stenografischer Bericht*, 228. Sitzung, 14.3.2015 (Drucksachen 17/12685, 17/12684, 17/12692).

Von noch größerer Wichtigkeit ist die bereits angekündigte Lieferung weiterer Waffen an die Kurden, die nach eigener Auskunft vor allem weitreichende panzerbrechende Abwehrsysteme wie Milan-Raketen brauchen, aber auch Artillerie oder Panzer. In Berlin gehen die Meinungen zu diesen Waffenexporten weit auseinander, stellen sie doch einen Bruch mit der bisherigen Regelung dar, keine Waffen in Konfliktgebiete zu liefern. Die Regierungsparteien befürworten die Lieferungen mehrheitlich, es gibt aber auch skeptische Stimmen. Bei der Opposition überwiegt Ablehnung. Einzelne Politiker wie der außenpolitische Sprecher der Union, Philipp Mißfelder, halten dagegen sogar deutsche Kampfeinsätze für erwägenswert.²⁷

Verstärkung der Entwicklungszusammenarbeit

Der wirtschaftliche Aufschwung Kurdistan-Iraks in den letzten Jahren kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass der Landesteil bis heute unter den Folgen der völkermordartigen Massaker und Vertreibungen und der vielfältigen Zerstörungen unter Saddam Hussein Ende der 1980er Jahre zu leiden hat. Die Region befindet sich immer noch im Wiederaufbau und braucht deshalb bei einer Reihe von Entwicklungs- und Modernisierungsprozessen Unterstützung.

Um entsprechende Hilfe hat der kurdische Präsident Masud Barzani mehrfach bei Begegnungen mit deutschen Politikern gebeten.²⁸ Gefragt sind einerseits Projekte der klassischen Entwicklungszusammenarbeit in technischen Sektoren. Die KRG ist bereit, Aktivitäten in diesem Bereich, zum Beispiel der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ), weitgehend selbst zu finanzieren.²⁹ Hilfe benötigt Kurdistan-Irak andererseits aber auch bei der Überwindung der bestehenden gesellschaftspolitischen Defizite. Werte wie Pluralismus, Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit müssen gestärkt werden. Hierbei könnte Deutschland, das auf jahrzehntelange und in verschiedenen Weltregionen gesammelte Erfahrungen in der Parlamentsberatung, der Unterstützung des Justizwesens, der Polizeiausbildung etc. zurückblicken kann, ein geeigneter Partner sein.

Die diesbezüglichen deutschen Aktivitäten, die in Kurdistan noch in den Anfängen stecken, sollten großzügig ausgeweitet werden. Dabei sollte das ganze Spektrum der Instrumente gesellschaftspolitischer Beratung zum Einsatz kommen, insbesondere auch durch Beiträge der politischen Stiftungen.

Die Durchsetzung der nötigen Reformen in jenen Strukturen, die Entwicklung hemmen, aber auch im Sicherheitssektor und zur Bekämpfung der Korruption wird nicht einfach sein. Zwar hat die kurdische Führung erkannt, wie dringend diese Reformen sind, es mangelt jedoch an dem

²⁷ Philipp Mißfelder, MdB, im *ARD-Morgenmagazin* am 11.9.2014.

²⁸ Masud Barzani in diversen Gesprächen mit deutschen Politikern in Kurdistan und in Berlin.

²⁹ Dr. Ali Sindi, Planungsminister der KRG, 2013 bei diversen Gesprächen in Erbil.

Willen, sie konkret in die Tat umzusetzen. Gleichwohl ist ihre Einsicht, dass Kurdistan-Irak Unterstützung von außen benötigt, eine gute Basis für die Intensivierung der deutschen Entwicklungskooperation.

Schlussfolgerungen für den Umgang mit Kurdistan-Irak

Die existenzbedrohende Gefahr durch den »Islamischen Staat« hat Araber und Kurden im Irak zusammenrücken lassen. Niemand aber sollte in dieser aus der Not geborenen neuen Pragmatik eine grundlegende Veränderung der arabisch-kurdischen Beziehungen sehen. Denn eine nüchterne Analyse dieser Beziehungen lässt nach wie vor den Schluss zu, dass eine Verselbständigung Kurdistans auf längere Sicht wahrscheinlicher ist als die Herausbildung eines funktionierenden Föderalstaats im Irak.

Der Wunsch der Kurden nach völliger Unabhängigkeit ist nämlich ungebrochen.³⁰ Die intensive militärische Kooperation mit diversen Staaten des Westens hat die kurdische Eigenständigkeit weiter gestärkt. Was den Weg zur Unabhängigkeit allenfalls nach wie vor bremsen könnte, sind eher unkalkulierbare, mit innerkurdischen Rivalitäten verknüpfte Risiken.

Die internationale Staatengemeinschaft steht dem Wunsch der irakischen Kurden nach völliger Selbstständigkeit und Eigenstaatlichkeit noch immer ablehnend gegenüber.³¹ Unverändert überwiegen die Bedenken, dass eine Teilung des Irak ein gefährlicher Präzedenzfall wäre und negative Folgen nicht nur für den Irak, sondern für die gesamte Region hätte. Befürchtet werden sowohl ein Domino-Effekt in den Nachbarländern mit kurdischen Minderheiten als auch die darauf folgenden unkalkulierbaren und aller Erwartung nach repressiven Reaktionen dieser Staaten. Die mittlerweile etablierte Quasi-Staatlichkeit der von der PYD beherrschten syrischen Kurdengebiete hat all diese Sorgen noch verstärkt.

In der Staatengemeinschaft herrscht daher die Ansicht vor, dass die kurdisch-arabischen Probleme besser innerhalb der bestehenden regionalen Ordnung gelöst werden sollten als durch Separation.³² Gut gemeinte Lösungsmodelle, die den Kurden im Irak mehr Autonomie zugestehen oder eine konföderale Staatsstruktur entwerfen, verkennen indes meist den Fakt der schon weitgehend vollzogenen Trennung Kurdistans vom Rest-Irak und die Wirkungsmacht des gewachsenen kurdischen Freiheitswillens.

Die Kurden – immerhin mit circa 40 Millionen Menschen³³ das größte Volk ohne einen eigenen Staat – berufen sich dagegen zunehmend auf das

³⁰ Micha'el Tanchum, »The Kurds' Big Year. The Political Conditions That Favor Kurdish Independence in Iraq«, in: *Foreign Affairs*, 12.1.2015, <www.foreignaffairs.com/articles/142765/michael-tanchum/the-kurds-big-year> (Zugriff am 8.4.2015).

³¹ F. Gregory Gause, »Is This the End of Sykes-Picot?«, in: *Washington Post* (online), 20.5.2014, <www.washingtonpost.com/blogs/monkey-cage/wp/2014/05/20/is-this-the-end-of-sykes-picot/> (Zugriff am 9.4.2015).

³² Luay Al Khateeb/Ahmed Mehdi, »The Kurds Can't Afford to Leave Iraq«, in: *New York Times*, 9.11.2014.

³³ Die Summe schließt Kurden in Armenien und anderen Ländern des Kaukasus sowie in der internationalen Diaspora ein. Die Zahl der Kurden in der Region beläuft sich auf circa 29 Millionen.

»Selbstbestimmungsrecht der Völker«. Und manch einer verweist darauf, dass sich die internationale Gemeinschaft in ähnlichen Konfliktsituationen trotz auch dort bekannter Risiken für die Trennung der streitenden Parteien und die Schaffung neuer Staaten eingesetzt habe, wie zum Beispiel in den Fällen Kosovo, Montenegro, Eritrea oder bei der Zweistaatenlösung im israelisch-palästinensischen Konflikt.³⁴

Internationale Initiativen, die Problematik dadurch zu lösen, dass den Kurden ein eigener Staat zugestanden wird, sind derzeit nicht in Sicht. Genauso wenig gibt es aber auch Ansätze, konföderale Staatsmodelle, die den Irak erhalten würden und für Bagdad und Erbil akzeptabel wären, zu entwickeln und gegenüber den Hauptakteuren zu vermitteln. Es ist offenkundig, dass diese Passivität eher den zentrifugalen Kräften zugutekommt.

Vor diesem Hintergrund wäre die internationale Staatengemeinschaft gut beraten, sich zumindest auch auf die Möglichkeit des Zerfalls des »failing states« Irak einzurichten. Es ist nicht ausgeschlossen, dass sie bald Sorge dafür tragen muss, dass ein Teilungsprozess im Irak einvernehmlich und gewaltlos verläuft.

Auch die deutsche Politik sollte sich auf ein solches Szenario einstellen. Anstatt als Bremsen von nicht aufzuhaltenden Emanzipationsprozessen aufzutreten, wäre es geboten, sich für einen solchen Fall rechtzeitig vorzubereiten, indem man sich schon jetzt den daraus folgenden Herausforderungen und Aufgaben stellt:

- ▶ den zu erwartenden Prozess der Scheidung der Region Kurdistan vom Irak durch kluge Mediation zu moderieren,
- ▶ die Akzeptanz eines Kurdenstaats im Irak und in den Nachbarstaaten zu fördern
- ▶ sowie Hilfestellung beim Aufbau von Strukturen guter Nachbarschaft und regionaler Zusammenarbeit zu leisten.

³⁴ Interview des Autors mit Dr. Arsalan Baiz, Präsident des kurdischen Regionalparlaments, Erbil, 17.4.2013.

Von der Konfrontation zur Kooperation: Die Annäherung zwischen Kurdistan-Irak und der Türkei

Gülistan Gürbey

Seit 2008 haben sich die Beziehungen zwischen der föderalen Region Kurdistan-Irak, offiziell als »Kurdistan Region of Iraq«¹ bezeichnet, und der Türkei sukzessive vertieft. Ein neuer kooperativer Ansatz hat die traditionelle, auf Konfrontation angelegte türkische Strategie der Nichtanerkennung, Leugnung und Eindämmung der Kurdischen Regionalregierung abgelöst.

Die enge Beziehung zwischen der Türkei und Kurdistan-Irak ruht auf zwei Säulen. Eine davon ist die intensive Kommunikation zwischen der Gerechtigkeits- und Entwicklungspartei (Adalet ve Kalkınma Partisi, AKP), die in der Türkei die Regierung stellt, und der Demokratischen Partei Kurdistans (Kurdistan Democratic Party, KDP). Zum zweiten bestehen gute persönliche Kontakte zwischen dem türkischen Staatspräsidenten Recep Tayyip Erdoğan und seinem Ministerpräsidenten Ahmet Davutoğlu auf der einen und dem Präsidenten der kurdischen Autonomieregion Masud Barzani sowie seinem Premierminister Nechirvan Barzani auf der anderen Seite. Vorbei ist die lange Zeit, in der türkische Entscheidungsträger, darunter auch Erdoğan, von den politischen Führern der Kurden im Nordirak nur abfällig als »Stammesführer« gesprochen haben. Heute ist Erbil einer der wichtigsten Verbündeten Ankaras in der Region. Ende März 2011 eröffneten Präsident Barzani und Erdoğan, damals noch Premierminister, gemeinsam den neuen Internationalen Flughafen von Erbil und das türkische Konsulat.²

Die Region Kurdistan hat rund fünf Millionen Einwohner, die auf nahezu 40 000 Quadratkilometern leben. Damit ist das kurdische Territorium im Irak viermal so groß wie das des Libanon und größer als das der Niederlande. Die Region umfasst die drei nördlichsten Provinzen Erbil, Sulaimaniyya und Dohuk, von denen jede einen vom Volk gewählten 41-köpfigen Provinzrat aufweist. Die maßgeblichen politischen Institutionen der Region Kurdistan sind die Kurdische Regionalregierung, die kurdische regionale Präsidentschaft und das kurdische Parlament. Regierungssitz und Hauptstadt ist Erbil, auf (Sorani-) Kurdisch Hewler genannt. Kurdistan-Irak unterhält enge internationale Kontakte unterhalb der diplomatischen

¹ Artikel 117 der irakischen Verfassung von 2005 lautet: »First: This Constitution, upon coming into force, shall recognize the region of Kurdistan, along with its existing authorities, as a federal region.« Zu den Aufgaben der föderalen Regionen siehe Artikel 120–123 der Verfassung: Kurdistan Regional Government, *Constitution of Iraq*, Erbil, 15.10.2005, <www.krg.org/a/d.aspx?l=12&r=107&a=12329&s=030000> (Zugriff am 12.12.2014).

² Vgl. Kurdistan Regional Government, »President Barzani and Prime Minister Erdogan Open Erbil International Airport and Turkish Consulate«, Erbil, 30.3.2011, <www.krg.org/a/d.aspx?t=223&l=12&s=02010100&a=39389&s=010000> (Zugriff am 12.12.2014).

Ebene. 15 Staaten, darunter die USA, die Türkei, Deutschland, Frankreich, Russland, Iran und Ägypten, sind mit Generalkonsulaten, Verbindungsbüros oder Honorarkonsuln in Erbil vertreten. Die Kurdische Regionalregierung (Kurdistan Regional Government, KRG) hat Vertretungsbüros in 13 Hauptstädten außerhalb des Irak, darunter Washington, Berlin, Paris, London und Rom.³

Ursachen und Ziele der Annäherung von Erbil und Ankara

Wichtigste Impulse für die enge Kooperation mit der Türkei aus Sicht der Kurdischen Regionalregierung sind die Verletzlichkeit und das ausgeprägte Sicherheitsbedürfnis Irakisch-Kurdistans angesichts der allgemeinen Unsicherheit im Irak, welche durch den Abzug der US-Truppen noch verstärkt wurde. Später kam der Bürgerkrieg in Syrien hinzu, und aktuell bedroht die radikal-islamistische Terrororganisation »Islamischer Staat« (IS) auch den kurdischen Nordirak.

Darüber hinaus sind die Kontrolle über die Erdöl- und Erdgasfelder in der Autonomieregion (zunächst ohne Kirkuk) und eine eigenständige Erdöl- und Erdgaspolitik ökonomisch und strategisch von vitaler Bedeutung, um die materielle Abhängigkeit von Bagdad zu überwinden und die wirtschaftlichen Grundlagen für eine spätere Unabhängigkeit sicherzustellen. Angesichts der geographischen Lage Irakisch-Kurdistans, das keinen Zugang zum Meer besitzt, sieht die Kurdische Regionalregierung die Türkei als zentralen strategischen Partner: Sie dient als Tor zum Westen und als Transitstaat für kurdisches Erdöl und Erdgas. Verglichen mit den Alternativen Syrien oder Irak bietet die Türkei die stabilste Route an. Allerdings ist der Erdöl-Disput zwischen der KRG und der Zentralregierung in Bagdad auch im März 2015 noch nicht endgültig beigelegt.

Aus türkischer Perspektive bilden die ungelöste Kurdenfrage der Türkei und das Kräfteressen mit der türkisch-kurdischen Arbeiterpartei Kurdistans (Partiya Karkeren Kurdistan, PKK) die Hauptmotivation für die Annäherung an den kurdischen Nordirak. Jahrzehntlang hat dort die Türkei PKK-Stellungen bombardiert und auch Militäraktionen durchgeführt. Letzteres geschah teils in Kooperation mit den Milizen (Peschmerga) der KDP sowie denjenigen der Patriotischen Union Kurdistans (Patriotic Union of Kurdistan, PUK), damals zweitstärkste politische Kraft der Region. Seit Mitte der 1990er Jahre hat sich die Türkei mit Duldung der kurdischen Führung auf irakisch-kurdischem Boden militärisch festgesetzt. Nahe der türkischen Grenze unterhalten die türkischen Streitkräfte an strategischen Punkten in Irakisch-Kurdistan Militärstützpunkte mit schweren Panzereinheiten, Kampfhubschraubern und Spezialeinheiten, namentlich bei Bamerni, Batufa, Amediya und Kanimasi. Einerseits verhandelt die Türkei mit dem inhaftierten PKK-Führer Abdullah Öcalan, andererseits ver-

³ Vgl. Kurdistan Regional Government, »Foreign Relations«, Erbil, März 2015, <<http://cabinet.gov.krd/p/page.aspx?l=12&s=030000&r=318&p=230&h=1>> (Zugriff am 23.3.2015).

sucht sie, die KRG an sich zu binden und Masud Barzanis Rolle als Führer aller Kurden der Region und Gegengewicht zur PKK zu stärken.

Überdies hat Ankaras Annäherung an Erbil mit dem Bürgerkrieg in Syrien und dem Vormarsch des radikal-islamistischen IS dort und im Irak zu tun. Beides hat die regionale Dimension der Kurdenfrage unverkennbar hervortreten lassen. Was die Kooperation der Sicherheitsapparate betrifft, bewährte sich die Regionalregierung als Partner des Westens. Aber auch die PKK und die mit ihr verbündete stärkste Kraft der syrischen Kurden, die Partei der Demokratischen Union (Partiya Yekitiya Demokrat, PYD), konnten durch ihren Kampf gegen den IS ihr Ansehen mehren. Für die Türkei bedeutet dies, dass der von innen und außen ausgeübte Druck gestiegen ist, die Kurdenfrage im eigenen Land zu lösen. Ankara möchte die PKK entwaffnen und sich als regionaler Schutzpatron der türkischen, irakischen und syrischen Kurden etablieren. Letzteres ist aus türkischer Sicht besonders vordringlich, sollte die territoriale Integrität des Irak nicht mehr gewahrt bleiben und Irakisch-Kurdistan unabhängig werden. In diesem Falle muss Ankara daran interessiert sein, nicht nur die Rolle der Türkei als Schutzherr der Kurden zu festigen, sondern auch zu verhindern, dass der iranische Einfluss wächst.

Nicht zuletzt ist das Zusammenwirken mit Erbil auch ein Ausdruck des außenpolitischen Selbstverständnisses der AKP. Ziel ist es, über enge wirtschaftliche Kooperationen den Einfluss der Türkei in der Region zu erweitern und dort zur Führungsmacht zu avancieren. Das schließt auch eine enge Kooperation mit der Kurdischen Regionalregierung ein. Diese hat zudem an strategischer Bedeutung für die Türkei weiter gewonnen, seitdem Syrien als Paradebeispiel für eine erfolgreiche »Null-Probleme-Politik« weggefallen und der türkische Handel über Syrien in Richtung Golfstaaten unterbrochen ist.

Schließlich ist Ankaras Zusammenarbeit mit der KRG von vitalen energiepolitischen Interessen und Zielen der Türkei geleitet. Die AKP-Regierung bemüht sich zum einen, türkische Energieimporte zu diversifizieren und die Abhängigkeit von teurem russischem und iranischem Erdgas und Erdöl zu vermindern. Zum anderen möchte sie die strategische Position der Türkei als Energiedrehscheibe zwischen dem Nahen Osten, dem Kaukasus und Europa ausbauen. Kurdisches Erdöl und Erdgas sind dafür außerordentlich wichtig.

Die energiepolitische Kooperation Erbils und Ankaras und der innerirakische Erdölkonflikt zwischen Erbil und Bagdad

In Planungen für die globale Energieversorgung spielt der Irak eine bedeutende Rolle. Das Land besitzt die weltweit fünftgrößten Erdölreserven.⁴ Der Irak und seine kurdischen Gebiete sind Teil einer Region, die als »strategische Ellipse« bezeichnet wird und ein Gebiet umfasst, das sich vom Nahen

⁴ Vgl. U.S. Energy Information Administration (EIA), *OPEC Revenues Fact Sheet*, Washington, D.C., 22.7.2013.

Osten über den Kaspischen Raum bis in den hohen Norden Russlands erstreckt. Darin lagern etwa zwei Drittel der weltweit bekannten Erdöl- und Erdgasvorkommen, die sich nach heutigem Stand wirtschaftlich fördern lassen. Zu dieser Region gehören Saudi-Arabien, der Iran, die Vereinigten Arabischen Emirate, Katar, der Irak, Kuwait, Russland und Kasachstan.

Der innerirakische Erdölkonflikt: Bagdad und Erbil auf Konfrontationskurs

Nach optimistischen Schätzungen liegen bis zu zehn Prozent der irakischen Erdölreserven in der kurdischen Autonomieregion (ohne Kirkuk).⁵ Um diese Vorkommen zu erschließen, hat die Kurdische Regionalregierung trotz massiven Widerstands der Bagdader Zentralregierung zahlreiche Entwicklungspartnerschaften und -verträge mit internationalen Ölgesellschaften unterschrieben. Die ersten Vertragsabschlüsse datieren von 2005. Inzwischen sind mehr als 45 Ölgesellschaften aus über 30 Staaten mit der KRG im Geschäft. Beteiligt sind unter anderem die USA, die Türkei, Südkorea, Norwegen, Kanada, die Vereinigten Arabischen Emirate, die Schweiz, England, Ungarn, Russland, Australien, Österreich, Frankreich und Indien. Die Kurdische Regionalregierung verfügt mittlerweile auch über eigene Ölfirmen.⁶

Die Zentralregierung in Bagdad forderte dagegen stets, kurdisches Erdöl ausschließlich über die nationale irakische Ölgesellschaft SOMO (State Oil Marketing Organization) zu exportieren. Einnahmen aus dem Handel mit kurdischem Erdöl sollen in das Budget der irakischen Zentralregierung fließen, die dann die Anteile der Kurdischen Regionalregierung zu berechnen hätte. Anfang 2014 begann diese jedoch, Erdöl direkt via die Türkei an Drittabnehmer auszuführen. Daraufhin stoppte die irakische Zentralregierung die Auszahlung der Anteile aus dem Staatshaushalt, die den Kurden zustanden – Zahlungen, die für die wirtschaftliche Stabilität des Autonomiegebietes von existentieller Bedeutung sind. Lange davor hatte sich Bagdad geweigert, ein überfälliges gesamtirakisches Erdölgesetz zu beschließen, das die Rechte und Kompetenzen der Zentralregierung und der Kurdischen Regionalregierung hätte regeln sollen. Diese wiederum hatte im August 2007 ein kurdisches Erdöl- und Erdgasgesetz verabschiedet, das Erbil ermächtigte, Verträge über die Exploration und Produktion von Erdöl in der Autonomiezone zu schließen.⁷ Der Erdöl-Disput betraf auch die

⁵ *Middle East Economic Digest*, 24.11.2006, S. 5.

⁶ Vgl. dazu Ministry of Natural Resources, »Oil/Vision«, Erbil, 25.8.2013, <<http://mnr.krg.org/index.php/en/oil/vision>>; »List of Oil Companies in Kurdistan«, *iraq-business news*, 25.6.2013, <www.iraq-businessnews.com/2013/06/25/list-of-oil-companies-in-kurdistan/> (Zugriff am 12.12.2014).

⁷ Zum Erdöl- und Erdgasgesetz der KRG siehe *Oil and Gas Law of the Kurdistan Region – Iraq, Law No. (22) – 2007*, <http://cabinet.gov.krd/uploads/documents/Kurdistan%20Oil%20and%20Gas%20Law%20English__2007_09_06_h14m0s42.pdf> (Zugriff am 22.3.2015).

sogenannten umstrittenen Gebiete⁸ im Nordirak, die sich offiziell außerhalb der kurdischen Autonomieregion befinden, auf die die Kurdische Regionalregierung jedoch Anspruch erhebt. Sie umfassen insgesamt 13 Distrikte und drei Subdistrikte in den Provinzen Ninawa, Kirkuk, Salah ad-Din und Diyala. Die Streitfragen, die sich um Öl, die Stadt Kirkuk und die genannten Gebiete drehen, sind nicht erst heute entstanden, sondern vor allem auf die ethnische Säuberungs- und Arabisierungspolitik des Saddam-Regimes in den 1970er und 1980er Jahren zurückzuführen. Im Zuge dieser Politik wurden unter anderem Hunderttausende Kurden vertrieben und ermordet. Der Konflikt um die Zugehörigkeit dieser Gebiete sollte Ende 2007 mit Hilfe eines Referendums gemäß Artikel 140 der irakischen Verfassung gelöst werden, doch die irakische Zentralregierung vertagte es bis auf weiteres. Die kurdischen Peschmerga, Milizen der KDP und der PUK, brachten diese Gebiete einschließlich der Stadt Kirkuk Anfang Juni 2014 unter ihre Kontrolle, nachdem die irakischen Truppen sich vor dem IS aus Mossul zurückgezogen hatten. Die kurdische Kontrolle über Kirkuk ist von strategischer Bedeutung, denn die Ölfelder dort bergen etwa 13 Prozent der irakischen Ölvorkommen.⁹ Mit Kirkuk wäre die wirtschaftliche Unabhängigkeit eines kurdischen Staates mehr als gesichert. Die ausgrenzende Politik der Zentralregierung unter Nuri al-Maliki hatte das historisch tief verwurzelte Misstrauen der irakischen Kurden nur noch verstärkt und sie weiter in Richtung Unabhängigkeit gedrängt. In umso günstigerem Licht erschienen die Möglichkeiten der Kooperation mit Ankara. Der Energiebedarf der Türkei und die Suche der Kurdischen Regionalregierung nach Abnehmer- und Transitländern fügten sich perfekt zusammen.

So duldet die türkische Regierung zwar derzeit die faktische Kontrolle der Kurden über Kirkuk, denn es geht auch darum, den Einfluss des Iran zu begrenzen. Den sogenannten Turkmenen-Faktor setzt die türkische Regierung nicht mehr wie zuvor offensiv gegen die Kurden ein, sondern bemüht sich zunehmend um Kooperation zwischen diesen und den Turkmenen. Dennoch bedeuten die momentan eher gemäßigten Töne aus Ankara in Bezug auf Kirkuk nicht, dass die Türkei auf historisch abgeleitete und mit dem Schutz der Turkmenen begründete Ansprüche auf Mitsprache in der irakischen Politik verzichtet. Nach wie vor besteht Ankara auf einen Sonderstatus für Kirkuk (mit gleichberechtigter Partizipation der Turkmenen) und lehnt die Einverleibung Kirkuks in die kurdische Autonomieregion ab. Mehr noch, aus Sicht der türkischen Regierung, die eine neo-osmanische Regionalpolitik betreibt und die türkischen Einflusssphären in ehemaligen osmanisch beherrschten Geographien ausweiten möchte, gewinnt Kirkuk (und Mossul) sogar zusätzlich an Bedeutung, da es einst osmanisches Gebiet war. Mit Blick auf die Zukunft der Kirkuk-Frage

⁸ Für Näheres zur historischen Dimension siehe Sean Kane, *Iraq's Disputed Territories. A View of the Political Horizon and Implications for U.S. Policy*, Washington, D.C.: United States Institute for Peace, März 2011 (Peaceworks Nr. 69).

⁹ Vgl. International Energy Agency, *World Energy Outlook 2005. Middle East and North Africa Insights*, Paris 2005, S. 390; International Crisis Group, *Iraq and the Kurds. The Brewing Battle over Kirkuk*, Brüssel/Amman, 18.7.2006.

dient die Zusammenarbeit mit der KRG bei gleichzeitiger Unterstützung der Turkmenen auch dazu, auf Entwicklungen nach einem Auseinanderbrechen des Irak vorbereitet zu sein und den türkischen Einfluss sicherzustellen. Eine mögliche Einverleibung der kurdischen Autonomieregion und Kirkuks (sowie Mossuls) in die Türkei ist zwar eine bislang nur unterschwellig geäußerte Möglichkeit, die aber im Einklang mit der neo-osmanischen Regionalpolitik steht und daher nicht abwegig erscheint.¹⁰ Diese Option wurde schon früher offen zur Sprache gebracht, zum Beispiel im Kontext des Golfkrieges 1991 und während der Ära Turgut Özal (1983–1993).¹¹ Ob und wie sich die türkische Kirkuk-Position durchsetzen wird, hängt von vielen Faktoren ab, die im Sog der rasanten regionalen Entwicklungen und wechselnden Allianzen wohl kaum kalkulierbar sind.

Den Höhepunkt der energiepolitischen Kooperation beider Länder stellte ein umfassendes Paket von Vereinbarungen dar, das am 6. November 2013 unterzeichnet wurde und eine Zusammenarbeit für die nächsten 50 Jahre festlegt. Die Vereinbarung sieht den Ausbau von Erdöl- und Erdgaspipelines vor, um Kurdistans Reserven in die Türkei und über diese auf den Weltmarkt zu exportieren. Im Januar 2014 begann kurdisches Erdöl über eine neu gebaute Pipeline direkt vom kurdischen Territorium zum türkischen Mittelmeerhafen Ceyhan zu fließen und wurde von dort auf den Weltmarkt gebracht. Die neue Pipeline verläuft von Khurmala nach Faysh Khabur an der türkischen Grenze. Nach Angaben von Ashti Hawrami, KRG-Minister für Bodenschätze, können über diese Leitung 300 000 Barrel Erdöl pro Tag transportiert werden. Ziel der Kurdischen Regionalregierung ist es, bis zum Jahr 2015 die Produktionsrate auf eine Million Barrel Erdöl pro Tag zu erhöhen und von 2015 bis 2019 zu verdoppeln.¹²

Bis dato hatte die Kurdische Regionalregierung die Erdöl- und Erdgasproduktion auf ihrem Kerngebiet (ohne Kirkuk)¹³ zwar ausbauen können,

10 Siehe »Hüseyin Yayman: Kürdistan Türkiye'ye bağlanabilir« [Kurdistan kann an die Türkei angeschlossen werden], *ensonhaber*, 16.6.2014, <www.ensonhaber.com/huseyin-yayman-kurdistan-turkiyeye-baglanabilir-2014-06-16.html> (Zugriff am 2.3.2015); »Musul ve Kerkük Türkiye'ye bağlanabilir« [Mossul und Kirkuk können an die Türkei angeschlossen werden], *on5yirmi5* (Nachrichtenwebsite), 16.6.2014, <www.on5yirmi5.com/haber/guncel/dis-politika/159721/musul-ve-kerkuk-turkiyeye-baglanabilir.html> (Zugriff am 2.3.2015).

11 Für Näheres zum Kirkuk-Mossul-Faktor in der Ära von Turgut Özal siehe Gülistan Gürbey, *Außenpolitik in defekten Demokratien. Gesellschaftliche Anforderungen und Entscheidungsprozesse in der Türkei 1983–1993*, Frankfurt/New York: Campus, 2005 (Studien der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung, Bd. 46).

12 Siehe Interview mit Ashti Hawrami: »Polishing the Diamond«, in: Ministry of Natural Resources u.a. (Hg.), *The Oil & Gas Year. The Who's Who of the Global Energy Industry, Kurdistan Region of Iraq 2013*, Erbil u.a. 2013, <http://mnr.krg.org/images/pdfs/TOGY_KRG_2013_interview_Minister_Ashti_Hawrami_page%2032.pdf> (Zugriff am 12.12.2014). Nähere Informationen zur kurdischen Energiepolitik sind der Homepage des Ministeriums für Bodenschätze zu entnehmen: Ministry of Natural Resources, »Latest News«, <<http://mnr.krg.org/index.php/en>>, sowie »Oil/Vision«, <<http://mnr.krg.org/index.php/en/oil/vision>> (Zugriff am 12.12.2014).

13 Es handelt sich um zwei produzierende Erdölfelder in Tawke bei Dohuk und in Taq Taq mit zusammen auf 1,3 Milliarden Barrel geschätzten Reserven, siehe »Genel Energy:

war allerdings bei der Ausfuhr von Erdöl und Erdgas stark von der Zentralregierung abhängig geblieben. Dies hing damit zusammen, dass die bereits bestehenden Export-Pipelines außerhalb der Autonomiezone lagen und über Kirkuk durch irakisches Territorium verliefen. Durch die neue Pipeline war die KRG nunmehr in der Lage, nicht nur erheblich mehr Erdöl in und über die Türkei zu exportieren, sondern erlangte auch größere Kontrolle über die kurdischen Erdölausfuhren und besseren Zugang zum Weltmarkt.

Am 22. Mai 2014 verkündete die KRG, dass sie ohne Zustimmung der irakischen Zentralregierung Erdöl exportiere. Offiziellen kurdischen Angaben zufolge werde es in Tankern zu Drittnehmern transportiert. Bis zu diesem Zeitpunkt seien bereits 2,5 Millionen Barrel Erdöl ausgeführt worden. Die Erlöse aus dem Erdölhandel wurden über die türkische Halkbank an die Kurdische Regionalregierung transferiert. Ferner sollte eine zweite Pipeline, diesmal für Erdgas, gebaut werden, so dass 2017 auch der Erdgasexport hätte beginnen können. Mit dem Vormarsch des IS auf Sindschar (kurdisch: Şengal, das wichtigste Siedlungsgebiet der nichtmuslimischen kurdischen Jesiden) und in Richtung der Hauptstadt Erbil Anfang August 2014 sollten sich jedoch die Parameter für diesen innerirakischen Konflikt grundlegend wandeln.

Erneute Annäherung an und vorläufige Einigung mit Bagdad

Die direkte militärische Bedrohung der Hauptstadt Erbil durch den »Islamischen Staat«, die nur durch US-amerikanische Intervention gestoppt werden konnte, hat den kurdischen Peschmerga schmerzhaft die Grenzen ihrer Möglichkeiten aufgezeigt, die Region Kurdistan militärisch zu schützen. Diese Erfahrung veranlasste Erbil, in Sachen Unabhängigkeit einen Schritt zurück zu machen und erneut die Kooperation mit Bagdad zu suchen.

Erstes Ergebnis dieser Strategieänderung ist eine Teilvereinbarung zum Erdöl-Disput, die die Kurdische Regionalregierung mit der Zentralregierung Anfang Dezember 2014 erzielte.¹⁴ Im Rahmen der neuen Vereinbarung, die am 1. Januar 2015 in Kraft trat, wird die Kurdische Regionalregierung 250 000 Barrel Erdöl pro Tag aus den neuen Erdölfeldern in Kurdistans Kerngebiet und 300 000 Barrel pro Tag aus der umstrittenen Region Kirkuk, die jetzt kurdisch beherrscht ist, über die neue kurdische Pipeline in und über die Türkei exportieren. Diese Ausfuhren werden in Regie der irakisch-nationalen Ölgesellschaft SOMO abgewickelt, was dem Anliegen der Zentralregierung entspricht, mehr Kontrolle über die kur-

The Best in Class Kurdistan-Focused Oil Producer«, *Seeking Alpha*, 20.8.2014, <<http://seekingalpha.com/article/2438945-genel-energy-the-best-in-class-kurdistan-focused-oil-producer>> (Zugriff am 20.4.2015).

¹⁴ Siehe dazu die Erklärung von Nechirvan Barzani, Ministerpräsident der Autonomie-region: Kurdistan Regional Government, »PM Barzani: »We Have Set a Strategy. It's Time to Open a New Page and Move Past the Language of Threats.«, Erbil, 3.12.2014, <www.krg.org/a/d.aspx?s=010000&l=12&a=52616> (Zugriff am 12.12.2014).

dischen Erdölexporte auszuüben. Im Gegenzug erhält die KRG 17 Prozent der gesamtirakischen Einnahmen aus dem Energieexport. Bagdad hatte die Überweisungen gestoppt, nachdem die Regionalregierung Anfang 2014 begonnen hatte, auf eigene Rechnung Erdöl zu exportieren. Ferner werden die Gehälter der kurdischen Peschmerga vom irakischen Verteidigungsministerium bezahlt. Insgesamt ist die Vereinbarung ein erster Schritt auf dem Wege zu einem Modus operandi. Sie erlaubt beiden Seiten, ihre finanziellen Engpässe zu verringern, die sich durch den Fall des Erdölpreises verschärft hatten, und die militärische und politische Front gegen den gemeinsamen Feind IS zu stärken.

Wirtschaftliche Kooperation zwischen Ankara und Erbil

Die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen der Türkei und Kurdistan-Irak hat seit 2008 erheblich zugenommen. 70 Prozent des Handels der Türkei mit dem Irak betreffen diese Region bzw. laufen über sie. Offiziellen türkischen Quellen¹⁵ zufolge sind in Irakisch-Kurdistan etwa 1500 türkische Firmen tätig, überwiegend im Bausektor, wo sie mehr als 800 große Bau- und Infrastrukturprojekte verwirklichen. Als Exportmarkt für die türkische Bauindustrie steht die Autonomieregion an vierter Stelle. Rund 50 000 türkische Staatsbürger sind dort beschäftigt. Umgekehrt entfallen 80 Prozent des irakisch-kurdischen Imports auf die Türkei. Ungefähr 45 Prozent dieser türkischen Exporte kommen aus den Provinzen Antep, Mardin, Şırnak und Mersin und spielen auch für die wirtschaftliche Entwicklung chronisch unterentwickelter Provinzen der Osttürkei eine wesentliche Rolle. Bei Investitionen in Kurdistan-Irak liegt die Türkei mit einer Milliarde US-Dollar hinter den Vereinigten Arabischen Emiraten mit 2,5 Milliarden US-Dollar an zweiter Stelle. Fünf türkische Banken sind in Erbil tätig (İş Bankası, Bank Asya, Albaraka Türk, Ziraat Bank und Vakıf bank); Turkish Airlines fliegt täglich Erbil–Istanbul sowie vier Mal wöchentlich Erbil–Antalya und Sulaimaniyya–Istanbul. Die privaten türkischen Fluggesellschaften Atlasjet, Pegasus und Feza Air bedienen die Strecken Erbil–Adana und Erbil–Antep. Angesichts des gestiegenen Handels ist zusätzlich zum traditionellen Grenzübergang Ibrahim Khalil, auf türkischer Seite Habur genannt, die Eröffnung neuer Grenzübergänge vorgesehen.

Auswirkungen des IS-Vormarsches im Irak und in Syrien auf das kurdisch-türkische Verhältnis

Der Vormarsch des IS im Irak und in Syrien hat weitreichende Auswirkungen auf die Türkei und Kurdistan-Irak. Zwar befinden sich beide Seiten in direkter Nachbarschaft zum IS und müssen ein großes Flüchtlingsproblem auf ihrem Territorium bewältigen. Doch sind sie keineswegs in gleicher Weise von der Gefahr namens IS betroffen. Im Gegensatz zur Türkei ist

¹⁵ Vgl. T. C. Ekonomi Bakanlığı [Ministerium für Wirtschaft der Republik Türkei], *Irak Cumhuriyeti* (Republik Irak), Ankara, März 2014.

Kurdistan-Irak existentiell bedroht und ficht einen erbitterten Kampf gegen die Islamisten. Das Vorrücken des IS wirft aber auch einen Schatten auf die kurdisch-türkischen Beziehungen. Zum einen wuchs die Bedeutung nicht nur der irakischen, sondern auch der türkischen und syrischen Kurden, primär PKK und PYD, als strategische Faktoren im Kampf gegen den IS. Zum anderen formierte sich ein innerkurdisches Bündnis gegen den IS. Beides hatte zur Folge, dass die AKP-Regierung Anfang August 2014 ihre Haltung zur Unabhängigkeit Irakisich-Kurdistan revidierte. Weil der IS nach Sindschar und in Richtung Erbil vorgedrungen war, hatten die bisherigen kurdischen Rivalen KDP, PUK, PKK und PYD eine militärische Zusammenarbeit vereinbart. Bis zu diesem Zeitpunkt hatte die türkische Regierung einer Unabhängigkeit Irakisich-Kurdistan noch wohlwollend gegenübergestanden. Dies galt insbesondere, als nach der Eroberung Mossuls durch den IS und der Flucht der irakischen Armee Anfang Juni 2014 ein Auseinanderdriften des Irak drohte und eine Unabhängigkeit der Kurdenregion immer wahrscheinlicher geworden war. Hüseyin Çelik, Sprecher der regierenden AKP, hatte in einem Interview im Juni 2014 geäußert, Ankara werde das Selbstbestimmungsrecht der Kurden im Irak respektieren, falls der Irak auseinanderbreche. Die irakischen Kurden hätten das Recht, darüber zu bestimmen, wo und wie sie leben wollten. Die Türkei werde die irakischen Kurden und Irakisich-Kurdistan weiterhin unterstützen, wie sie es schon immer getan habe.¹⁶ Nicht nur strategische und energiepolitische Gründe spielten für diese Haltung eine Rolle. Ein kurdischer Staat im Nordirak hätte aus damaliger Sicht Ankaras als Pufferstaat fungieren und ein Bollwerk gegen den IS bilden können.¹⁷

Als aber der IS Anfang August 2014 auf Sindschar und in Richtung der Hauptstadt Erbil vorrückte, verhielt sich die AKP-Regierung passiv. Damit hatte die Kurdische Regionalregierung nicht gerechnet, und einige ihrer Entscheidungsträger taten ihre Enttäuschung darüber offen kund.¹⁸ Hilfe brachten hingegen die Waffenlieferungen des Iran, die Luftunterstützung durch die USA und der Einsatz PKK-naher türkisch-kurdischer und syrisch-kurdischer Einheiten.

Die AKP-Regierung betrachtet diese neue, unerwartete militärische Kooperation zwischen der irakisich-kurdischen Peschmerga, der PKK-nahen syrisch-kurdischen PYD und der PKK mit Argwohn, auch wenn das kurdische Bündnis gegen den IS kämpft. Schon vorher hatte die türkische Regierung die Waffenlieferungen der USA, Deutschlands und weiterer Staaten an die irakischen Kurden kritisiert, da die Waffen in die Hände der

¹⁶ Siehe zum Interview »Hüseyin Çelik: Kürtler kendi kaderini tayin etmeli« [Hüseyin Çelik: Die Kurden müssen ihre Zukunft selbst bestimmen], *ensonhaber.com*, 20.6.2014, <www.ensonhaber.com/huseyin-celik-kurtler-kendi-kaderini-tayin-etmeli-2014-06-20.html> (Zugriff am 12.12.2014).

¹⁷ Näheres dazu: »Die Türkei könnte einen kurdischen Staat akzeptieren«, Interview mit Gülistan Gürbey, in: *Tages-Anzeiger*, 17.6.2014.

¹⁸ Siehe dazu ein Interview mit Fuad Hussein, Chef des Präsidialamtes: »Turkey Did Not Help When IS at Erbil's Gates«, *Rudaw*, 16.9.2014; Cengiz Çandar, »Erbil'den Ankara'ya bakış hayal kırıklığı« [Blick von Erbil auf Ankara: Enttäuschung], in: *Radikal*, 8.11.2014.

PKK oder der PYD geraten und gegen die Türkei gerichtet werden könnten. Ankara bewertet die innerkurdische Allianz als Stärkung der Kurden im Allgemeinen und der PKK bzw. der PYD im Besonderen und sieht darin einen Schritt auf dem Weg zu gesamtkurdischer Staatlichkeit. Zusätzlichen Zündstoff erhielt Ankaras Bedrohungswahrnehmung durch den kurdischen Widerstand, den die PYD vom September 2014 bis zum Januar 2015 dem IS in der syrisch-kurdischen Stadt Kobane an der Grenze zur Türkei bis zur Befreiung der Stadt geleistet hat. Denn dieser Widerstand verstärkt vor allem die Solidarisierung der türkischen mit den syrischen Kurden und hat Folgen für den internen Friedensprozess mit der PKK. Zudem forciert er das parteiübergreifende und grenzüberschreitende Zusammenrücken der Kurden verschiedener Länder. Daher beobachtet die AKP-Regierung mit Unbehagen auch die seit Oktober 2014 bestehende Zusammenarbeit von USA und PYD gegen den IS. Als die türkische Regierung die Öffnung eines Hilfskorridors für die vom IS eingekesselte Stadt verweigerte und Hunderte türkischer Kurden am Grenzübertritt hinderte, die sich zur Unterstützung der kurdischen Selbstverteidigung in Kobane an der Grenze versammelt hatten, geriet sie wegen ihrer zwielfichtigen IS-Politik international in die Kritik. Die Situation spitzte sich zu, als der wachsende Unmut und die Ohnmacht der türkischen Kurden sich Anfang Oktober 2014 in schweren gewalttätigen Ausschreitungen in weiten Teilen der Türkei entluden, während gleichzeitig die internationale Solidarisierung mit dem kurdischen Widerstand in Kobane zunahm. Erst nach dieser Eskalation gab die AKP-Regierung nach und erlaubte Ende Oktober 2014 einer begrenzten Anzahl nordirakischer Peschmerga, über türkisches Territorium nach Kobane zu gelangen, um die Stadt zu verteidigen.¹⁹ Auch wenn die Regierung sich erst infolge des gestiegenen inneren und äußeren Drucks zu diesem Schritt entschloss, stand er dennoch in Einklang mit ihrer bis dahin verfolgten kurdenpolitischen Strategie, die PKK bzw. die PYD mit Hilfe der irakischen Kurden einzudämmen, vor allem mit der Unterstützung durch Masud Barzani und die KDP.

Nach der Flucht der irakischen Armee im Zuge des IS-Vormarsches auf Mossul Anfang Juni 2014 hatte die irakisch-kurdische Führung unter Barzani die umstrittenen Gebiete und Kirkuk unter ihre Kontrolle gebracht. Aus dieser gestärkten Position heraus hatte sie die Unabhängigkeit der Autonomieregion auf die Tagesordnung gesetzt. Allerdings änderte sich diese Strategie sehr schnell, als der IS Anfang August 2014 seine Offensive auf Sindschar und in Richtung Erbil startete. Bis zu diesem Zeitpunkt hatte die kurdische Führung öffentlich einen unabhängigen Staat gefordert, aber davon abgesehen, einseitig und übereilt die Unabhängigkeit auszurufen. Auch der Druck der USA, nicht die Unabhängigkeit, sondern die Bildung der neuen irakischen Einheitsregierung zu forcieren, spielte hierbei eine Rolle. Dessen ungeachtet beauftragte Präsident Barzani das kur-

¹⁹ »Barzani, Kobani için Türkiye'den izin istedi mi?« [Hat Barzani die Türkei wegen Kobane um Erlaubnis gebeten?], in: *Milliyet*, 8.10.2014; »Turkey Helping Peshmerga Access Kobani: Cavusoglu«, *Anadolu Agency*, 20.10.2014, <www.aa.com.tr/en/turkey/407339-turkey-helping-peshmerga-access-kobani-cavusoglu> (Zugriff am 22.3.2015).

dische Regionalparlament, ein Referendum über die Unabhängigkeit (einschließlich der umstrittenen Gebiete und Kirkuk) vorzubereiten. Die Volksabstimmung soll die innere Legitimation für eine Unabhängigkeit sicherstellen, falls diese unumgänglich wird, weil der Irak zerbricht.

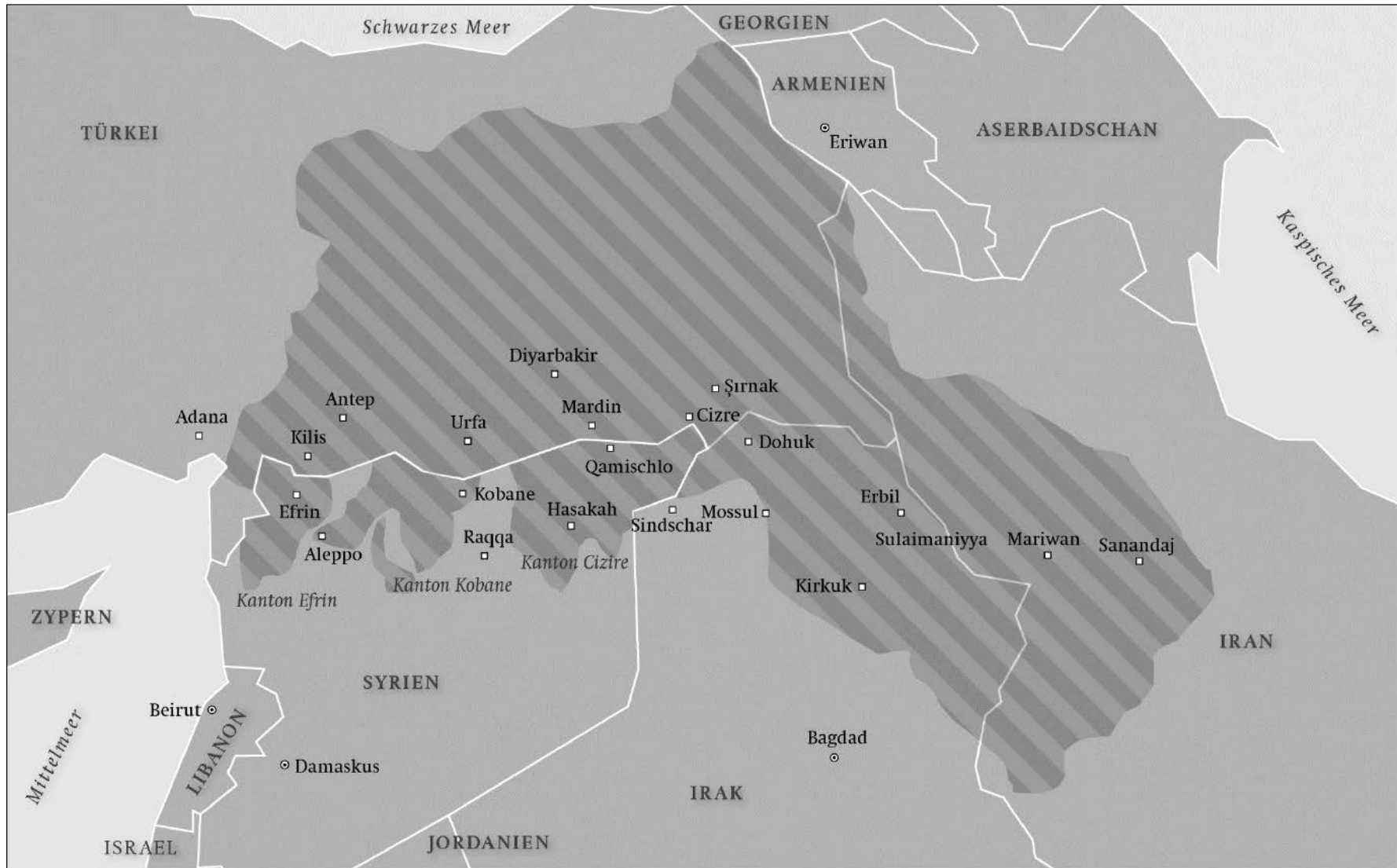
Die Annäherung an Bagdad bedeutet deshalb keine endgültige Abkehr von Ankara, wohl aber eine Balance im kurdisch-türkischen Verhältnis. Aus Sicht der KRG verschafft eine solche ausgewogene Politik mehr Sicherheit und ist gleichzeitig die passende Antwort auf Ankaras Untätigkeit im Hinblick auf das Sicherheitsbedürfnis der irakischen Kurden. Durch den kooperativen Ansatz mit Bagdad erlangt Erbil nicht nur mehr Gewicht im Irak, sondern auch eine bessere Ausgangsposition, sollte der Zerfall des Irak nicht aufzuhalten sein.

Fazit

Die kurdisch-türkische Zusammenarbeit kann als Sieg des Pragmatismus auf beiden Seiten bezeichnet werden. Zusätzlich zur energiepolitischen und wirtschaftlichen Kooperation müssen aber die Beziehungen im zivilgesellschaftlichen, kulturellen und wissenschaftlichen Bereich intensiviert werden, denn diese Ebenen wurden bislang weitgehend vernachlässigt.

Doch bleibt die Zusammenarbeit insgesamt fragil, vor allem weil sich die weiteren Entwicklungen in der Region kaum vorhersehen lassen. Dazu zählen die noch nicht gelöste PKK-Frage und eine zunehmende Regionalisierung des türkischen Kurdenkonfliktes. Dies wird die Beziehungen zwischen Ankara und Erbil weiterhin belasten. Auch der Bedeutungszuwachs der Kurden in der Region als strategischer Faktor im Kampf gegen den IS wird die türkisch-kurdische Kooperation immer wieder auf die Probe stellen. Das wird vor allen Dingen dann der Fall sein, wenn die PKK nicht in die regionalen politischen Prozesse eingebunden wird und die laufenden Gespräche der türkischen Regierung mit der PKK zu keinem Ergebnis führen. Es bleibt allerdings abzuwarten, ob die innerkurdische Zusammenarbeit von Dauer sein wird. Was die politische Zukunft der Kurden anbelangt, zeigen all diese beschriebenen Prozesse, dass sowohl Türkei-intern als auch regional weitergehende Autonomieregelungen immer dringlicher werden. In der kurdisch-türkischen Kooperation wiederum müssen teilweise diametral einander entgegengesetzte Interessen in Einklang gebracht werden, was für beide Seiten nicht einfach sein wird: Zu erwarten ist, dass Ankara den Druck auf die KRG und insbesondere auf die KDP steigern wird, um sie weiterhin als Vehikel zur Eindämmung der türkischen und syrischen Kurden und der PKK/PYD zu nutzen. Erbil wird darauf mehr als bisher mit einer Balancepolitik reagieren, zumindest solange die islamistische Bedrohung anhält.

Karte 2: Von Kurden besiedelte Gebiete in der Türkei, in Iran, Irak und Syrien



Die Hegemonie der PYD unter den Kurden Syriens und ihr Verhältnis zur PKK und zu Damaskus

Müzehher Selcuk

Am 30. Januar 2014 riefen Teile der Bevölkerung Nordsyriens die autonome Selbstverwaltung »Rojava« (Westen/»Westkurdistan«) aus, die aus den drei Kantonen Cizire, Kobane und Efrin besteht und nach den Vorgaben eines »Gesellschaftsvertrags« verwaltet wird. Möglich war dieser Schritt, nachdem sich alle in den drei Enklaven vertretenen Parteien im Dezember 2013 zusammengefunden und über eine Übergangsregierung verhandelt hatten. Obgleich kurdische, arabische und assyrisch-christliche Parteien an der Verwaltung der Kantone beteiligt sind, spielt die PKK-nahe kurdische Partei der Demokratischen Union (Partiya Yekitiya Demokrat, PYD) eine herausragende Rolle, da sie nicht nur den Großteil der Militärmacht stellt, sondern auch die Parteienlandschaft weitgehend beherrscht.

Die Partei der Demokratischen Union wurde im Jahre 2003 von ehemaligen PKK-Kämpfern in Syrien gegründet. Die heutigen Parteivorsitzenden sind Salih Muslim und Asya Abdullah. Ihrer Satzung nach ist die PYD Teil der KCK-Rojava (KCK-West-Kurdistan),¹ wobei KCK für die neue Organisationsform der PKK, die »Union der Gemeinschaften Kurdistans« (Koma Ciwaken Kurdistan) steht. Somit untersteht die PYD dem Exekutivrat der PKK. Die Zugehörigkeit der PYD zur PKK/KCK ist anhand der strukturellen Einbindung, der Ideologie, der Symbolik und Rhetorik sowie vor allem an der Übernahme der Führerfigur Abdullah Öcalan leicht ersichtlich. In der Satzung wird häufig betont, dass das Ziel der PYD die demokratische Selbstverwaltung der Kurden innerhalb Syriens sei und dass keine separatistischen Ziele verfolgt würden. Auch die beiden Parteivorsitzenden unterstreichen dies immer wieder.

Der militärische Arm der PYD setzt sich aus den »Volksverteidigungseinheiten« (Yekineyen Parastina Gel, YPG) und der Asayiş (Polizei) zusammen, die beide vermutlich schon vor dem syrischen Bürgerkrieg aufgebaut worden sind. Anders lässt sich nicht erklären, dass eine so große Zahl von Kämpfern so schnell organisiert und mobilisiert werden konnte. Die YPG tritt seit 2011/12, die Asayiş erst seit Schaffung der Selbstverwaltung öffentlich auf.

Die Rolle der PYD, ihre Beziehungen zu anderen kurdischen Parteien und zur Regierung in Damaskus können wie folgt beschrieben werden:

- ▶ Die PYD verfolgt eine Politik des dritten Weges und will sich weder auf die Seite der Assad-Regierung noch auf die der Opposition schlagen. Das scheint vernünftig, weil Kurden und Assyrer weder von der arabisch domi-

¹ Vgl. Satzung der PYD: »The Constitution and Programme of the Democratic Union Party«, <www.pydrojava.net/en/index.php?view=article&catid=39%3Adocument&id=62%3Athe-constitution-and-programme-of-the-democratic-union-party-pyd&format=pdf&option=com_content> (Zugriff am 23.9.2014, im April 2015 war die Seite nicht mehr verfügbar).

- nierten Opposition noch vom Assad-Regime Minderheitenrechte (oder auch nur garantierte politische Partizipationsrechte) zu erwarten haben.
- ▶ Ob die PYD sich auch offiziell als Teil der PKK deklariert oder nicht, ist weniger erheblich als die Beobachtung, dass die PYD in der Praxis von allen PKK-Organen wie der syrische Flügel der Bewegung behandelt und sowohl indirekt als auch direkt unterstützt wird.
 - ▶ Innerhalb Rojavas hat die PYD eine politische Hegemonie errichtet. Das war deshalb möglich, weil die Partei politische und militärische Effizienz miteinander verbindet und die übrigen kurdischen Parteien sich eher passiv verhalten.
 - ▶ Die Annäherung zwischen PYD und Damaskus ist allenfalls als Zweckgemeinschaft zu sehen, denn die im Norden ausgerufene Selbstverwaltung kann nicht im Sinne der syrischen Regierung sein. Des Weiteren ist damit zu rechnen, dass diese Gebiete von Regierungstruppen überrannt werden, sobald sich das Kräftegleichgewicht zugunsten der Regierung verändern sollte.
 - ▶ Die oftmals kritisierte informelle Kooperation der PYD mit dem Assad-Regime hat zur Stärkung und relativen Unversehrtheit der kurdischen Gebiete und ihrer Bewohner beigetragen.
 - ▶ Auch wenn die Selbstverwaltung von der PYD dominiert wird, hat die Bedrohung durch dschihadistische Gruppen wie Al-Nusra und den »Islamischen Staat« (IS) die Position der PYD als zuverlässigen Beschützer aller Bewohner von Rojava gestärkt und ihren Einfluss vergrößert.
 - ▶ Die Engführung ziviler und militärischer Strukturen ermöglichte es der PYD, effektiv und schnell zu handeln. Daraus ergibt sich eine größere Flexibilität im Kampf gegen Angriffe von Islamisten bzw. Dschihadisten, da zivile Angelegenheiten sofort von der Partei (der PYD) geregelt und militärische Verteidigungsstrategien von deren militärischen Einheiten (der YPG) koordiniert und umgesetzt werden können.

Das politische System von Rojava

Rojava wird analog zum KCK-System durch ein Rätssystem verwaltet, das rein formal Gewaltenteilung sichert. Es bestehen Hohe Räte der Legislative, Judikative und Exekutive. Zwar werden die Positionen in den jeweiligen Räten durch Direktwahlen besetzt, jedoch dominiert die PYD alle anderen Parteien deutlich, da sie eine große Wählerschaft hat und nicht zuletzt durch ihren Sicherheitsapparat die gesamte Organisationsstruktur und die Abläufe der Wahlen auf allen Ebenen sichert und daher kontrolliert. Formale Grundlage des politischen Systems ist ein »Gesellschaftsvertrag«, der als Verfassung fungiert.² Freilich lassen viele Regelungen dieses Vertrags großen Interpretationsspielraum und ihre Umsetzung fällt je nach Zeit und Ort unterschiedlich aus.

² Vgl. »Der Gesellschaftsvertrag für Rojava«, in: *Civaka Azad Infoblätter*, (März 2014) 7, S. 4–16, <<http://civaka-azad.org/pdf/info7.pdf>> (Zugriff am 23.9.2014).

Die Präambel bestimmt die Autonomie der Kantone, welche als Bestandteile Syriens betrachtet werden. Danach versteht sich Rojava als Vorläufer eines pluralistischen, demokratischen und dezentralen neuen Syriens und als sein späteres Teilstück. Salih Muslim, Kovorsitzender der PYD, weist in vielen Interviews darauf hin, dass besonders in Cizire und Efrin andere ethnische Gruppen als die Kurden und andere religiöse Gruppen als die Muslime stark vertreten sind. In Cizire zum Beispiel sind Assyrer und Araber im Vorstand des Kantons repräsentiert, dort wurden drei Amtssprachen eingeführt. In Efrin wurde eine Alawitin zur Vorsitzenden gewählt.³

Regiert wird Rojava von einem Parteienbündnis, der Bewegung für eine demokratische Gesellschaft (Tevgera Civaka Demokratik, TEV-DEM). Sie besteht aus jenen kurdischen linken und säkularen Organisationen, die ihre ethnischen und religiösen Interessen im Syrischen Nationalrat (Syrian National Council, SNC), dem Zusammenschluss der syrischen Opposition gegen Assad, nicht vertreten sehen. Alle zivilen Institutionen Rojavas werden von der TEV-DEM geleitet, deren Koordinator Salih Muslim ist. Weitere Akteure der Selbstverwaltung sind die assyrisch-aramäische Einheitspartei Suryoye (Syriac Union Party, SUP) und arabische Stammesverbände.

Doch nicht alle kurdischen Parteien und Organisationen in Nordsyrien sind der TEV-DEM beigetreten. So gründeten Parteien, die auf der Seite des irakischen Kurdenführers Masud Barzani stehen, wie die Demokratische Partei Kurdistan-Syrien (Kurdistan Democratic Party of Syria, KDPS), einen Kurdischen Nationalrat (Kurdish National Council, KNC). Dieser wiederum bildete gemeinsam mit der PYD und ihr nahestehenden Parteien den Kurdischen Hohen Rat (Desteya Bilind a Kurd/Kurdish Supreme Committee) als gemeinsamen Dachverband. Der KNC wurde zwar als Gegengewicht zur PYD gegründet, aber mehrere KNC-Parteien schlossen sich aus praktischen Gründen der PYD an und stärkten deren Stellung zusätzlich.⁴

Eine besondere Rolle spielen dabei die militärischen Fähigkeiten der PYD, deren Volksverteidigungseinheiten die Bewohner zu eigenen Schutzmaßnahmen mobilisieren und beispielsweise zur Einrichtung von Kontrollposten organisieren konnten. Diese militärische Stärke gestattete es der PYD, Rojava eine Zeitlang aus dem Krieg in Syrien herauszuhalten.

Der Alleinvertretungsanspruch der PYD

Auf den Vorwurf, die PYD dominiere alle anderen Akteure, erwiderte die PYD-Vorsitzende Asya Abdullah, der Kanton Cizire werde von einem Kurden, einem Araber und einem Assyrer verwaltet, wobei der Kurde einer Partei des Kurdischen Nationalrates angehöre und nicht der PYD.⁵ Theo-

³ Vgl. Salih Muslim, »Das Projekt des Demokratischen Mittleren Ostens«, in: *Kurdistan Report*, (Juli/August 2013) 168, S. 41, <www.kurdistan-report.de/images/pdf/168_ebook.pdf> (Zugriff am 12.3.2015).

⁴ Vgl. International Crisis Group (ICG), *Flight of Icarus? The PYD's Precarious Rise in Syria*, Brüssel, 8.5.2014 (ICG Middle East Report Nr. 151), S. 3.

⁵ Vgl. »PDK-S u rejim li Qamislo li du provokasyonê ne« [Die PDK-S/KDPS und das Regime sind in Qamislo auf Provokation aus], *Firatnews*, 10.7.2014, <<http://ku.firatnews.com/>>

retisch ist solchen Argumenten nichts entgegenzusetzen, da die Positionen nach einem auf Geschlecht und Ethnie beruhenden Proporz verteilt werden. Allerdings sind andere Parteien bestenfalls als »Blockparteien« geduldet. In der Tat bezichtigen kurdische Parteien und Mitglieder des KNC die PYD schwerer Repressionen, die von Entführungen über Folter und Erpressungen bis hin zu Morden reichen.⁶ In den zahlreichen auf KurdWatch.org dokumentierten Fällen von Menschenrechtsverletzungen werden die zivilen Sicherheitskräfte Asayiş als Täter identifiziert. Laut Gesellschaftsvertrag untersteht diese »Polizei« der Kommission für innere Sicherheit,⁷ wird aber faktisch von der PYD kontrolliert. Deren repressives Verhalten unterstreicht sowohl ihren Anspruch auf Alleinvertretung der syrischen Kurden als auch den Willen, die eigene Vorherrschaft mit allen Mitteln durchzusetzen. Die PYD schwächt gezielt solche KNC-Parteien, die auf der Seite Masud Barzanis stehen, des Präsidenten der Kurdischen Regionalregierung (KRG). Erklären lässt sich dies aus dessen Rivalität mit PKK-Führer Abdullah Öcalan auf gesamtcurdischer Ebene. Daneben wird Barzani eine zu enge Beziehung zur Türkei vorgeworfen. Diese wiederum, so die internationale Kritik, habe zu lange eine wohlwollende Haltung gegenüber dem IS an den Tag gelegt, wodurch das Misstrauen der PYD in dieser Beziehung im Nachhinein gerechtfertigt scheint.

Außerdem gibt es derzeit keine Alternative zur PYD. Ihre Vorsitzenden werden nicht müde zu betonen, dass sich Rojava in einem Verteidigungskrieg befinde. Die Vorrangstellung der PYD und die Kontrolle des politischen Lebens der Kantone durch sie seien notwendig, um eine innere Schwächung der Region zu vermeiden. Andernfalls sei über kurz oder lang die äußere Sicherheit durch dschihadistische Gruppierungen in Gefahr.

Die YPG als Garant für Sicherheit

Nach dem Gesellschaftsvertrag von Rojava handeln die Volksverteidigungseinheiten (YPG) unter ihrem derzeitigen Kommandanten Sipan Hamo (PYD) im Sinne des Prinzips der Selbstverteidigung und sind für die Sicherheit der Kantone verantwortlich.⁸ Die Volksverteidigungseinheiten verfügten im November 2013 nach eigenen Angaben über rund 45 000 Kämpfer. Als sich im September 2014 die Angriffe des IS auf Kobane intensivierten, eilten freiwillige Kämpfer aus dem kurdischen Südosten der Türkei zu Hilfe und schlossen sich der YPG an.⁹ Die Syrische Beobachtungsstelle für Menschenrechte (Syrian Observatory for Human Rights, SOHR) spricht von 1500 neuen Kämpfern, die innerhalb einer Woche allein in Kobane auf-

news/rojane/pdk-s-u-rejim-li-qamislo-li-du-provokasyone-ne.htm> (Zugriff am 10.7.2014, im April 2015 war die Seite nicht mehr verfügbar).

⁶ Eine genaue und ständig aktualisierte Auflistung der Anschuldigungen gegen die PYD findet sich auf KurdWatch.org, <www.kurdwatch.org> (Zugriff am 22.4.2015).

⁷ Artikel 15 Absatz 2 des Gesellschaftsvertrags von Rojava [wie Fn. 2].

⁸ Vgl. Artikel 15 Absatz 1 des Gesellschaftsvertrags von Rojava [wie Fn. 2].

⁹ Nach dem Aufruf des KCK-Exekutivrats zur aktiven Verteidigung Kobanes schlossen sich viele Kurden aus der Türkei der YPG an.

getreten seien.¹⁰ Damit dürfte sich die Zahl der YPG-Kräfte bedeutend erhöht haben, obwohl viele Freiwillige vom türkischen Militär an der Grenze aufgehalten wurden.¹¹

Die YPG verfügt ebenfalls ganz nach PKK-Manier über Fraueneinheiten (Yekineyen Parastina Jin, YPJ), die ein Bestandteil der YPG-Kräfte sind und dieselben Funktionen wie ihre männlichen Kollegen übernehmen. Frauen können auch gemischte Einheiten befehligen. Wie in vielen anderen geschlechtlich gemischten Armeen stellen die Kämpferinnen einen beträchtlichen Teil der Scharfschützen und bewährten sich im August 2014 auch bei der Sicherung der Flucht der Jesiden im irakischen Sindschar-Gebirge. Gemeinsam mit Einheiten der PKK-Volkverteidigungskräfte (Hezen Parastina Gel, HPG) gelang es der YPG, den IS zurückzudrängen und einen Fluchtkorridor für die Flüchtlinge freizukämpfen.¹²

Die anhaltenden Kämpfe der YPG mit dem IS, der zum Teil über moderne Waffen verfügt und mit Artillerie angreift, haben die Aufmerksamkeit von den inneren Streitigkeiten Rojavas auf die äußere Sicherheit gelenkt. Zwar müssen die Volkverteidigungseinheiten mittlerweile viel höhere Verluste als in den vergangenen Jahren hinnehmen, doch gerade in dieser gefährlichen Situation der IS-Belagerung des Kantons Kobane hat sich die Schlagkraft der YPG und somit indirekt die der PYD bewiesen. Freilich lassen sich die Angaben zu den Gefallenzahlen nicht nachprüfen. Vergleicht man jedoch die Verluste der YPG mit denen des IS, der weitaus besseres Kriegsgesetz besitzt, kann man den Schluss ziehen, dass sich die kurdischen Verluste in Grenzen halten.¹³

Seit Ende 2013 ist außerdem die von der YPG ausgebildete Sutoro-Miliz des assyrisch-aramäischen Militärrats (Syriac Military Council, SMC) Teil der Volkverteidigungskräfte und kontrolliert gemeinsam mit der YPG die Grenzen der drei Kantone. Der SMC, dem die Sutoro-Einheiten unterstehen, ist der militärische Arm der Suryoye-Einheitspartei.¹⁴ Im September 2014 hat die YPG mit Einheiten der Freien Syrischen Armee (Free Syrian Army, FSA) sowie kleineren Kampfverbänden wie der islamistischen Liwa Al-Tawhid eine gemeinsame Front unter dem Namen »Vulkan des Euphrat« gebildet.¹⁵ Dabei hatten sich diese Gruppen in der Vergangenheit oftmals

¹⁰ Vgl. »1500 Kurdish Fighters Have Joined YPG, while the Clashes Have Still Erupted All over Aleppo«, *Syrian Observatory for Human Rights* (SOHR), 28.9.2014, <<http://syriahr.com/en/2014/09/1500-kurdish-fighters-have-joined-ypg-while-the-clashes-have-still-erupted-all-over-aleppo/>> (Zugriff am 15.10.2014).

¹¹ Viele dieser 1500 neuen Kämpfer haben heimlich Minenfelder passiert und sich über die Grenze nach Kobane geschlichen.

¹² Vgl. »YPG Statement August 5, 2014« (Presseerklärung), *twitter*, 5.8.2014, <<https://twitter.com/YPGRJAVA/status/497146440557551617/photo/1>> (Zugriff am 18.10.2014).

¹³ Als Vergleich dient der Durchschnitt aus den genannten Verlustzahlen des IS, FSA und YPG aus türkischen Quellen, dem SOHR und PYD/YPG-Mitteilungen.

¹⁴ Vgl. Peter Steinbach, »Die Christen in Syrien ziehen in die Schlacht«, in: *Die Welt*, 23.10.2013, <www.welt.de/politik/ausland/article121122500/Die-Christen-in-Syrien-ziehen-in-die-Schlacht.html> (Zugriff am 23.9.2014).

¹⁵ Vgl. Nick Brauns, »Vulkan gegen Kalifat«, in: *Junge Welt*, 17.9.2014, <www.jungewelt.de/2014/09-17/030.php> (Zugriff am 23.9.2014).

bekämpft; zwischen ihnen bestehen tiefe ideologische Gräben, die eine langfristige Kooperation kaum möglich erscheinen lassen.¹⁶

Das Verhältnis PYD–PKK

Obwohl Struktur, Ideologie, Führerkult (Apoculuk) und Programmatik die PYD eindeutig als Teil des KCK/PKK-Systems ausweisen, werden die Art der Zugehörigkeit sowie der Grad der Abhängigkeit immer wieder thematisiert. So mutmaßte die *Kurdistan Tribune*, die PKK habe vor 2011 alle kurdischen Parteien Syriens analysiert und beschlossen, die PYD zu unterstützen, da diese ihrer Ideologie und ihrem Nationalismus am ehesten entspreche.¹⁷

Doch ist es abwegig zu vermuten, die PKK würde einer von ihr unabhängigen kurdischen Partei in Syrien allein wegen deren Nähe zu ihrer eigenen Ideologie unter die Arme greifen. Das widerspräche vollkommen dem Anspruch der PKK auf Alleinvertretung aller Kurden, wie er sich aus dem KCK-System ergibt. Dass die PKK der PYD ihren Medienapparat zu Verfügung stellt, ist allein damit zu erklären, dass Letztere integraler Bestandteil dieses Systems ist. So lassen die Sprachrohre der PKK wenig Zweifel daran, dass sie sich im Sinne der PYD äußern und ihre Konkurrenten diffamieren. Die Nachrichtenagentur Firatnews (Ajansa Nûçeyan a Firatê, ANF) etwa ließ sich dazu hinreißen, der Barzani-nahen KDPS vorzuwerfen, sie kollaboriere mit dem Assad-Regime. Andererseits werden die vielen Entführungen, die auf das Konto der von der PYD kontrollierten Asayiş gehen, in diesen Medien nicht erwähnt, geschweige denn kritisiert.¹⁸

Das bisher deutlichste Zeichen einer aktiven Unterstützung war jedoch die Ankunft von etwa 300 bis 400 Kämpfern der PKK-Volkverteidigungskräfte (HPG) im September 2014 in Kobane, nachdem der IS viele Dörfer der Region unter seine Kontrolle gebracht hatte und die Stadt Kobane ebenfalls einzunehmen drohte.¹⁹ Zusätzlich zu dieser Militärhilfe riefen alle Mitglieder des KCK-Exekutivrats die Jugend Kurdistans dazu auf, den Widerstand Rojavas aktiv zu unterstützen und zu diesem Zweck die Grenzen zwischen den Nationalstaaten aufzuheben.²⁰ Dieser drastische Schritt

¹⁶ Dies zeigte sich schon in Videos, in denen die Kooperation ausgerufen wurde. Die arabischen Einheiten riefen »Allahu Akbar« (»Allah ist groß«), die kurdischen dagegen »Biji Serok Apo« (»Hoch lebe der Anführer Apo«), womit Öcalan gemeint ist.

¹⁷ Vgl. John Caves, *Syrian Kurds and the Democratic Union Party (PYD)*, Washington, D.C.: Institute for the Study of War (ISW), 6.12.2012 (Background), S. 7.

¹⁸ Vgl. »PDK-S u rejim li Qamislo li du provokasyonê ne« [Die PDK-S/KDPS und das Regime sind in Qamischlo auf Provokation aus] [wie Fn. 5].

¹⁹ Die Zahlen variieren je nach Quelle, z.B. »PKK, 400 HPG'lyi Kobani'ye gonderdi« [PKK hat 400 HPG-Kämpfer nach Kobane geschickt], in: *Radikal*, 20.9.2014, <www.radikal.com.tr/dunya/pkk_400_hpg_gerillasini_kobaniye_gonderdi-1213850> (Zugriff am 20.9.2014).

²⁰ Alle offiziellen Accounts und Webseiten der PKK/HPG/KCK enthielten dieselbe Nachricht, nämlich dass es an der Zeit sei, sich der YPG anzuschließen und die Freiheit Kurdistans aktiv zu erkämpfen: »Karayilan Kobanê icin profesyonel katilima cagirdi« [Karayilan ruft für Kobane zur professionellen, aktiven Teilnahme auf], *Firatnews*, 18.9.2014, <www.firatnews.com/news/kurdistan/karayilan-kobane-icin-profesyonel-katilima-cagirdi.htm> (Zugriff am 18.9.2014, im April 2015 war die Seite nicht mehr zugänglich). Ebenso: »KCK divê sinor bèn rakirin Riha u Kobanê bibin yek« [Die KCK sagt, dass die Grenzen aufgehoben

erklärt sich aus der Bedeutung Rojavas und der PYD für die PKK, die in der Selbstverwaltung ein Modell für die Türkei sieht. Laut Interviews der International Crisis Group (ICG) mit syrischen Kurden sind in den letzten Jahren viele Angehörige und Kommandeure der HPG nach Rojava gekommen, um die Verteidigungslinien der YPG zu stärken.²¹ Diese Information wird dadurch untermauert, dass viele interviewte kurdische Kommandanten und Kommandantinnen sowie Kämpfer und Kämpferinnen in Syrien neben Kurdisch auch Türkisch sprechen und ihre Namen auf ihre türkisch-kurdische Herkunft schließen lassen.²²

Bereits am 8. Mai 2014 behauptete das PKK-Exekutivratsmitglied Duran Kalkan in einem Interview, salafistische und dschihadistische Kämpfer seien in der Türkei ausgebildet und bewaffnet worden und dies sei der Grund dafür gewesen, dass die PKK sich zum aktiven Eingreifen entschlossen habe.²³ Ebenso wurden beobachtete türkische Lieferungen von Munition, Waffen und Fahrzeugen an den IS als Verletzung der Waffenruhe zwischen der Türkei und der PKK verstanden.²⁴ Diese Haltung und Handlungsbereitschaft verdeutlichen, dass die PKK die Kantone uneingeschränkt anerkennt. Dies wäre nicht der Fall, wenn dort eine von der PKK unabhängige Partei an der Macht wäre. Außerdem wird hier klar, dass die PKK einen Angriff auf die PYD/YPG als gegen sie selbst gerichtet versteht und aus Solidarität mit Rojava sogar dazu bereit ist, den Friedensprozess mit der Türkei zu beenden.²⁵

werden und Riha (Urfa) und Kobane eins werden sollen], *Firatnews*, 20.9.2014, <<http://ku.firatajans.com/news/cihan/kck-dive-sinor-ben-rakirin-riha-u-kobane-bibin-yek.htm>> (Zugriff am 20.9.2014, im April 2015 war die Seite nicht mehr zugänglich).

²¹ Vgl. ICG-Interview vom 12.9.2013: ICG, *Flight of Icarus?* [wie Fn. 4], S. 17.

²² Beispiele dafür sind Namen wie Dersim oder auch ein gesprochenes Kurmanci, welches dem Türkei-Kurmanci stark ähnelt.

²³ Vgl. »Kalkan: Wenn es so weitergeht, wird die Guerilla aktiv in den Prozess eingreifen«, Übersetzung eines Interviews mit Duran Kalkan in *Firatnews*, 8.5.2014, <www.nadir.org/nadir/initiativ/isku/pressekurdturk/2014/19/02.htm> (Zugriff am 22.4.2015).

²⁴ Vgl. »Kobanê halkının, YPG ve YPJ güçlerinin direnişi destansıdır« [Der Kampf der Bevölkerung von Kobane und der YPG und YPJ ist legendär], Presseerklärung der KCK, 23.9.2014, <www.pkkonline.com/tr/index.php?sys=article&artID=2173> (Zugriff am 23.9.2014). Zu den Waffen- und Munitionslieferungen vgl. »Türk ordusu bu sabah ISIS'e silah verdi« [Die türkische Armee hat der ISIS heute Morgen Waffen übergeben], *Firatnews*, 20.9.2014 <www.firatnews.com/news/guncel/turk-ordusu-bu-sabah-isis-e-silah-verdi.htm> (Zugriff am 20.9.2014, im April 2015 war die Seite nicht mehr zugänglich). Zu türkischen Fahrzeugtransporten für den IS vgl. »ISIS'in arac filosu Türkiye'den caliniyor« [Der Fuhrpark des ISIS wird in der Türkei gestohlen], in: *Radikal*, 7.7.2014, <www.radikal.com.tr/turkiye/isisin_arac_filosu_turkiyeden_caliniyor-1200608> (Zugriff am 27.4.2014).

²⁵ Mehr dazu: »KCK: Çatışmasızlık durumu ortadan kalktı« [Der Zustand der Waffenruhe besteht nicht mehr], *imc*, 24.9.2014, <www.imctv.com.tr/2014/09/24/kck-catismasizlik-durumu-ortadan-kalkti/> (Zugriff am 22.4.2015). Zwischen Diyarbakir und Bitlis verübte die PKK am 27. und 28.9.2014 erste Anschläge auf Polizeikontrollpunkte. »Li Hefteninê ji Artêşa Tirk Êrîşa Bi Hewan û Obusan« [Luftangriffe und Granatenfeuer seitens der türkischen Armee in Heftenin], HPG-Pressemitteilung, 29.9.2014, <www.hezenparastin.com/ku/index.php?option=com_content&view=article&id=2242:li-heftenine-ji-arte-tirk-eria-bi-hewan-u-obusan&catid=1:daxuyaniya-hpg-b&Itemid=253> (Zugriff am 22.4.2015).

Als weiteren Hinweis auf einen »Bruch des Waffenstillstands« durch die Türkei und Anlass für die PKK-Attacken auf türkische Kontrollposten wird oftmals das harte Vorgehen der türkischen Grenzsoldaten gegen die türkisch-kurdische Bevölkerung genannt. Ausschreitungen und Proteste haben mittlerweile zu zahlreichen Todesfällen unter Zivilisten geführt.²⁶

Das Verhältnis der PYD zu Damaskus

Kritiker der PYD werten die Tatsache, dass kurdische Gebiete kaum von Regierungstruppen angegriffen worden sind, häufig als Indiz für eine Kooperation der Partei mit dem syrischen Regime. Zwar würden auch die von der PYD verwalteten Gebiete gelegentlich zur Zielscheibe von Angriffen, doch seien diese bisher weder vernichtend noch von Dauer gewesen. Die PYD ihrerseits sieht sich als dritte Kraft zwischen Regime und Opposition und behauptet, sie habe aus taktischen Überlegungen die Entscheidung getroffen, keine Konfrontation mit den Regierungstruppen zu suchen.²⁷

In einem Interview, das KurdWatch mit einem ehemaligen syrischen Geheimdienstbeamten führte, der bis 2011 im Dienst war, warf dieser der PYD/PKK und anderen kurdischen Parteien vor, sie hätten mit dem Assad-Regime Vereinbarungen getroffen, wonach dieses den Norden weitestgehend in Ruhe lassen würde und die Kurden im Gegenzug dem Regime gefährlich werdende kurdische Persönlichkeiten politisch neutralisieren oder gar töten würden.²⁸ Vereinzelt liegen Aussagen von Personen vor, die von der PYD entführt und in Anwesenheit syrischer Geheimdienstler gefoltert worden sein sollen.²⁹ Weiterhin heißt es, die PKK habe als Gegenleistung für die genannte Übereinkunft mit Damaskus die Öl-Transportwege gesichert und dafür Geld von der Zentralregierung erhalten. Die Hauptkommunikationspartner der syrischen Regierung seien dabei Salih Muslim für die PYD und Bahoz Erdal gewesen, ein syrischer Kurde und Militärkommandant der PKK.³⁰ In der Tat dürfte die PKK inoffiziell mit den Regierungen der umliegenden Staaten kommunizieren, um durch den Informationsaustausch eine Eskalation zu vermeiden und die Lage besser einzuschätzen, was sicherlich auch im Falle Damaskus zutrifft. Bündnisse und Kooperationen zwischen Akteuren eines Bürgerkriegs verschieben sich jedoch stets nach pragmatischen Gesichtspunkten, so dass von ideologischer Loyalität oder strategischer Partnerschaft kaum die Rede sein kann. Ein weiteres Anzeichen für die Kurzlebigkeit und Labilität einer sol-

²⁶ Kurdischen Medienberichten und Beobachtungen zufolge soll sogar ein Flüchtling aus Kobane von türkischen Soldaten zu Tode geprügelt und mehr als 260 sollen aufgrund ihrer Verbindung zur YPG festgenommen worden sein.

²⁷ Vgl. ICG, *Flight of Icarus?* [wie Fn. 4], S. 7.

²⁸ Ebenso wurden PYD-Konkurrenten von Regierungseinheiten ins Visier genommen.

²⁹ Vgl. »The Syrian Regime's Crisis Center Gave the PKK Instructions to Murder Kurdish Politicians, and the PKK Carried Them Out«, KurdWatch-Interview mit Mahmud an-Nasir (Abu Haris), *KurdWatch.org*, 18.5.2014, <<http://kurdwatch.org/?aid=3096&z=en&cure=240>> (Zugriff am 22.4.2015).

³⁰ Ebd.

chen Verbindung ist die Bombardierung kurdisch kontrollierter Ölfelder durch die syrische Luftwaffe.³¹

Die Annäherung an Damaskus hat also eher den Charakter einer Zweckgemeinschaft, die durch die gemeinsame Gegnerschaft zur Opposition und durch vorübergehenden gegenseitigen Nutzen entstand.³²

Der Rückzug der Regierungstruppen aus den kurdischen Gebieten im Juni 2012 wurde von Damaskus nach einer Kosten-Nutzen-Kalkulation geplant, da die Kampfeinheiten woanders eingesetzt werden konnten und die geräumten Gebiete nicht unter die Kontrolle der arabischen Opposition fielen.³³ Laut einem ICG-Bericht seien Staatsbedienstete in den Städten Hasakah und Qamischlo sogar noch bis Anfang 2014 von der Regierung bezahlt worden.³⁴

Grundsätzlich gilt in dieser internen Kriegsdynamik, dass eine lose Vereinbarung der PYD mit dem syrischen Regime nach opportunistischen Gesichtspunkten ebenso möglich ist wie die Kooperation der Freien Syrischen Armee mit islamistisch-dschihadistischen Gruppierungen, nämlich immer dann, wenn solch ein Zusammenschluss taktisch gewinnbringend ist.

Fazit: Konsolidierung des PYD-Einflusses mit Hilfe einer hegemonialen Verteidigungsstruktur

»We know the PYD has its own agenda, but they are the ones who have the weapons to protect us. The other parties are working solely for the personal interest of their leaders and carry no weight on the ground.«³⁵

Dieses Zitat umschreibt treffend die Position der PYD in Syrien. Sie ist die einzige Partei, die in der Lage ist, die Verteidigung der Region effizient zu organisieren und die Bevölkerung Rojavas zu schützen. Die der Kurdischen Regionalregierung nahestehenden Parteien, die sich im Syrischen Nationalkongress zusammenfanden, haben abgesehen von ihrer prestigeträchtigen Verbindung zur KRG, die ihr internationale Legitimität verschafft, weniger Gewicht unter den Kurden Syriens.

Insgesamt ist zu beobachten, dass sich im syrischen Krieg Allianzen sehr flexibel verschieben, da anscheinend ein realpolitisches Nullsummenspiel betrieben wird. Darin versucht jeder Akteur, sein eigenes Kontrollgebiet zu behalten oder auszuweiten, was zur Bildung opportunistischer, temporärer Allianzen und Kooperationen führt, die relativ schnell wieder aufgelöst werden können. Ideologische Gemeinsamkeiten spielen in diesem Zusammenhang eine eher untergeordnete Rolle. Ebenso wenig verfolgen die Zusammenschlüsse langfristige gemeinsame Ziele. Schlagendes Beispiel dafür sind die Gruppen des »Vulkan des Euphrat«, die heute zwar den IS

³¹ Vgl. »Al-Ma'bada: Luftangriff auf PYD-kontrollierte Ölfelder«, *KurdWatch.org*, 30.6.2014, <www.kurdwatch.org/index.php?aid=3163&z=de&cure=1018> (Zugriff am 2.8.2014).

³² Vgl. Caves, *Syrian Kurds and the Democratic Union Party (PYD)* [wie Fn. 17], S. 5.

³³ Vgl. ICG, *Flight of Icarus?* [wie Fn. 4], S. 7f.

³⁴ Ebd., S. 9f. Alle verwaltungstechnischen Angelegenheiten der Region wurden auf Qamischlo und Hasakah konzentriert.

³⁵ ICG-Interview mit einem Jesiden vom 3.12.2013: ICG, *Flight of Icarus?* [wie Fn. 4], S. 15.

bekämpfen, jedoch keine gemeinsamen Vorstellungen vom künftigen politischen System Syriens haben. In diesem Sinne ist auch die PYD eine unerwartete und nicht ganz eindeutige Kooperation mit Regierungstruppen eingegangen, um ihre Position zu stärken. Diese Vereinbarungen haben allerdings erheblich zur Sicherheit und relativen Unversehrtheit der betreffenden Gebiete beigetragen.

Ungeachtet der Frage nach temporären oder strategischen Koalitionen der PYD/YPG ist festzuhalten, dass sie eine nicht zu vernachlässigende Kraft in Nordsyrien darstellt, die über ein ungleich höheres Maß an Legitimität in der Bevölkerung verfügt als der IS oder das Baathistenregime in Damaskus. Außerdem gelang es der PKK über ihre Medien- und Informationsbüros, in der europäischen Öffentlichkeit große Sympathien für die PYD zu erzeugen. Direkte Gespräche Deutschlands und der Europäischen Union mit der PYD über die Zukunft Syriens auf offizieller Ebene sollten daher nun möglich sein. Dies ist ebenso vital wie die Zusammenarbeit mit der im Syrischen Nationalrat zusammengeschlossenen Opposition.

Die anfängliche vollständige Abgeschnittenheit Kobanes von aller Hilfe wurde durch die Unterstützung seitens der Peschmerga-Einheiten beendet. Doch es war die PYD, die darauf drängte, einen Korridor zu den beiden Kantonen Rojavas zu öffnen, um eigene Kämpfer und Hilfslieferungen nach Kobane entsenden zu können. Die Türkei indes ließ diese Öffnung nicht zu und stellte stattdessen einen Korridor für die Peschmerga bereit.

Seit Oktober 2014 gibt es auch die ersten indirekten US-Kooperationen mit der YPG, da IS-Ziele der amerikanischen Luftwaffe über Peschmerga-Offiziere mit der YPG koordiniert werden. Diese Zusammenarbeit brachte im Januar 2015 wichtige Erfolge bei der Bekämpfung des IS, als Kobane nach wochenlangen Straßenkämpfen befreit werden konnte. Im Februar 2015 war es der YPG in Verbindung mit den amerikanischen Luftangriffen gelungen, ein Drittel der Dörfer um Kobane zurückzuerobern und die strategisch wichtige Stadt Tal Abyad als nächstes Ziel anzuvisieren.³⁶

Zusätzlich gab es erste informelle Gespräche der Amerikaner mit der PYD-Führung.³⁷ Im Zusammenhang mit diesen Erfolgen ist außerdem von Bedeutung, dass weder die PYD noch die YPG auf einer Terrorliste stehen und deshalb einer offiziellen Kommunikation und Kooperation formal nichts im Weg steht. Die Zugehörigkeit der PYD zur PKK/KCK ist angesichts der syrischen Tragödie eher nebensächlich. Allen politischen und ideologischen Verirrungen der PYD zum Trotz müssen vielmehr ihr Säkularismus, ihre Rücksichtnahme auf die multiethnische Realität in Nordsyrien und ihre militärische Effizienz im Kampf gegen den IS gewürdigt werden – ganz abgesehen davon, dass selbst die Türkei offizielle Friedensgespräche mit der PKK führt und mehrere Treffen zwischen Vertretern der türkischen Regierung und der PYD stattgefunden haben.

³⁶ »Kurds Target New Town after Kobane Victory«, SOHR, 10.2.2015, <<http://syriahr.com/en/2015/02/kurds-target-new-town-after-kobane-victory/>> (Zugriff am 10.2.2015).

³⁷ »Washington's Secret Back-Channel Talks with Syria's Kurdish 'Terrorists'«, in: *Foreign Policy*, 7.10.2014, <<http://foreignpolicy.com/2014/10/07/washingtons-secret-back-channel-talks-with-syrias-kurdish-terrorists/>> (Zugriff am 10.2.2015).

Von der »Lösung der Kurdenfrage« zum Umgang mit »Kurdistan«. Die Verhandlungen der türkischen Regierung mit der PKK

Günter Seufert

Am 28. Dezember 2012 räumte der damalige türkische Ministerpräsident Recep Tayyip Erdoğan der Öffentlichkeit gegenüber erstmals ein, dass Gespräche des Nationalen Geheimdienstes (Millî İstihbarat Teşkilatı, MİT) der Türkei mit Abdullah Öcalan stattfanden, dem inhaftierten Führer der verbotenen Arbeiterpartei Kurdistans (Partiya Karkeren Kurdistan, PKK). Mehr als zwei Jahre später dauert Öcalans Haft auf der Gefängnisinsel İmralı an. Erdoğan dagegen ist als erster direkt gewählter Staatspräsident des Landes auf dem besten Wege, eine Alleinherrschaft zu etablieren. Doch je länger sich die von ihm begonnenen Verhandlungen mit Öcalan hinziehen, desto mehr stärken innen- und außenpolitische Dynamiken Öcalan und seine PKK, während sie Erdoğan und die von ihm gelenkte türkische Regierung schwächen.

Verlauf der Gespräche: fulminanter Start, unentschlüssener Fortgang

»Kindermörder«, »Terroristenchef« und »Kryptoarmenier« waren über Jahrzehnte hinweg gängige Bezeichnungen türkischer Politiker und Medien für den seit 1999 inhaftierten Öcalan. Entsprechend hoch schätzte Erdoğan das politische Risiko für die Aufnahme von Konsultationen mit dem PKK-Chef ein. Den Gesprächen mit Öcalan vorausgegangen waren ab September 2009 in Oslo Geheimverhandlungen des MİT mit Vertretern der PKK aus dem Brüsseler Exil. Die Unterredungen waren allerdings 2011 aufgrund türkisch-nationalistischer Opposition ergebnislos abgebrochen worden. Angestachelt durch nationalistische Berichterstattung, hatten sich im Oktober 2009 Teile der ethnisch-türkischen Bevölkerung durch die Rückkehr von 34 PKK-Mitgliedern aus dem irakischen Exil provoziert gefühlt und gegen die Regierung protestiert. Nur wenig später hatten religiös-nationale Netzwerke in Polizei und Justiz Anklagen gegen und Festnahmen von Kurden in großer Zahl bewirkt und so die ersten Gespräche der AKP-Regierung mit der PKK sabotiert.¹ Damit war die seit Gründung des Staates institutionell fest verankerte nationalistische Ideologie der Republik Türkei zum größten Hemmschuh in der Kurdenfrage geworden. Ein zweites Hindernis, der Widerstand des Militärs, hatte sich dagegen zumindest teilweise erledigt. Anfang August 2008 hatte der damalige Armeechef İlker Başbuğ zum ersten Mal öffentlich eingestanden, dass die Kurden-

¹ Die anschließend eingeleiteten Strafverfahren richteten sich gegen der PKK nahestehende Netzwerke in den Städten des kurdischen Siedlungsgebiets der Türkei und sind unter dem Namen KCK-Prozesse bekanntgeworden.

frage mit militärischen Mitteln allein nicht zu lösen ist. Nur wenige Wochen später war Başbuğ zum Generalstabschef befördert worden und Erdoğan erhielt das Votum des Generalstabs für den Versuch, einen Ausgleich mit den Kurden herbeizuführen.²

Im Januar 2013 wurde die Initiative auch für die Öffentlichkeit sichtbar. Erstmals konnte eine Delegation aus Abgeordneten der prokurdischen Friedens- und Demokratierpartei (Barış ve Demokrasi Partisi, BDP) im Januar 2013 Öcalan auf der Gefängnisinsel besuchen. Am 21. März, dem kurdischen Neujahrsfest (Newroz), rief Öcalan die PKK zur Einstellung der Kämpfe und zum Abzug ihrer bewaffneten Einheiten aus der Türkei auf. Die militärische Führung der PKK in den Kandil-Bergen des Nordirak begann am 8. Mai 2013 mit dem Rückzug. 1999 hatte das türkische Militär Einheiten der PKK, die sich auf Geheiß ihres damals gerade festgenommenen Führers Öcalan aus der Türkei zurückziehen wollten, angegriffen und Hunderte von Kämpfern getötet.³ Nun jedoch hielt sich das Militär an die Vorgaben der Regierung.

Trotzdem stoppten die Kommandanten der PKK den Abzug bereits am 10. September 2013. Sie bestanden darauf, dass der Rückzug ihrer Kämpfer mit der Verbesserung von Öcalans Haftbedingungen, der Freilassung schwerkranker Gefangener, der Schaffung gesetzlicher Grundlagen für die Verhandlungen und der Einstellung von politischen Prozessen (den sogenannten KCK-Verfahren) einhergehen müsse und dass das Strafgesetzbuch sowie das Antiterrorgesetz liberalisiert würden. Außerdem wandten sie sich dagegen, dass die Regierung den Waffenstillstand für den zügigen Ausbau von Militärstraßen und strategischen Dämmen sowie insbesondere für die Befestigung alter und den Bau neuer Wachen und Stützpunkte des türkischen Militärs in den kurdischen Siedlungsgebieten nutzte.

Mehr als ein Jahr später, am 30. November 2014, sollte es Öcalan als seinen persönlichen Fehler bezeichnen, ohne gesetzliche Garantien von Seiten des türkischen Staates zum Rückzug aufgerufen zu haben, und sich »bei den Völkern der Türkei« für diesen Schritt entschuldigen.⁴ Die Kurden fühlten sich hingehalten. Zwar hatte die Regierung am 30. September 2013 ein Reformpaket verabschiedet, doch blieb sein Inhalt weit hinter den Erwartungen zurück.⁵ Es gestattete die Verwendung der kurdischen Sprache in der Politik und kündigte die Rücknahme der Türkisierung kurdischer Dorf- und Stadtnamen an, was jedoch bislang nicht umgesetzt

² Murat Yetkin, »Die dritte Runde der Prüfung des türkischen Staates in der PKK-Frage« (türkisch), *Radikal* (online) (liberale Nachrichtenwebsite), 2.1.2015, <www.radikal.com.tr/yazarlar/murat_yetkin/turk_devletinin_pkk_ile_imtihani_ucuncu_asama-1263629> (Zugriff am 2.1.2015).

³ International Crisis Group (ICG), *Turkey and the PKK: Saving the Peace Process*, Brüssel 2014 (Europe Report Nr. 234), S. 6.

⁴ Hakkı Özdağ, »Überraschende Botschaft von İmralı. Was bedeutet Öcalans Selbstkritik?« (türkisch), *Radikal* (online), 1.12.2014, <www.radikal.com.tr/turkiye/imralidan_surpriz_mesaj_ocalanin_ozelestirisi_ne_anlama_geliyor-1242604> (Zugriff am 1.12.2014).

⁵ Vgl. dazu Dilek Kurban, *Kein Fahrplan für den Frieden. Erdoğans Demokratiepaket enttäuscht kurdische Erwartungen*, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, Dezember 2013 (SWP-Aktuell 71/2013).

worden ist. Forderungen der Kurden nach Liberalisierung der Straf- und Antiterrorgesetzgebung blieben ebenso unerfüllt wie jene nach der Absenkung der landesweiten Quote von zehn Prozent für den Einzug einer Partei ins Parlament. Die mit dem Paket gewährte Erlaubnis, Kurdisch als Unterrichtssprache an Privatschulen zu verwenden, verpuffte angesichts des Verlangens nach generellem Unterricht in der Muttersprache.

Ein wichtiger Schritt war hingegen die Freilassung von rund 900 Untersuchungshäftlingen, die in Verbindung mit den sogenannten KCK-Prozessen einsaßen. Ermöglicht wurde sie durch die gesetzliche Verkürzung der Höchstdauer der Untersuchungshaft im März 2014 sowie durch die Abschaffung der Sondergerichte (Özel Yetkili Mahkemeler, ÖYM) im Februar 2014 und die Übertragung von etwa 6500 dort anhängigen Verfahren an neu gegründete Große Strafkammern.⁶

Am 10. Juli 2014 verabschiedete das Parlament das »Gesetz Nr. 6551 zur Beendigung des Terrors und zur Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts«, das am 16. Juli in Kraft trat.⁷ In Sachen Zugeständnisse an die Kurden gehen seine Formulierungen über allgemeine Absichtserklärungen nicht hinaus. Die eigentliche Funktion des Gesetzes besteht in der juristischen Absicherung der Regierungsangehörigen und ihrer Beamten. Ihnen sichert das Gesetz Straffreiheit für alle Aktionen im Rahmen der Verhandlungen zu. In der Begründung des Gesetzes heißt es, es »trage dazu bei, dem Prozess [der Verhandlungen, d. Verf.] den Charakter von Staatspolitik zu verleihen.«⁸ Das heißt, das Gesetz soll verhindern, dass bei einem etwaigen Machtwechsel, zum Beispiel in Form eines Militärputsches, die Regierung und ihre Beauftragten etwa wegen Hochverrats strafrechtlich belangt werden könnten. In diesem Sinne wurde, wie es ein türkischer Jurist treffend zum Ausdruck brachte, »ein Gesetz erlassen, um die Gültigkeit bestehender Gesetze [für bestimmte Gruppen, d. Verf.] außer Kraft zu setzen.«⁹ Statt Reformen zu beschließen, die etwa den extrem weiten Terrorbegriff eingrenzten und den Bürgern größere politische Freiheiten gewährten, behält die Regierung die geltenden repressiven Gesetze bei und weitet nur die eigene Immunität aus. Das Gesetz steht damit für die haltende Politik der Regierung, die gleichzeitig von Unsicherheit und dem Unwillen geprägt ist, Zugeständnisse zu machen.

Tiefes Misstrauen kennzeichnet deshalb das Verhältnis zwischen beiden Seiten. Dies erklärt zu einem Gutteil die Eskalation des Streits zwischen

⁶ ICG, *Turkey and the PKK* [wie Fn. 3], S. 6, und »Aufhebung der Sondergerichte – was nun?« (türkisch), t24 (Nachrichtenwebsite), 22.2.2014, <<http://t24.com.tr/haber/ozel-yetkili-mahkemeler-kaldirildi-simdi-ne-olacak,251716>> (Zugriff am 2.1.2015). Die Anklagen wurden damit freilich nicht fallengelassen.

⁷ *Resmi Gazete* (Amtsblatt), 16.7.2014, <www.resmigazete.gov.tr/eskiler/2014/07/20140716-1.htm> (Zugriff am 2.1.2015).

⁸ Zitiert nach »Die Gespräche mit der PKK bekommen eine rechtliche Grundlage« (türkisch), in: *Yeni Özgür Politika* (online) (PKK-nahe Zeitung), 27.6.2014, <www.yeniozgurpolitika.org/index.php?rupel=nuce&id=31927> (Zugriff am 3.1.2015).

⁹ Fikret Ilkiz, »Ein stärkere rechtliche Untermauerung des Lösungsprozesses« (türkisch), *Bianet* (linksliberale Nachrichtenwebsite), 14.7.2014, <www.bianet.org/bianet/siyaset/157179-cozum-surecinin-daha-guclu-kanunu> (Zugriff am 2.1.2015).

der Regierung und der PKK über die Belagerung der syrisch-kurdischen Grenzstadt Kobane durch den »Islamischen Staat« (IS). Beinahe wäre es zum Abbruch der Verhandlungen und zur Wiederaufnahme der Kämpfe gekommen.

Kobane

Die Verbindungen der PKK zu den Kurden Syriens gehen auf den November 1978 zurück, als Abdullah Öcalan, noch vor dem Putsch des türkischen Militärs 1980, in Damaskus Zuflucht fand.¹⁰ In den folgenden drei Jahrzehnten sind nach Angaben des PKK-nahen Kurdischen Nationalkongresses (Kongreya Neteweyiya Kurdistane, KNK) in Brüssel rund 2000 syrische Kurden in den Reihen der PKK gefallen. Die Ausweisung Öcalans aus Syrien im Oktober 1998 auf Druck der Türkei setzte der Duldung der PKK durch das Assad-Regime ein Ende. Die 2003 von Kadern der PKK in Syrien gegründete Partei der Demokratischen Union (Partiya Yekitiya Demokrat, PYD) war dort schweren Repressionen ausgesetzt. Aus den drei Anfang 2014 im Norden Syriens unter Führung der PYD etablierten kurdischen Kantonen sticht Kobane als *die* Hochburg der Partei in Syrien hervor.¹¹

Deshalb verwundert es nicht, dass die PKK der Verteidigung Kobanes vor dem Angriff des IS ab dem 16. September 2014 absolute Priorität einräumte. Die meisten PKK-Kämpfer, die bei der Rückeroberung der Stadt getötet wurden, stammten aus der Türkei und wurden dort beerdigt.¹² Staatspräsident Erdoğan hingegen betrachtet die PYD als Unterorganisation der PKK, als Feind des türkischen Staates und als Terrororganisation, die in dieser Beziehung mit dem IS auf einer Stufe stehe.¹³ Zahlreiche Belege und Berichte über offene und verdeckte Unterstützung der Türkei für salafistische und dschihadistische Gruppen in Syrien und die Blockade auch humanitärer Hilfe für die kurdischen Kantone bestärkten nicht nur PKK-Anhänger, sondern auch die internationale Öffentlichkeit in der Überzeugung, dass die türkische Regierung auf den Fall Kobanes und das Ende der PYD-dominierten kurdischen Selbstverwaltung in Nordsyrien hinarbeite.¹⁴ Am 6. Oktober begannen in den überwiegend kurdisch besiedelten Provinzen im türkischen Südosten Massendemonstrationen, die drei Tage lang

¹⁰ Vgl. dazu und zum Folgenden Thomas Schmidinger, *Krieg und Revolution in Syrisch-Kurdistan. Stimmen und Analysen aus Rojava*, Wien 2014, S. 91ff.

¹¹ Ebd., S. 109.

¹² Cengiz Çandar, »Wo wir jetzt stehen« (türkisch), *Radikal* (online), 22.10.2014, <www.radikal.com.tr/yazarlar/cengiz_candar/gelinen_nokta-1220384> (Zugriff am 22.10.2014).

¹³ Für die Videoaufzeichnung seiner entsprechenden Äußerung siehe »Erdoğan – PYD und PKK sind für uns ein und dasselbe« (türkisch), Website *Alkışlarla yaşıyorum*, ohne Datum, <<http://alkışlarlayasıyorum.com/icerik/225754/erdogan-pyd-bizim-icin-pkk-ile-estir>> (Zugriff am 3.1.2015).

¹⁴ Vgl. etwa Soner Çağaptay (Washington Institute), nachzulesen bei Karen DeYoung/Liz Sly, »U.S. Frustration Rises as Turkey Withholds Military Help from Besieged Kobane«, in: *Washington Post*, 9.10.2014, <www.washingtonpost.com/world/national-security/us-frustration-rises-as-turkey-withholds-military-help-from-besieged-kobane/2014/10/08/311cb190-4f0e-11e4-babe-e91da079cb8a_story.html> (Zugriff am 3.1.2015).

anhielten. Sie führten zu Zusammenstößen von PKK-Sympathisanten mit kurdisch-islamistischen und türkisch-nationalistischen Gruppen und endeten damit, dass in mehr als der Hälfte der kurdischen Provinzen Ausgangssperren verhängt wurden. Zwischen 35 und 40 Personen fanden den Tod. Die Regierung konnte Öcalan dazu bewegen, sich für ein Ende der Demonstrationen auszusprechen, und setzte selbst die Gespräche vorläufig aus.

Aktueller Stand der Entwicklung

Erst Mitte November 2014 gingen beide Seiten wieder aufeinander zu und äußerten ihre Entschlossenheit, den Prozess weiterzuführen. Die Regierung hatte bereits am 1. Oktober Ausführungsvorschriften für das im Juni verabschiedete Gesetz erlassen, darin freilich die Organisation der weiteren Gespräche einem ausschließlich aus Regierungsmitgliedern und Amtsträgern bestehenden Gremium zugewiesen und sich ansonsten auf keinerlei konkrete Schritte festgelegt.¹⁵ In scharfem Kontrast dazu schlug Öcalan am 1. Dezember einen ausführlichen Rahmenplan für die Verhandlungen vor. Er enthält nicht nur eine Fülle konkreter politischer Vorstellungen – von Grundlinien der Verfassung bis zu einem ethnisch und konfessionell neutralen Staatsbürgerschaftsverständnis –, sondern auch einen strikten Zeitplan. Wichtiger noch: Öcalan forderte, das Parlament in die Verhandlungen einzubeziehen sowie die Zwischenergebnisse zu dokumentieren und gesetzlich festzuschreiben.¹⁶ Die Führung der PKK im Nordirak machte die Anerkennung von Öcalans Rahmenplan zur Voraussetzung für den Fortgang der Gespräche.

Zum Jahreswechsel 2014/2015 verschärfte beide Seiten den Ton. Die militärische Führung der PKK drohte damit, den Krieg fortzusetzen, sollten die Verhandlungen keine neue Stufe erreichen.¹⁷ Die Regierung ihrerseits lehnte Öcalans Rahmenplan ab und nahm offiziell Kontakt mit der islamistischen kurdischen Partei für die Freiheit der (göttlichen) Sache (Hür Dava Partisi, Hüda Par) auf. Damit signalisierte die Regierung der PKK, sie könne jederzeit deren konservativ-islamistischen Widersacher unter den Kurden in die Verhandlungen einbeziehen.¹⁸ Prompt kam es in einigen kleineren Städten des türkischen Südostens, vor allem in Cizre an der türkisch-syrischen Grenze, zu Schießereien zwischen der Polizei und

¹⁵ *Resmi Gazete* (Amtsblatt), 1.10.2014, <www.resmigazete.gov.tr/eskiler/2014/10/20141001-24-1.pdf> (Zugriff am 3.1.2015).

¹⁶ Mete Çubukçu, »Kontrolle der Spannungen – Kontrolle der Verhandlungen« (türkisch), *Diken* (online), 11.12.2014, <www.diken.com.tr/kontrollu-gerginlik-kontrollu-muzakere/> (Zugriff am 11.12.2014), und »Remzi Kartal im Interview mit CNN« (türkisch), *CNN-Türk* (online), 11.12.2014, <www.cnnturk.com/haber/turkiye/remzi-kartal-cnn-turke-konustu> (Zugriff am 11.12.2014).

¹⁷ »Karayılan nennt ein Datum, Öcalan ist im April unter uns« (türkisch), *Taraf* (online), 23.12.2014, <www.taraf.com.tr/guncel/karayilan-tarih-verdi-ocalan-nisanda-aramizda/>.

¹⁸ A. Kadir Turan, »Neubeginn beim Lösungsprozess« (türkisch), *Hür Seda* (kurdisch-islamistische Nachrichtenwebsite), 26.12.2014, <<http://hurseda.net/printAuthor.php?id=44037>> (Zugriff am 3.1.2015).

Sympathisanten der Hüda Par auf der einen und einer PKK-nahen kurdischen Jugendorganisation auf der anderen Seite.¹⁹

Als Reaktion auf die Demonstrationen im Zusammenhang mit Kobane hatte die Regierung den Entwurf für ein Sicherheitsgesetz eingebracht, das nach langem Tauziehen im März 2015 verabschiedet wurde. Das Recht der Polizei auf Schusswaffengebrauch wurde ausgebaut, Straftatbestände im Kontext mit Demonstrationen stark erweitert, Strafmaße erhöht und das politische Strafrecht auf das Internet ausgeweitet. Regierungsgouverneure können künftig Verhaftungen anordnen und die Polizei kann vorbeugend Verdächtige festsetzen.²⁰ Die prokurdische Partei der Demokratie der Völker (Halkların Demokratik Partisi, HDP)²¹ hatte angekündigt, das Gesetz im Parlament und notfalls auf der Straße zu verhindern. Die Leitung des militärischen Flügels der PKK in den Kandil-Bergen wertete das Gesetz als Bruch des Waffenstillstands.

Im Januar und Februar 2015 zeichneten sich innerhalb des Regierungslagers erstmals Meinungsverschiedenheiten darüber ab, welche weitere Taktik den Kurden gegenüber verfolgt werden solle. Während Staatspräsident Erdoğan und ihm nahestehende Regierungsmitglieder, Berater und Journalisten eine eher konfrontative Haltung einnahmen, schlugen Ministerpräsident Davutoğlu und sein Umfeld versöhnliche Töne an. So gratulierte Davutoğlu auf einer Massenveranstaltung seiner Partei im Januar in Diyarbakir den »Brüdern von Kobane« zur Befreiung der Stadt von der Belagerung durch den »Islamischen Staat« und schmeichelte den Kurden, indem er sagte, er würde gerne »die schöne Sprache Kurdisch lernen«.²² Davutoğlu versuchte in seiner Rede freilich auch, muslimisch-konservative Kurden auf die Seite der Regierung zu ziehen. Er feierte die »unverbrüchliche muslimische Brüderlichkeit, die zwischen Türken und Kurden« herrsche, und behauptete, das Zeichen dafür sei der Halbmond der türkischen Flagge.²³

So rüsteten zum Jahreswechsel beide Seiten auf. Der Staat baute seinen Repressionsapparat aus, die PKK investierte in die Organisation und Mobilisierung der Bevölkerung. Die Kurden drängten auf Reformen vor der

¹⁹ Die sogenannte Patriotische Revolutionäre Jugendbewegung (Yurtsever Devrimci Gençlik Hareketi, YDGH).

²⁰ Zum Inhalt des Pakets siehe »Erklärung Ahmet Davutoğlus zum Sicherheitspaket« (türkisch), *Mynet* (Nachrichtenwebsite), 2.1.2015, <www.mynet.com/haber/guncel/ahmet-davutoglu-ic-guvenlik-paketi-hakkinda-aciklama-yapti-1630143-1> (Zugriff am 2.1.2015). Zur Verabschiedung siehe Saliha Çolak, »Nachtschicht im Parlament, Sicherheitsgesetz nach vier Monaten verabschiedet« (türkisch), *Haberturk*, 28.3.2015 <www.haberturk.com/gundem/haber/1059118-meclis-sabahladi-ic-guvenlik-paketi-4-ay-sonra-yasalasti> (Zugriff am 28.3.2015).

²¹ Die HDP wurde am 15.10.2012 gegründet. Auf Anweisung Öcalans löste sich die BDP im Juni 2014 auf und integrierte sich in die HDP.

²² Er lobte außerdem die 100 000 kurdisch-islamistischen Demonstranten, die am Tag zuvor in der Stadt gegen die Mohammed-Karikaturen von Charlie Hebdo protestiert hatten. Siehe »Widerspruch zwischen Davutoğlu und Erdoğan über Kobane; »Ich möchte Kurdisch lernen« (türkisch), *Taraf* (online), 25.1.2015, <www.taraf.com.tr/politika/davutoglu-kobanide-erdogan-ile-ters-dustu/> (Zugriff am 25.1.2015).

²³ Ebd.

Wahl am 7. Juni 2015, weil sie glaubten, danach würden ihre Möglichkeiten, Druck auszuüben, rapide schwinden.²⁴ Die Regierung jedoch war entschlossen, vor diesem Datum keine Zugeständnisse zu machen. Alles schien auf eine erneute militärische Konfrontation zuzulaufen.

Es waren schließlich die Kurden, die einen Schritt zurück machten und ihre Strategie änderten. Statt auf Reformen oder zumindest bindende Zusagen der Regierung noch vor der Wahl zu insistieren und andernfalls zum bewaffneten Kampf zurückzukehren, betonten die Sprecher der HDP und der PKK unisono, man wolle unbedingt den Waffenstillstand aufrechterhalten und die Verhandlungen fortsetzen. Gleichzeitig entschied sich die HDP, als Partei an den Parlamentswahlen teilzunehmen, statt – wie ihre Vorgängerinnen in den letzten beiden Wahlen – ihr nahestehende »unabhängige« Kandidaten zu unterstützen, für welche die Zehn-Prozent-Quote nicht gilt. Die Kurden orientierten sich damit auf eine längerfristige und parlamentarische Strategie und reduzierten auf diese Weise die Spannung.

Im Vorfeld des kurdischen Neujahrsfestes Newroz, das am 21. März gefeiert wird, gaben beide Seiten ihrer Hoffnung auf eine erneute Friedensbotschaft Öcalans Ausdruck. Die Regierung drängte, Öcalan solle einen Aufruf zum absoluten und unbefristeten Verzicht nicht nur auf bewaffnete Unternehmungen, sondern auch auf Aktionen zivilen Ungehorsams veröffentlichen. Als eine Art Vorleistung der Regierung kam es am 28. Februar 2015 zum ersten und bisher einzigen gemeinsamen Auftritt von Regierungsmitgliedern und Vertretern der Regierungspartei²⁵ auf der einen Seite und den Mitgliedern der HDP, die den Kontakt mit Öcalan aufrechterhalten und die Verhandlungen in seinem Namen führen, auf der anderen Seite. In Anwesenheit der Regierungsvertreter erklärte der HDP-Abgeordnete Sırrı Süreya Önder, Öcalan werde die PKK dazu aufrufen, einen außerordentlichen Kongress abzuhalten, der ein definitives Ende des bewaffneten Kampfes beschließen solle. Daraufhin verlas er eine Stellungnahme Öcalans, welche im Wesentlichen die bereits im Dezember 2014 formulierten politischen Punkte enthielt, über die in den Verhandlungen gesprochen werden sollte.²⁶ Der Auftritt fand große Beachtung. Bei den einen nährte er Hoffnungen auf ein baldiges Ende des Konflikts, andere, besonders nationalistische Türken, sahen in ihm schlicht den Beweis für Landesverrat. Doch weder übergroße Hoffnungen noch Ängste waren angebracht, denn im Grunde hielten sowohl die Regierung als auch die Kurden an ihren Positionen fest. Die Regierung Davutoğlu beharrte darauf,

²⁴ »Karayılan nennt ein Datum, Öcalan ist im April unter uns« [wie Fn. 17].

²⁵ Yalçın Akdoğan, einer der stellvertretenden Ministerpräsidenten, Innenminister Efkan Ala und Muhammed Dervişoğlu, Chef des Generaldirektorats für Öffentliche Ordnung und Sicherheit im Ministerpräsidentenamt, vertraten die Regierung, Mahir Ünal, Chef der AKP-Fraktion im Parlament, die Regierungspartei. Siehe Murat Yetkin, »Eine Erklärung von historischer Tragweite, der Prozess am kritischen Punkt und die Erwartungen sehr hoch« (türkisch), *Radikal* (online), 28.2.2015, <www.radikal.com.tr/yazarlar/murat_yetkin/pkk_kongre_karari_alir_mi-1303390> (Zugriff am 28.2.2015).

²⁶ Vgl. »Die erwartete Erklärung der Regierung und der HDP ... historischer Aufruf Öcalans« (türkisch), *Taraf* (online), 28.2.2015, <www.taraf.com.tr/guncel/hukumet-ve-hdpden-beklenen-aciklama-ocalandan-tarihi-cagri/> (Zugriff am 28.2.2015).

dass der unverbindliche gemeinsame Auftritt bereits Zugeständnis genug sei, um die PKK zum Niederlegen der Waffen zu bewegen. Staatspräsident Erdoğan ging sogar noch einen Schritt weiter und verurteilte, dass Regierungsmitglieder gemeinsam mit Vertretern der Kurden vor die Kameras getreten waren. So kurz vor den Wahlen sei dies schädlich für die AKP und nicht in seinem Sinne. Öcalan wiederum bekundete am kurdischen Neujahrsfest zwar seine Bereitschaft, die PKK zur Niederlegung der Waffen aufzufordern, machte aber dafür den Beginn der Verhandlungen über die politischen Forderungen der Kurden ebenso zur Voraussetzung wie die Einrichtung einer Beobachtungs- und einer Wahrheitsfindungskommission.²⁷ Angesichts sinkender Werte für die AKP in Meinungsumfragen zur bevorstehenden Parlamentswahl vom 7. Juni radikalisierte Erdoğan seine nationalistische Rhetorik und sagte, die Kurdenfrage sei bereits gelöst.²⁸

Damit ist die Diskussion über die politischen Reformen zur Lösung der Kurdenfrage genauso auf die Zeit nach der Wahl vertagt wie die Verhandlungen zur Einstellung des bewaffneten Kampfes der PKK. Ob – und, wenn ja, wie – die beiden Seiten ihre konträren Perspektiven nach der Wahl zu gemeinsamen Schritten verbinden können, ist zurzeit vollkommen offen.

Die Haltung der Regierung: Inkorporation der Kurden in eine sunnitische Nation

Die von der Armeeführung im August 2008 erstmals öffentlich geäußerte Einsicht, die Kurdenfrage sei militärisch nicht zu lösen, traf in jenen Tagen – und mehr noch in den folgenden Jahren – auf eine AKP-Regierung, die eine neue Vision von der Identität der Türkei und ihrer Bedeutung im Nahen Osten hatte. Das Land sollte sich zu einer führenden Wirtschaftsmacht entwickeln, innenpolitisch zu seiner, wie es hieß, historisch gewachsenen und kulturell tief verwurzelten muslimischen Identität zurückfinden und außenpolitisch eine Führungsrolle im Nahen Osten übernehmen.²⁹ Der Kurdenkonflikt rückte so in eine neue Perspektive: Nicht nur, dass er notwendige wirtschaftliche Ressourcen verschlang und die außenpolitische Achillesferse der Türkei bildete, er war auch prinzipiell lösbar, und zwar durch die Betonung geteilter Geschichte, kultureller Nähe und gemeinsamer muslimischer Identität von Türken und Kurden. Es ist des-

²⁷ »Der Kampf für Demokratie, Freiheit, Geschwisterlichkeit und einen würdevollen Frieden steht an einer historischen Schwelle. Message von Abdullah Öcalans [sic!] zum Newrozfest«, *Civaka Azad* (PKK-nahe Website), 21.3.2015, <<http://civaka-azad.org/der-kampf-fuer-demokratie-freiheit-geschwisterlichkeit-und-einen-wuerdevollen-frieden-steht-an-einer-historischen-schwelle/>> (Zugriff am 1.4.2015).

²⁸ Vgl. dazu kritische Stimmen: »Selbst AKP-nahe Journalisten sind gegen Erdoğan's Behauptung, es gebe keine Kurdenfrage« (türkisch), *Marksist.org* (linke Website), 19.3.2015, <[http://marksist.org/icerik/Haber/1226/Erdogan%E2%80%99in-%E2%80%9CKurt-sorunu-yoktur%E2%80%9D-lafina-AKP%E2%80%99li-yazarlar-bile-tahammul-edemedi!](http://marksist.org/icerik/Haber/1226/Erdogan%E2%80%99in-%E2%80%9CKurt-sorunu-yoktur%E2%80%9D-lafina-AKP%E2%80%99li-yazarlar-bile-tahammul-edemedi!>)> (Zugriff am 19.3.2015).

²⁹ Vgl. dazu Günter Seufert, *Außenpolitik und Selbstverständnis: Die gesellschaftliche Fundierung von Strategiewechseln in der Türkei*, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, Juni 2012 (SWP-Studie 11/2012).

halb kein Zufall, dass sich der inhaftierte Abdullah Öcalan zu Beginn der Gespräche auf die tausendjährige Geschichte der beiden Völker unter dem Banner des Islam berief³⁰ – er passte sich der Rhetorik der AKP an. Ein Regierungsvertreter äußerte damals die Hoffnung, Öcalan werde sich die Vision der AKP von einer gemeinsamen sunnitischen Identität der Türken und Kurden zu eigen machen.³¹ Den AKP-Regierungen ist es denn auch wesentlich leichter gefallen als all ihren Vorgängerinnen, die ethnische Identität der Kurden zu akzeptieren und ihnen ihre kulturellen Rechte zu gewähren.³² Tatsächlich ist die Kurdenpolitik der heutigen Türkei nicht mit jener vor dem Amtsantritt der AKP vergleichbar, denn bis zu diesem Zeitpunkt wurde abgestritten, dass es eine kulturelle Identität und Sprache der Kurden überhaupt gebe. Doch in den Augen der AKP ist mit der Anerkennung einer kurdischen Identität und Sprache die kurdische Frage auch schon gelöst.³³ Deshalb will die Regierung ausschließlich darüber verhandeln, wie die PKK demilitarisiert und ihre Kader in die Gesellschaft und das politische System integriert werden. Alle politischen Forderungen, wie die nach Dezentralisierung und Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung, sollen dem späteren gesamt türkischen politischen Prozess überlassen bleiben, an dessen Herausbildung auch die Kurden beteiligt sind. Die Regierung ist nicht bereit, Öcalan und die PKK als Partner zu akzeptieren, mit denen über die Gestaltung des zukünftigen politischen Verhältnisses von Türken und Kurden zu reden sei. Ebenso wenig kommt es für sie in Frage, »die Kurden« als eigenen Souverän in ihren Siedlungsgebieten anzuerkennen. Aus Sicht der Regierung würde dies bedeuten, die schon jetzt teilweise bestehende autoritäre Hegemonie der PKK über die Gesellschaft in den kurdischen Siedlungsgebieten zu zementieren.

Die politische Praxis der Regierungspartei konterkariert und entwertet jedoch diesen prinzipiell nachvollziehbaren und theoretisch durchaus legitimen Ansatz. Denn die AKP pocht zwar auf demokratische Prinzipien, verweigert aber in den entscheidenden Fragen demokratische Reformen. So hält sie gegen den Willen auch der türkischen Oppositionsparteien an der Zehn-Prozent-Quote fest. Damit will sie den Einzug der prokurdischen Partei ins Parlament vereiteln und spekuliert darauf, dass sie als zweit-

³⁰ Die Rede Öcalans wurde hier dokumentiert: »Historische Botschaft Öcalans: Legt die Waffen nieder, zieht Euch zurück« (türkisch), *Radikal* (online), 21.3.2012, <www.radikal.com.tr/politika/ocalanin_tarihi_mesaji_silahi_birakin_sinir_disina_cikin-1126129> (Zugriff am 21.3.2012).

³¹ ICG, *Turkey and the PKK* [wie Fn. 3], S. 11.

³² Man denke unter anderem an den kurdischen Sender des Staatsfernsehens, an die Aufhebung des Verbots kurdischer Zeitungen, Zeitschriften, Bücher und Privatsender, an Kurdisch als Studienfach an Universitäten und an den entspannten Umgang mit dem kurdischen Teilstaat im Nordirak.

³³ So der kurdische AKP-Abgeordnete und Journalist Mehmet Metiner, »Alte Gewohnheiten blockieren den Lösungsprozess«, in: *Yeni Şafak* (regierungsnahe türkische Tageszeitung), 5.6.2014, <www.yenisafak.com.tr/yazarlar/MehmetMetiner/ezberler-cozum-onunu-kesiyor/54183> (Zugriff am 5.6.2014); Mehmet Metiner, »Die Spoiler des Lösungsprozesses« (türkisch) in: *Yeni Şafak*, 10.6.2014, <www.yenisafak.com.tr/yazarlar/MehmetMetiner/cozum-surecinin-bozgunculari/54256> (Zugriff am 10.6.2014).

stärkste Partei in der Kurdenregion all die Mandate erringt, die die HDP wegen ihres Ausschlusses vom Parlament nicht besetzen kann.³⁴ Gleichzeitig sperrt sich die Regierung dagegen, Schritte zur Liberalisierung des Antiterrorgesetzes und zur Entpolitisierung des Strafrechts zu unternehmen, wie sie auch die EU-Kommission fordert.³⁵ Die gegenwärtige Politik der Regierungspartei ist nicht von Demokratisierung, sondern von Autoritarismus gekennzeichnet³⁶ und verhindert damit den Ausbau und die Festigung des öffentlichen Raums, in dem doch über das zukünftige Verhältnis des türkischen Staates zur kurdischen Minderheit gestritten und entschieden werden soll. Auch betreibt die Regierung mittlerweile offen die Privilegierung sunnitisch-islamischer Identität (so im Bildungswesen, bei der Besetzung von Stellen in der Bürokratie und in der Frauenpolitik), versteht sich als Vertretung einer dezidiert muslimischen Nation und verurteilt jegliche Opposition gegen religiös-konservative Haltungen als antinational und »undemokratisch«, da nicht der Tendenz der »Mehrheit« entsprechend. All dies ist ebenfalls nicht geeignet, das Vertrauen in den künftigen politischen Prozess zu befördern. Für die PKK besonders alarmierend war und ist der zügige Ausbau von Militärstrukturen in den mehrheitlich kurdisch besiedelten Gebieten. Berichten in der regionalen Presse zufolge sollen Aufträge für die Erneuerung oder den Neubau von fast 250 stark befestigten Militärwachen erteilt worden sein, die mit einem eigenen Radarnetz, Wärmebildkameras und Bodensensoren ausgestattet sein werden. Über 800 Kilometer Militärstraßen seien im Bau.³⁷ Im Juli 2014 hat der damalige stellvertretende Ministerpräsident Beşir Atalay eingestanden, dass das türkische Militär im kurdisch besiedelten Südosten des Landes heute besser aufgestellt sei als vor dem Waffenstillstand.³⁸

Die Haltung der PKK:

Die Kurden sind ihr eigener Souverän und wir seine Vertretung

Die PKK stützt ihre Rhetorik von Demokratie auf zwei Pfeiler: zum einen das »kurdische Volk« und sein Recht auf politische Gleichheit mit anderen Völkern, zum anderen eine Selbstverwaltung, die von Konzepten direkter Demokratie, Räteherrschaft, Geschlechtergerechtigkeit, Anerkennung kultureller Pluralität und kollektivem Eigentum an Naturschätzen geprägt

³⁴ Frühe Ankündigungen des Verfassungsgerichts, noch vor der Wahl über die Verfassungsmäßigkeit der Quote zu entscheiden, hatte die AKP als Putschversuch des Gerichts gebrandmarkt. Dieses erklärte sich schließlich für nicht zuständig.

³⁵ European Commission, *Turkey Progress Report 2014*, Brüssel, Oktober 2014, S. 54, 60, <http://ec.europa.eu/enlargement/pdf/key_documents/2014/20141008-turkey-progress-report_en.pdf>.

³⁶ Vgl. Günter Seufert, *Erdoğan's »Neue Türkei«. Die Restauration des autoritären Staates im Namen der Demokratie*, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, Oktober 2014 (SWP-Aktuell 60/2014).

³⁷ Vgl. »Der Bau von Militärwachen und der Friedensprozess«, in: *Gazete Kars* (ostanatolische Tageszeitung), 1.5.2014, <www.gazetekars.com/kalekol-yapimi-ve-baris-sureci-13769h.htm> (Zugriff am 5.1.2015).

³⁸ ICG, *Turkey and the PKK* [wie Fn. 3], S. 37.

ist.³⁹ Öcalans »demokratischer Konföderalismus« verschmilzt diese beiden Ansätze zu der Vorstellung, dass die kurdischen Siedlungsgebiete in den einzelnen Staaten des Nahen Ostens jeweils Autonomie erhalten sollen, wobei die bestehenden Grenzen respektiert, aber innerhalb Gesamtkurdistans durchlässiger werden sollen. Eine erste Umsetzung seiner gesellschaftspolitischen Vorstellungen ist zurzeit in den drei kurdischen Kantonen Nordsyriens zu beobachten. Gekennzeichnet sind diese Ideen durch die prominente Rolle von Frauen im politischen und militärischen System sowie die Einbindung anderer ethnischer Gruppen wie Araber und assyrische Christen, aber auch durch die Ausgrenzung konkurrierender kurdischer Gruppen.⁴⁰

In den Verhandlungen mit der Türkei tritt die von der PKK dominierte kurdische Nationalbewegung dem türkischen Staat in Gestalt mehrerer Akteure gegenüber: als legale Partei (HDP), als Zusammenschluss zivilgesellschaftlicher Organisationen (Demokratischer Gesellschaftskongress, Demokratik Toplum Kongresi, DTK), als militärische Organisation (Volksverteidigungskräfte, Hezen Parastina Gel, HPG) mit Zentrum in den Kandilbergen, als in Brüssel beheimatete Exilorganisation (KNK) und als charismatische Führerfigur (Abdullah Öcalan). Die Gründung der HDP und das Aufgehen ihrer Vorgängerin BDP in der neuen Partei, aber auch die Kandidatur des HDP-Kovorsitzenden Selahattin Demirtaş bei den Staatspräsidentenwahlen – all dies erfolgte auf Öcalans Order hin, der selbst kein Mitglied der Partei ist. Inoffizielle Machtstrukturen bestimmen so selbst das Handeln der legalen Partei, die über formale und vom Staat kontrollierte Entscheidungsmechanismen verfügt. Tatsächlich ist die Bewegung stark zentralistisch strukturiert. Die PKK ist deshalb heute sowohl straff geführte paramilitärische Organisation als auch Verkörperung der kurdischen Nationalbewegung. Öcalan ist ohne Zweifel derjenige, der die Entscheidungen dieser Organisation selbstherrlich bestimmt und dem trotzdem gleichzeitig am ehesten die Rolle eines Vertreters der Kurden in der Türkei zufällt. Die Legitimität der kurdischen Bewegung unter Führung der PKK erwächst aus ihrem starken Rückhalt in der kurdischen Bevölkerung, aus der Anerkennung ihres Anführers Öcalan als Verhandlungspartner durch den türkischen Staat sowie aus der Zustimmung der Wähler zur ihrer legal operierenden Partei. Die zentralistische Machtstruktur der PKK, ihr Anspruch, alleiniger Vertreter des kurdischen Volkes in der Türkei zu sein, und die bis Ende 2014 wiederholt geäußerte Bereitschaft, den bewaffneten Kampf wieder aufzunehmen, stehen freilich einer vollen Anerkennung der PKK als legitimem politischem Akteur im Wege.

Regierung und PKK sind sich bewusst, dass ihre jeweiligen politischen Ziele im Grunde nicht vereinbar sind. Die Regierung hält an den Gesprächen fest, weil sie zumindest bis zu den Parlamentswahlen neue Nachrichten über gefallene Soldaten vermeiden möchte. Auch die kurdische Seite

³⁹ Siehe Ahmet Hamdi Akkaya/Joost Jongerden, »Reassembling the Political: The PKK and the Project of Radical Democracy«, in: *European Journal of Turkish Studies* (EJTS), (2012) 14, <<http://ejts.revues.org/4615>>.

⁴⁰ Vgl. Schmidinger, *Krieg und Revolution* [wie Fn. 10], S. 132–148.

profitiert vom Waffenstillstand. Er hat es ihr ermöglicht, einen Großteil ihrer bewaffneten Kräfte nach Syrien und in den Irak zu verlagern, und zur Freilassung der KCK-Häftlinge geführt. Darüber hinaus verschaffte der Waffenstillstand der Bevölkerung in der Region Luft zum Atmen und findet unter den Kurden große Unterstützung.

Die PKK weiß außerdem um die Ängste der Regierung vor etwaigen Reaktionen des Militärs, wie sie im Gesetz vom Juni 2014 zum Ausdruck gekommen sind, und sie kennt die ablehnende Haltung der beiden türkischen Oppositionsparteien zu den Verhandlungen. Die Republikanische Volkspartei (Cumhuriyet Halk Partisi, CHP) lehnt es ab, dass Öcalan an den Verhandlungen beteiligt ist, und die Partei der Nationalistischen Bewegung (Milliyetçi Hareket Partisi, MHP) ist gegen die Verhandlungen an sich. Aus all diesen Gründen hält die PKK an den Verhandlungen fest, treibt jedoch gleichzeitig die Organisierung der Bevölkerung und den Aufbau administrativer und paramilitärischer Strukturen im Südosten des Landes voran. Zahlreiche Quellen berichten von Steuereintreibung, routinemäßigen Personen- und Verkehrskontrollen sowie öffentlichen Vereidigungen junger Männer auf eine protopolizeiliche Organisation. Selbst von der Ernennung eines Schattengouverneurs für die Grenzprovinz Hakkari ist die Rede.⁴¹ In einem Bericht der türkischen Sicherheitsdirektion wird von der Rekrutierung ehemaliger PKK-Kämpfer für die Patriotische Revolutionäre Jugendbewegung (YDGH) gesprochen, die Polizeifunktionen übernommen habe.⁴² PKK-nahe Quellen bestätigen sowohl die Gründung der Organisation als auch ihre Orientierung auf polizeiliche Aufgaben.⁴³ Nimmt die Regierung erneut im großen Stile zu militärischen Aktionen Zuflucht, scheint die türkische Seite heute weniger eine Bergguerilla fürchten zu müssen, sondern vielmehr eine Stadtguerilla, die von der Jugend getragen und von großen Gruppen in der Bevölkerung unterstützt wird – und damit einen Bürgerkrieg.⁴⁴

Insgesamt mehren sich die Anzeichen dafür, dass die PKK versucht, Elemente der Selbstverwaltung aus den kurdischen Kantonen Syriens in die Türkei zu importieren.⁴⁵ Exakt in diese Richtung zielt die Ankündigung des Kovorsitzenden der HDP, Selahattin Demirtaş, man werde sich künftig

⁴¹ Eine Zusammenstellung findet sich bei Gokhan Bacik, »How the Arab Spring Transformed Turkey's Kurdish Issue«, in: *Orient*, 56 (2015) 1, S. 37–45 (38f).

⁴² »Bericht der Polizei: Das ist die Polizei der PKK« (türkisch), *Radikal* (online), 3.1.2015, <www.radikal.com.tr/turkiye/emniyetin_raporu_iste_pkknin_polisi-1264199> (Zugriff am 3.1.2015).

⁴³ »Die YDGH als neuer Dachverband« (türkisch), *Sterk TV* (PKK-naher Fernsehsender), 24.2.2013, <<http://tr.sterk.tv/2716-idgh-cat-orgutu-ilan-edildi.html#VKq3USdN3hB>> (Zugriff am 5.1.2015).

⁴⁴ So Bacik, »How the Arab Spring Transformed Turkey's Kurdish Issue« [wie Fn. 41], S. 40.

⁴⁵ Murat Yetkin, »Ist es ausgeschlossen, dass man nach der Wahl zu harten Maßnahmen zurückkehrt?« (türkisch), *Radikal* (online), 26.12.2014, <www.radikal.com.tr/yazarlar/murat_yetkin/kurt_sureci_secime_kadar_havuc_secimden_sonra_sopa_olmaz_degil_mi-1258848> (Zugriff am 26.12.2014).

nicht mit der Wahl von Abgeordneten begnügen, sondern Vorläufer von Ministerien aufbauen.⁴⁶

Die Zeit arbeitet für die Kurden und die PKK

Die Gespräche begannen vor dem Hintergrund eines klaren Machtgefälles zwischen der Regierung und der PKK. Militärisch hatten besonders die Kurden große Opfer zu beklagen, bevor die Konsultationen gestartet wurden.⁴⁷ Aus Sicht der türkischen Öffentlichkeit war die PKK eine Terrororganisation und Öcalan der schlimmste Terrorist. Heute sprechen große Teile der türkischen Presse von der PKK »als der kurdischen Bewegung« oder als der »politischen Bewegung der Kurden«. Öcalan gilt als legitimer Verhandlungspartner und kluger Stratege. Sein Ansehen unter den Kurden im Südosten der Türkei sei erheblich gestiegen, sagt ein kurdischer Berater der Regierungspartei: Die Zustimmung zu Öcalan sei von einem Drittel der dortigen Bevölkerung auf zwei Drittel gewachsen. Meinungsumfragen unter den Kurden der Gesamttürkei zeigen vergleichbar hohe Raten.⁴⁸ Ähnliches gilt für die PKK: Noch 2011 war sie für zwei Drittel der türkischen Kurden eine »Terrororganisation«, doch schon 2013 war der Anteil derer, die so denken, auf ein Drittel geschrumpft. Verschiedene Berichte legen nahe, dass der Zuspruch zu Öcalan und der PKK in den türkischen Kurdengebieten mittlerweile noch größer geworden ist.⁴⁹ Gleichzeitig hat es die HDP in den letzten Monaten vermocht, durch einen radikaldemokratischen Diskurs⁵⁰ (und vor dem Hintergrund der Staatsfixierung, des Nationalismus und der Ideenlosigkeit der größeren Oppositionsparteien) für weite Kreise der türkischen Linken zum Hoffnungsträger zu werden.

Außenpolitisch hatten die Ereignisse seit Beginn der Verhandlungen einen enormen Ansehensverlust der türkischen Regierung zur Folge. Dagegen nahm die internationale Anerkennung für »die Kurden« zu. Während die Türkei sich Beschuldigungen erwehren muss, salafistische und dschihadistische Gruppen, ja selbst den IS zu unterstützen, hat sich vor allem die von Masud Barzani geleitete Kurdische Regionalregierung (KRG) im Nordirak als Verbündete der internationalen Gemeinschaft im Kampf gegen den IS etabliert. Die Türkei ist überdies mit ihrem Versuch gescheitert, erst im Falle des Nordirak und aktuell im Falle Nordsyriens eine Inter-

⁴⁶ »Demirtaş: »Wir wählen nicht nur Abgeordnete, sondern spätere Minister« (türkisch), *Sterk TV*, 19.12.2014, <<http://tr.sterk.tv/10423-demirta-vekil-secmeieceiz-prototipi-bakanlklar-olaturacaz.html#.VKq6KSdN3hB>> (Zugriff am 5.1.2015).

⁴⁷ Vom Sommer 2011 bis März 2013 starben 920 Personen, davon 533 Bewaffnete der PKK und 91 kurdische Zivilisten; ICG, *Turkey and the PKK* [wie Fn. 3], S. 3.

⁴⁸ Ebd., S. 32, unter Berufung auf Umfragen des Think Tanks TEPAV, Ankara.

⁴⁹ So Ruşen Çakır, »Goldenes Zeitalter der kurdischen politischen Bewegung« (türkisch), *Vatan* (online), 8.9.2014, <www.gazetevatan.com/rusen-cakir-675807-yazar-yazisi-kurt-siyasi-hareketinin-altin-cagi/> (Zugriff am 8.9.2014), und Bacik, »How the Arab Spring Transformed Turkey's Kurdish Issue« [wie Fn. 41], S. 39, 41.

⁵⁰ Waren die Vorgängerparteien der HDP bei Parlamentswahlen bisher nicht über 6,7 Prozent der Stimmen hinausgekommen, erhielt Demirtaş 9,8 Prozent bei den Staatspräsidentenwahlen 2014.

nationalisierung des Kurdenproblems zu verhindern. Zur selben Zeit wuchs die innerkurdische Kooperation und Solidarität. Im Irak kämpften erstmals Kurden aus Syrien, der Türkei, dem Irak und selbst dem Iran gegen ein und denselben Feind. Im nordirakischen Dohuk schlossen die PKK-nahe PYD und kleinere syrisch-kurdische Parteien, die Masud Barzani, dem Präsidenten des kurdischen Teilstaats im Nordirak, nahestehen, einen Vertrag zur gemeinsamen Verwaltung Rojavas, wie Syrisch-Kurdistan mittlerweile genannt wird.⁵¹

Auch wenn nur der kurdische Nordirak von Deutschland, der Tschechischen Republik und dem Iran Waffenhilfe erhält, hat auch die PKK von der neuen Sichtbarkeit der Kurden und ihrer veränderten Bewertung durch Europa und die USA profitiert. In Syrien gilt ihr Ableger, die PYD, als einzige sowohl säkulare als auch schlagkräftige Organisation. Weil die internationale Gemeinschaft den Wert der YPG (Volksverteidigungskräfte der PYD) im Kampf gegen den IS anerkennt und die Organisation mit den USA und Großbritannien militärisch kooperiert, ist die von der türkischen Regierung angestrebte vollständige Entwaffnung der PKK für die nächsten Jahre illusorisch. Selbst ein Abzug ihrer Kämpfer aus der Türkei würde der PKK nicht ihr militärisches Drohpotential aus der Hand nehmen.

Im innerkurdischen Konkurrenzkampf um die Führung in der nationalen Sache hat Abdullah Öcalan gegenüber Masud Barzani viel Boden gutgemacht.⁵² Öcalan ist der einzige Kurdenführer, der nicht nur eine Ideologie formuliert hat, die in allen Teilen Kurdistans Anhänger findet, sondern dessen Organisationen auch militärisch in allen vier Nationalstaaten mit einem großen Kurdenanteil präsent sind. Er vertritt als einziger machtpolitisch relevanter Ideologe des Nahen Ostens gleichzeitig Geschlechtergerechtigkeit, eine säkulare Regierungsform und die gleichberechtigte Einbeziehung nichtkurdischer (Araber) und nichtmuslimischer Gruppen (assyrische Christen und Jesiden) in das politische System. Seine Anhänger bewundern ihn deswegen als Vordenker.⁵³ Angesichts des Zerfalls von Staaten im Nahen Osten und eines Kampfes aller gegen alle, der in Syrien und dem Irak bereits eingesetzt hat, führt kein Weg daran vorbei, die PKK sowie Öcalan und seine Gedanken neu zu bewerten. Die PKK setzt deshalb zurzeit alles daran, das Etikett »Terrororganisation« abzustreifen.

⁵¹ Die Bestimmungen des Vertrags wurden allerdings noch nicht umgesetzt. Im Januar 2015 verschärften sich zudem abermals die Spannungen zwischen der PKK-nahen PYD und den Barzani-nahen Kurden.

⁵² Otmar Oehring/Hermann Giesel, *Die Bedeutung der Kurden*, Amman, September 2014 (KAS-Länderprogramm Jordanien, Länderbericht), S. 9.

⁵³ So ein Bericht aus dem ostsyrischen Kanton Cizire: Fehim Taştekin, »Kompliziertes Cizire: ein arabischer Scheich als Bewunderer Öcalans und eine Guerillaführerin« (türkisch), *Radikal* (online), 4.10.2014, <www.radikal.com.tr/yazarlar/fehim_tastekin/cezirenin_dumeninde_apocu_bir_arap_seyhi_ve_bir_kadin_gerilla-1216881> (Zugriff am 4.10.2014).

Die Kurden als zentraler Faktor der politischen Entwicklung in der Türkei: Wie weiter mit dem PKK-Verbot?

Günter Seufert

Die Republik Türkei befindet sich inmitten eines tiefgreifenden politischen Transformationsprozesses. Zurzeit ist vollkommen offen, ob er weiterhin friedlich oder aber gewaltförmig verlaufen wird. Es ist auch nicht abzusehen, ob eine zumindest relativ demokratische Ordnung bewahrt werden wird oder ob das Land in eine plebiszitäre Diktatur abdriftet, die zu gewaltsamen Versuchen der Lösung des Kurdenkonflikts zurückkehrt. Sicher jedoch ist, dass die kurdische Nationalbewegung des Landes unter Führung von Abdullah Öcalans Arbeiterpartei Kurdistans (Partiya Karkeren Kurdistan, PKK) und der mit ihr eng verbundenen Partei der Demokratie der Völker (Halkların Demokratik Partisi, HDP) bei der heutigen politischen Weichenstellung eine so zentrale Rolle spielt wie nie zuvor in der Geschichte der Republik Türkei.

Die strukturellen Gründe der politischen Krise

Der *langfristige Faktor* für den politischen Umbruch der Türkei ist die durch Verstädterung, steigendes Bildungsniveau und Globalisierung unterfütterte politische Mobilisierung und Ermächtigung der gesamten Bevölkerung. Sie hat dazu geführt, dass die alten kemalistischen bürokratischen und militärischen Eliten ihr Ziel verfehlten, die ethnisch vielfältige und zum allergrößten Teil muslimische Bevölkerung in das Korsett einer homogenen ethnisch-türkischen und laizistischen (*religionsfernen*) Nation zu zwängen. Dieser Versuch des Nationenbaus scheiterte einerseits am Beharrungsvermögen der frommen Muslime, die die Mehrheit der Bevölkerung ausmachen, und andererseits an der Rebellion nationalbewusster Schichten der kurdischen Minderheit.¹

Auf der Ebene der Parteien zeigt sich das Scheitern des kemalistischen Projekts an der seit Jahren anhaltenden Flaute der rechts- und der links-kemalistischen Partei, der Partei der Nationalistischen Bewegung (Milli-

¹ In Umfragen bezeichnen sich 62 Prozent der Bevölkerung als »fromm«, bei der sunnischen Mehrheit sind es 82 Prozent, so der Inhaber des Gezici-Meinungsforschungsinstituts, Murat Gezici, im Interview: »Süleyman Şah wird die AKP Stimmen kosten« (türkisch), *Taraf* (online), 2.3.2015, <www.taraf.com.tr/manset/akp-suleyman-sahtan-oy-kaybedecek/> (Zugriff am 2.3.2015). Nach dem *World Factbook* der CIA stellen Kurden 18 Prozent der Bevölkerung, <<https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/geos/tu.html>> (Zugriff am 1.3.2015). Umfragen in der Türkei, die nach der Selbstdefinition fragen, kommen auf knapp 16 Prozent. Bekir Ağırdir, *Kurden und die Kurdenfrage* (türkisch), Istanbul: Konda, 2008, S. 4f.

yetçi Hareket Partisi, MHP) und der Republikanischen Volkspartei (Cumhuriyet Halk Partisi, CHP).

Ihrer Stagnation steht auf der muslimisch-konservativen Seite die Dynamik der AKP gegenüber, die seit 13 Jahren allein regiert und – Kommunalwahlen und Verfassungsreferenden eingerechnet – neun Abstimmungen in Folge für sich entschieden hat. Zuletzt gelang es ihrem damaligen Vorsitzenden Recep Tayyip Erdoğan, sich am 10. August 2014 mit fast 52 Prozent der Stimmen im ersten Wahlgang zum Staatspräsidenten wählen zu lassen. Auch bei den bevorstehenden Parlamentswahlen am 7. Juni 2015 ist die Partei der klare Favorit.

Auf der kurdischen Seite hat sich eine linke und säkulare Nationalbewegung herausgebildet, deren legale Partei – heute nennt sie sich HDP² – in den mehrheitlich kurdisch besiedelten Gebieten im Südosten des Landes üblicherweise um die 50 Prozent der Stimmen einfährt. Der politische Kurs dieser Partei(en) war und ist stark von der Strategie der verbotenen PKK bestimmt, die 1983 einen bewaffneten Kampf gegen die türkische Regierung begonnen hat und der türkischen Armee seit mehr als 30 Jahren die Stirn bietet. Ermöglicht haben dies der PKK ihr starker Rückhalt unter den Kurden im türkischen Südosten, aber auch in Syrien, eine aktive kurdische Diaspora in Europa und eine schlagkräftige Guerilla, die es vermochte, in den kurdisch besiedelten Kandil-Bergen des Nordirak ein militärisch kaum einnehmbares Zentrum zu etablieren.

Im Lichte der geltenden Verfassung, die 1982 unter der Ägide des Militärs eingeführt wurde und die kemalistische Staatstradition verkörpert, sind beide Bewegungen antirepublikanisch und damit illegitim. Nach dieser Lesart ist die AKP religiös-reaktionär und die PKK separatistisch. Beide Bewegungen pochen deshalb auf eine neue Verfassung, die sie zu legitimen politischen Akteuren macht. Daher muss das Fundament der politischen Ordnung in der Türkei völlig neu verhandelt werden.

Die aktuelle Krise

Das Neue an der gegenwärtigen Situation ist nicht, dass sich drei einander ausschließende Entwürfe für die politische Ordnung gegenüberstehen (die kemalistische, die muslimisch-konservative und die »kurdische«), sondern dass sich erstmals in der Geschichte der Republik die Machtfrage stellt. Der gesellschaftliche Rückhalt der AKP, ihre Übernahme des innerstaatlichen Gewaltapparates von Polizei und Geheimdienst, großer Teile der Bürokratie sowie der Justiz haben dazu geführt, dass sich das Militär zum ersten Mal mit einem gleichwertigen Gegner konfrontiert sieht und die Generäle sich in den letzten Jahren mit Interventionen in die Politik weitgehend zurückgehalten haben.

² Unter dem Verdikt »Separatismus« waren in den letzten Jahrzehnten eine ganze Reihe prokurdischer Parteien, die allesamt in derselben politischen Tradition wie die HDP standen, verboten worden oder hatten sich angesichts eines drohenden Verbots selbst aufgelöst.

Die PKK wiederum hat in 30 Jahren Guerillakrieg bewiesen, dass sie militärisch nicht zu besiegen ist. Die stabile, ja wachsende gesellschaftliche Unterstützung für die PKK-nahen prokurdischen Parteien in den mehrheitlich kurdisch besiedelten Gebieten des Landes hat der AKP die Grenzen ihres politischen Einflusses aufgezeigt. Gründe für die Aufnahme des Dialogs der Regierung mit der PKK waren die wirtschaftlichen Kosten des Militäreinsatzes, die Kriegsmüdigkeit der Bevölkerung, die schnelle Radikalisierung der kurdischen Jugend, die Schwächung der kemalistischen Ideologie samt ihrer Leugnung der kurdischen Sprache, Identität und Kultur, aber auch die fortschreitende Internationalisierung des Kurdenkonflikts. Diese Faktoren sind es auch, die eine Wiederaufnahme des Krieges sowohl extrem kostspielig als auch wenig aussichtsreich machen.

Aktuell spitzt sich die politische Lage deshalb gefährlich zu, weil AKP und PKK gleichzeitig mit Macht auf die Änderung der bestehenden Ordnung drängen, auf diese Weise die beharrenden Kräfte und alten Eliten, allen voran das Militär, herausfordern und außerdem einander widersprechende Ziele verfolgen.

Erdoğan's Streben nach Alleinherrschaft

Recep Tayyip Erdoğan hatte bereits vor seiner Wahl zum Staatspräsidenten keinen Hehl daraus gemacht, dass er ein Präsidialsystem einzuführen und als Inhaber des Amtes die Politik der Türkei weiterhin – und am liebsten weitgehend allein – zu bestimmen gedenkt. Am 21. März 2015 bekannte er öffentlich, dass er sich über die geltende Verfassung hinwegsetzt, indem er sagte: »Mit der Wahl des Staatspräsidenten durch das Volk am 10. August [2014, d. Verf.] ist eine [politische, d. Verf.] Periode faktisch zum Abschluss gekommen. [...] unsere Nation hat das parlamentarische System auf Nimmerwiedersehen in den Wartesaal geschickt.« Diese Übergangsperiode, fuhr er fort, werde so lange anhalten, »bis eine verfassungsrechtliche Grundlage für die gegenwärtige Praxis geschaffen ist«.³

Erdoğan interpretiert seine Wahl zum Staatspräsidenten durch 52 Prozent der Wähler als Volksabstimmung für eine Änderung des politischen Systems. In seinen Augen ist das Votum umso wichtiger, als sich in ihm nicht nur eine augenblickliche und damit vergängliche Mehrheit der Wähler, sondern der »Wille der Nation« ausdrücke. Unter »Nation« versteht Erdoğan nicht die Bevölkerung, sondern ihre muslimisch-türkische Mehrheit, die konservative »core nation« der Türkei, die Erben der Osmanen, die einzig legitimen Besitzer des Staates. Erdoğan's Anspruch auf Alleinherrschaft im Namen des konservativen Blocks alarmiert nicht nur Liberale, sondern auch die kemalistischen Teile der Bevölkerung und ihre Parteien.

Durch seinen Einfluss auf die Regierungspartei AKP und auf die Regierung selbst hat Erdoğan schon heute faktisch die Macht im Staate auf seine Person konzentriert, ungeachtet der nach wie vor geltenden Verfas-

³ Videoaufzeichnung der Rede: »Das parlamentarische System wurde in den Wartesaal geschickt – Recep Tayyip Erdoğan« (türkisch), *youtube*, 22.3.2015, <https://www.youtube.com/watch?v=5QB3bQe_Yts> (Zugriff am 27.3.2015).

sung und des darin kodifizierten parlamentarischen Systems. Diese Machtkonzentration auf Erdoğan ging mit einer Reihe beunruhigender Maßnahmen zur Stärkung des Staates gegen die Bevölkerung einher: vom Ausbau der Kompetenzen von Polizei und Geheimdienst bis zur Internetzensur, von intensiverer Kontrolle der Justiz durch die Regierung bis hin zur islamischen Einfärbung des Bildungswesens. Die von Erdoğan propagierte »neue Türkei« ist denn auch der Albtraum seiner politischen Gegner. Sie fürchten nichts mehr, als dass die AKP in den anstehenden Wahlen am 7. Juni 2015 die Drei-Fünftel-Mehrheit erreicht, die für die Initiierung eines Volksentscheids über eine von der AKP geschriebene Verfassung notwendig ist. Damit erhielte die Alleinherrschaft Erdogans eine legale Grundlage.

Die Forderungen der Kurden

Die Forderungen der Kurden stellen das bestehende politische System noch viel radikaler in Frage als die Pläne Erdogans. Sie führen Begriffe wie kultureller Pluralismus, Minderheitenrechte, Frauenrechte, Säkularismus und Religionsfreiheit sowie direkte Demokratie ins Feld. Die kurdische Nationalbewegung verlangt eine Neudefinition des Staatsbürgers, die ohne Bezug auf ethnische, sprachliche und konfessionelle Kriterien auskommt und somit die gleichberechtigte Wahrnehmung von Bürgerrechten garantiert. Dies kann ohne Änderung der Verfassung und einer ganzen Reihe von Gesetzen, die die Bürger auf eine türkische Identität verpflichten, genauso wenig erfüllt werden wie der kurdische Wunsch nach lokaler und regionaler Selbstverwaltung. Die Kurden stellen damit sowohl die ideologischen Parameter als auch die zentralistische Struktur des Staates zur Disposition. Es verwundert deshalb nicht, dass die rechtskemalistische, extrem nationalistische MHP die Verhandlungen mit der PKK strikt ablehnt. Die linkskemalistische CHP wendet sich gegen jeden Kontakt mit Öcalan (ohne den die Unterredungen nicht geführt werden können). Das Militär kann sich nur schwer damit abfinden, den Feind, den es 30 Jahre lang bekämpft hat, als Verhandlungspartner der Regierung zu akzeptieren. Für die Kurden schien das zu heißen, dass sie zur Kooperation mit der Regierungspartei verurteilt wären, wenn sie ihre Forderung auf dem Verhandlungsweg durchsetzen wollen.

Die Kurden als ausschlaggebender Faktor

Im Kontext von Erdogans Streben nach Alleinherrschaft gewinnen die Verhandlungen mit den Kurden eine wichtige zusätzliche Dimension. Als die Regierung im September 2009 erste (geheime) Unterredungen mit der PKK aufnahm, geschah dies aus der Einsicht, dass die PKK militärisch nicht zu schlagen ist. Doch seit Erdoğan die Einführung eines Präsidialsystems betreibt, werden die Verhandlungen und die Strategie der Kurden Schritt für Schritt zum entscheidenden Faktor für die Zukunft des politischen Systems in der Türkei.

Verkaufen uns die Kurden?

Seit Beginn der zweiten, nunmehr offiziellen Verhandlungsrunde ab dem März 2013 bestand im kemalistischen, aber auch in Teilen des liberalen Lagers die Sorge, Öcalan werde mit Erdoğan einen Deal schließen: Zugeständnisse der Regierung in der Kurdenfrage wie Unterricht in der Muttersprache und mehr lokale Selbstbestimmung könnten durch die Zustimmung prokurdischer Abgeordneter zur Einführung des Präsidialsystems erkaufte werden. Eine solche Strategie der Kurden, so wurde geglaubt, werde zwei Formen autoritärer Herrschaft nach sich ziehen: diejenige Erdoğan über die Gesamttürkei und die der PKK über die kurdischen Regionen.⁴ Eine erste Bestätigung schienen diese Befürchtungen im Frühsommer 2013 zu erhalten, denn die PKK-nahe kurdische Nationalbewegung hielt sich während der sogenannten Gezi-Protteste⁵ gegen die Regierung auffallend zurück und ließ kein Interesse daran erkennen, diese zu schwächen.

Im Vorfeld der Staatspräsidentenwahlen vom August 2014 flammte die Diskussion erneut auf. Die türkische Opposition spekulierte nun ängstlich, die prokurdische Partei könne ihre Wähler unter der Hand zur Wahl Erdoğan auffordern. Doch die Kurden schickten nicht nur einen eigenen Kandidaten ins Rennen, sondern nominierten in Gestalt von Selahattin Demirtaş ihr wohl stärkstes Zugpferd. Mit 9,8 Prozent erzielte der junge Kovorsitzende der HDP, deren Vorgängerparteien bis dato nicht über 6,7 Prozent der Stimmen hinausgekommen waren, einen unerwarteten Achtungserfolg.

Im September 2014 begann der Angriff des »Islamischen Staates« (IS) auf die syrisch-kurdisch Grenzstadt Kobane, die Hochburg der PKK-nahen syrisch-kurdischen Partei der Demokratischen Union (Partiya Yekitiya Demokrat, PYD). Erdoğan setzte die PYD mit den Terroristen des IS gleich. Die Regierung verweigerte sogar humanitäre Unterstützung und blockierte durch die Sperrung der Grenze selbstorganisierte Hilfslieferungen der türkischen Kurden. Offensichtlich hoffte Erdoğan auf den Fall Kobanes und damit auf eine Schwächung der PKK. Am 6. und 7. Oktober 2014 versammelten sich deshalb aufgebrachte Kurden zu Massendemonstrationen, in deren Folge etwa 40 Personen ums Leben kamen. Die Regierung setzte die Verhandlungen vorübergehend aus. Zwar wurden sie einige Wochen später wieder aufgenommen, doch die Kurden traten nun immer selbstbewusster auf. In der Türkei hatten die Verhandlungen das Ansehen Öcalans gestärkt, außenpolitisch hatte sich das Image der PKK/PYD aufgrund ihres Kampfes gegen den IS verbessert.

Bei den demokratischen Kräften der Türkei schob sich nun eine neue Sorge in den Vordergrund: die Angst vor einem Wiederaufleben des Bür-

⁴ Eine Entgegnung darauf bei Oral Çalışlar, »Die Mär davon, dass die Kurden die türkische Demokratie verkaufen« (türkisch), *Düzce Yerel Haber*, 5.2.2014, <www.duzceyerelhaber.com/Oral-CALISLAR/24681-Kurtler-Turk-demokrasisini-satiyor-efsanesi> (Zugriff am 1.3.2015).

⁵ Vgl. Günter Seufert, *Demonstrationswelle in der Türkei*, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, Juli 2013 (SWP-Aktuell 38/2013).

gerkrieges, der die Stellung des Militärs in der Politik abermals stärken würde und für die Türkei eine Katastrophe wäre.⁶

Im Dezember 2014 gab die HDP bekannt, sie werde bei den Parlamentswahlen am 7. Juni 2015 als Partei antreten und keine »unabhängigen Kandidaten« ins Rennen schicken. Letzteres hatte ihre Vorgängerpartei in den Wahlen zuvor praktiziert, um das Risiko zu umgehen, am landesweiten Quorum von zehn Prozent für den Einzug ins Parlament zu scheitern.

Zahlenspiele

Um eine Änderung der Verfassung in ihrem Sinne per Volksabstimmung auf den Weg zu bringen, braucht die AKP mindestens eine Drei-Fünftel-Mehrheit, also 330 der 550 Sitze im Parlament. Zwar ruft Erdoğan das Wahlvolk unablässig dazu auf, die Zahl der Mandate für die AKP in der kommenden Wahl auf 400 zu steigern, doch dies entspräche einem Stimmenanteil von 65 Prozent und ist deshalb nicht realistisch.⁷ In dieser Situation werden die Stimmen der prokurdischen Partei für Erdoğan's Projekt zum Zünglein an der Waage. Die beiden »großen« Oppositionsparteien CHP und MHP sind in den Kurdenregionen kaum präsent. Falls die HDP die Zehn-Prozent-Hürde nicht überwindet, würden daher rund 90 Prozent der Mandate, die ihr (etwa bei einem Wahlergebnis von 9 Prozent) rein rechnerisch zustünden, der AKP zufallen.⁸ Die Auswirkungen wären gravierend. Scheitert die HDP am Quorum, dürfte die AKP schon mit 42 bis 43 Prozent der Gesamtstimmen die Drei-Fünftel-Mehrheit im Parlament erreichen. Nimmt die HDP aber die Zehn-Prozent-Hürde, kann die AKP selbst bei einem Wahlergebnis von 50 Prozent der Stimmen nicht sicher sein, dass sie zwei Drittel der Mandate erhalten wird.

Die Ankündigung der HDP, das Risiko eines Fehlschlags einzugehen und sich als Partei an den Wahlen zu beteiligen, weckte in der liberalen türkischen Öffentlichkeit gleich drei Befürchtungen auf einmal. Ein Teil der Kommentatoren vermutete, die Kurden wollten über das bewusst in Kauf genommene Scheitern an der Hürde womöglich doch Erdoğan zur von

⁶ Nuray Mert, »Wenn nun ein »Bündnis der Kurden mit der Regierung« gar nicht das Problem ist, sondern die beiden (erneut) aneinandergeraten?« (türkisch), *Diken* (online), 5.1.2015, <www.diken.com.tr/ya-asil-sorun-kurtlerin-iktidar-ile-ittifaki-degilse-ya-kavgaya-tutusurlarsa/> (Zugriff am 6.1.2015).

⁷ Der Leiter des Meinungsforschungsinstituts Konda, Bekir Ağırdir, im Interview: »Die HDP kann die Wahlhürde nur mit den Stimmen der Türken im Westen überwinden« (türkisch), *Taraf* (online), 23.3.2015, <www.taraf.com.tr/politika/agirdir-hdpnin-baraji-gecmesibatidaki-turklerin-oyuna-bagli/> (Zugriff am 23.3.2015). Mit einer Zwei-Drittel-Mehrheit (367 Mandate) könnte die AKP die Verfassung ohne Volksabstimmung ändern.

⁸ Vgl. Fuat Keyman, »Die HDP ist nicht nur für die Wahlen, sondern auch für die Zukunft der Türkei der entscheidende Akteur« (türkisch), *Radikal* (online), 1.4.2015, <www.radikal.com.tr/yazarlar/fuat_keyman/hdp_sadece_secimi_degil_turkiyenin_gelecegini_de_belirleyecek_kilit_aktor-1325487/> (Zugriff am 1.4.2015).

ihm angestrebten Mehrheit verhelfen.⁹ Andere sorgten sich, die HDP könnte einen Misserfolg als Rechtfertigung nehmen, um sich anschließend umso energischer an den Aufbau eigener Verwaltungs-, Bildungs- und Sicherheitsstrukturen zu machen und damit eine Alternative zur staatlichen Bürokratie zu bieten.¹⁰ Wieder andere bangten, die Legitimität der Wahl könne Schaden nehmen, falls die HDP des Quorums wegen aus dem Parlament ausgeschlossen bliebe. Außerdem könne die PKK als Reaktion darauf zum bewaffneten Kampf zurückkehren.¹¹ Die Gemütslage der türkischen Linken und Liberalen brachte ein Artikel der Politikwissenschaftlerin Nuray Mert auf den Punkt. Sie führte aus, es sei zwar weiterhin richtig, dass die Demokratisierung der Türkei nur gelingen könne, wenn auch das Kurdenproblem gelöst werde (weil mannigfache autoritäre Vorschriften mit der Eindämmung des kurdischen Separatismus begründet werden und in den Augen vieler Türken deshalb gerechtfertigt sind). Man könne aber nicht davon ausgehen – wie man lange geglaubt habe –, dass auch eine Lösung des Kurdenproblems nur über die Demokratisierung der Türkei zu erreichen sei.¹²

Tatsächlich hätte eine verdeckte Unterstützung der PKK für Erdoğan's Pläne zur Einführung des Präsidialsystems ebenso ernste Folgen für den Frieden und das politische System der Türkei wie eine Strategie der Kurden, die auf die Wiederaufnahme der Kämpfe gerichtet wäre. Nicht nur für die Pläne Erdoğan's, auch für die Zukunft des Friedens und der Demokratie in der Türkei ist die kurdische Nationalbewegung unter Führung der PKK heute ausschlaggebend.

Nach von der HDP in Auftrag gegebenen Umfragen hatten es Anfang August 2014, vor der Wahl Erdoğan's zum Staatspräsidenten, 85 Prozent der Wahlberechtigten in der Türkei kategorisch ausgeschlossen, der Partei ihre Stimme zu geben.¹³ Als »Separatisten«, die es ablehnten, die PKK als Terrororganisation zu bezeichnen, war die HDP für die große Masse der Türken nicht wählbar. Dies war der entscheidende Grund dafür, dass die HDP bzw. ihre Vorläufer in vorangegangenen Wahlen landesweit nie mehr als 6,7 Prozent der Stimmen erreicht hatten, obwohl sie im mehrheitlich kurdisch besiedelten Südosten der Türkei eine starke Stellung haben. Doch

⁹ So Ersin Kalaycıoğlu in »Trotz des Risikos treten wir bei den Wahlen als Partei an« (türkisch), *Taraf* (online), 20.12.2014, <www.taraf.com.tr/politika/riske-ragmen-secime-partiolarak-giriyoruz/> (Zugriff am 1.4.2015).

¹⁰ Amberin Zaman, »Weiß die HDP, was sie tut und sagt?« (türkisch), *Taraf* (online), 30.1.2015, <www.taraf.com.tr/yazarlar/hdp-ne-yaptiginin-ne-dediginin-farkinda-mi/> (Zugriff am 30.1.2015).

¹¹ Kadri Gürsel, »Die Zehn-Prozent-Hürde und ein Szenario des Schreckens« (türkisch), in: *Milliyet* (online), 4.1.2015, <www.milliyet.com.tr/yuzde-10-baraji-ve-bir-felaket/dunya/ydetay/1993757/default.htm> (Zugriff am 4.1.2015).

¹² Nuray Mert, »Für die Demokratisierung braucht es den Frieden mit den Kurden, umgekehrt gilt das nicht« (türkisch), *Diken* (online), 28.2.2015, <www.diken.com.tr/demokratiklesme-icin-kurt-barisi-sart-ama-terisi-dogru-olmayabilir/> (Zugriff am 28.2.2015).

¹³ »Nach ihrer eigenen Umfrage überschreitet die HDP die Wahlhürde« (türkisch), *Cumhuriyet* (online), 25.3.2015, <www.cumhuriyet.com.tr/haber/turkiye/236418/HDP_kendi_anketinde_barajin_ustune_cikti.html> (Zugriff am 27.3.2015).

in den darauffolgenden Monaten sank der Anteil derer, die sich sicher waren, niemals die HDP zu wählen, von 56 Prozent Anfang September 2014 auf 34 Prozent im Januar 2015 und auf nur noch 15 Prozent in der letzten Märzwoche 2015. Die bislang letzte Umfrage dieser Reihe prognostiziert der HDP für die Parlamentswahlen am 7. Juni 2015 einen Stimmenanteil zwischen 11 und 12 Prozent und damit den Einzug ins Parlament.¹⁴ Von anderen Auftraggebern finanzierte Erhebungen kommen auf ähnliche Zahlen.¹⁵ Das angesehenen Meinungsforschungsinstitut Konda sagte der HDP Mitte März sogar einen Anteil von 13 bis 14 Prozent der Stimmen voraus.¹⁶ Von der Regierungspartei in Auftrag gegebene Befragungen hatten lange Zeit niedrigere Werte ergeben, doch Ende März bestätigte Bülent Arınç, einer der Stellvertreter des Ministerpräsidenten, die hohen Zahlen der anderen Untersuchungen seien realistisch.¹⁷

Die Strategie der HDP

An diesem Meinungsumschwung, der noch vor einem Jahr gänzlich ausgeschlossen zu sein schien, hat eine Reihe von Faktoren Anteil. Von zentraler Bedeutung ist erstens, dass sich die HDP einer konsequenten Friedensrhetorik befleißigt und an den Verhandlungen und am Waffenstillstand auch in ernsthaften Krisen – wie dem Kampf um die kurdische Stadt Kobane – festgehalten hat. Denn die Bevölkerung will kein Wiederaufleben der Kämpfe. Zwar waren 65 Prozent im Februar 2015 gegen die Verhandlungen mit Öcalan, doch 92 Prozent wollten »Frieden«. Eine klare Mehrheit will die »Lösung der Kurdenfrage«, was kulturelle und politische Zugeständnisse an die Kurden einschließt.¹⁸

Zweitens bringt die Partei nicht mehr nur Probleme der Kurden zur Sprache, sondern entwickelte fortschrittliche Positionen zur Lage der Frauen, der ethnischen und religiösen Minderheiten sowie der Lohnabhängigen. In Übereinstimmung mit den rätedemokratischen Vorstellungen Abdullah Öcalans pflegt sie einen radikaldemokratischen Diskurs direkter und lokaler Entscheidungsfindung und präsentiert sich als die politische

14 »Nach ihrer eigenen Umfrage überschreitet die HDP die Wahlhürde« (türkisch), ebd.

15 Umfragen der Firmen Gezici und Sonar; vgl. die Übersicht unter »Hier die Wahlumfragen des Monats März« (türkisch), ohne Datum, <www.seçimanketleri.net/2015/03/mart-ay-secim-anketleri-burada.html> (Zugriff am 25.3.2015, im Mai 2015 war die Seite nicht mehr verfügbar). Zwar weisen von der Regierungspartei AKP in Auftrag gegebene Umfragen für die HDP regelmäßig unter zehn Prozent aus, doch die von großer Sorge geprägte Politik der AKP spricht eine andere Sprache.

16 Vgl. »Meinungsforschungsinstitut A&G: Die HDP erhält zwischen 13 und 14 Prozent der Stimmen« (türkisch), 16.3.2015, <www.hinishaber.net/gundem/ag-arastirma-sirketi-hdp-yuzde-13-14-oy-alir-h2157.html> (Zugriff am 26.3.2015).

17 »Arınç: Die HDP kann 12 Prozent der Stimmen erreichen« (türkisch), *Radikal* (online), 27.3.2015, <www.radikal.com.tr/politika/bulent_arinc_hdp_yuzde_11_12_oy_alabilir-1323081> (Zugriff am 27.3.2015).

18 So Murat Gezici in »Die Auftragsvergabe an Meinungsforscher muss kontrolliert werden« (türkisch), *Taraf* (online), 1.3.2015, <www.taraf.com.tr/manset/anketcilere-verilen-ihaleler-arastirilsin/> (Zugriff am 1.3.2015).

Vertretung staats- und regierungskritischer Basisbewegungen. Damit setzt sie sich deutlich vom paternalistischen Stil aller anderen türkischen Parteien ab. Sie weist deren Staatsfixierung und die damit verbundene Privilegierung bestimmter ethnischer und religiöser Identitäten wie »Türken« und »Muslime« zurück und argumentiert egalitär.

Die HDP stellt sich damit, drittens, in direkten Gegensatz zum Auftreten der Regierungspartei und insbesondere des Staatspräsidenten. Erdoğan und der Zirkel, der ihn umgibt, haben im Laufe der letzten beiden Jahre eine muslimisch-türkische Nation als einzige Basis politischer Legitimität ausgemacht und Erdoğan als deren originären Vertreter stilisiert. Gegen die wohlverstandenen Interessen dieser Nation, die aus Sicht dieser Kreise niemand besser kennt als der Staatspräsident selbst, haben weder die Verfassung noch die Grundlagen eines demokratischen politischen Systems wie Gewaltenteilung, Pressefreiheit und die Unabhängigkeit von Regelinstitutionen wie der Zentralbank oder dem Rechnungshof Bestand. Entscheidender Anstoß für eine Orientierung größerer Wählergruppen auf die HDP waren die wiederholten Absagen des HDP-Kovorsitzenden Demirtaş an die Einführung eines Präsidialsystems, das keine Voraussetzungen für »checks and balances« wie eine funktionierende Gewaltenteilung, eine zweite Kammer und eine föderale Ordnung vorsieht.¹⁹

Die HDP wird damit sowohl für bisherige AKP- als auch CHP-Wähler zur Alternative – wenn nicht inhaltlich, so zumindest wahlarithmetisch. Schon hat der größte Verband der Aleviten in Europa – bislang wählten die meisten Aleviten die CHP – seine Mitglieder zur Wahl der HDP aufgefordert.²⁰ Eine ganze Reihe liberaler Kommentatoren äußert sich positiv zur Politik der Partei und manche von ihnen fordern ihre Leser auf, die HDP zu wählen.²¹

Ähnlich rasch ändert sich die Wahrnehmung des Konflikts und des Verhandlungsverlaufs. Auch Beobachter, die der kurdischen Nationalbewegung distanziert gegenüberstehen, kommen zu dem Schluss, dass heute nicht die Kurden das Haupthindernis für eine erfolgreiche Weiterführung der Verhandlungen sind, sondern Erdoğan. »Ich weiß nicht, worauf die AKP-Regierung noch wartet ...«, fasst der in keiner Weise radikal denkende Murat Yetkin die Erleichterung großer Teile der Öffentlichkeit über Ab-

¹⁹ Da dies allem Anschein nach mit Erdoğan nicht zu haben ist, brachte Demirtaş seine Haltung auf die griffige Formel: »Herr Erdoğan, solange die HDP atmet, bekommst du kein Präsidialsystem, das werden wir verhindern.« (türkisch); siehe den Beitrag unter diesem Titel auf der Website *Demokrat Haber*, 17.3.2015, <www.demokrathaber.net/siyaset/demirtas-tan-erdogan-a-hdp-nefes-aldigi-surece-sen-baskan-olmayacaksin-h46315.html> (Zugriff am 17.3.2015).

²⁰ »Unterstützung für die HDO von Alevitenvereinen« (türkisch), *Radikal* (online), 16.3.2015, <www.radikal.com.tr/dunya/avrupadaki_aleviler_derneklerinden_hdpye_destek-1314466> (Zugriff am 16.3.2015).

²¹ Darunter sind Ahmet Hakan, Ahmet İnsel, Amberin Zaman, Aslı Aydıntaşbaş, Baskın Oran, Cengiz Çandar, Mete Çubukçu, Kadri Gürsel, Mesut Yeğen, Murat Yetkin, Nuray Mert und Ruşen Çakır.

dullah Öcalans Angebot in Worte, die PKK zur endgültigen Einstellung der Kämpfe aufzurufen.²²

Die Strategie der PKK

Die politische Rhetorik der HDP kann nur deshalb überzeugen, weil sich auch die PKK-Führung in den letzten Monaten auf die Beibehaltung des Waffenstillstands orientiert hat. Die drei Führungsspitzen der Organisation – der inhaftierte Abdullah Öcalan, die militärische Führung in den Kandil-Bergen und die Hauptfiguren der europäischen Diaspora – vertreten übereinstimmend die strategische Abwendung vom Ziel eines kurdischen Nationalstaates. Sie alle beziehen sich nicht mehr auf eine »kurdische Nation«, sondern auf die »Völker Kurdistans«, was sich in einer inklusiven Rhetorik im Hinblick auf nichtkurdische nationale und nichtmuslimische konfessionelle Minderheiten niederschlägt. Betont wird das gemeinsame Schicksal der Bevölkerung der staatenübergreifenden Region Kurdistan. Mechanismen weitestgehend lokaler und regionaler Selbstverwaltung und die Durchlässigkeit von Nationalstaatsgrenzen sollen die Spannung aufheben, die zwischen dem Verzicht auf die Errichtung eines kurdischen Staates und dem Festhalten an »Kurdistan« besteht. Politik und Rhetorik der HDP lassen sich an diese politische Vision der PKK anknüpfen.

Auch bei den taktischen Schritten treten die unterschiedlichen Situationen und Interessen der drei PKK-Führungsspitzen nur selten hervor. »Kandil« und »Europa« haben sich positiv zum letzten Aufruf Öcalans vom 21. März 2015 geäußert, mit dem dieser die Einberufung eines Kongresses der PKK anregt, um die endgültige Einstellung bewaffneter Aktionen gegen die Türkei zu beschließen.²³ Aus seiner Sicht müssen dafür vier Voraussetzungen erfüllt sein: die Aufnahme der Diskussion über ein Zehn-Punkte-Programm zur weiteren Demokratisierung der Türkei, die Einrichtung einer Kommission zur Beobachtung des Verhandlungsverlaufs, die Etablierung einer Parlamentskommission, die die Verhandlungen begleiten soll, und die Bildung einer Wahrheitskommission.

Dies sind nachvollziehbare, ja gemäßigt zu nennende Forderungen. Die friedliche Beendigung eines jahrzehntelang anhaltenden bewaffneten Konflikts durch Verhandlungen ist ohne die geforderten Kommissionen, die ein Mindestmaß an Garantie für die schwächere Seite bedeuten, nicht vorstellbar und auch nicht realistisch, wie internationale Erfahrungen zeigen.²⁴ Die Zehn-Punkte-Deklaration hat Öcalan erstmals im Januar 2015

²² »Öcalans mit einem Segensruf versehener Aufruf zum Abschied von den Waffen« (türkisch), *Radikal* (online), 22.3.2015, <www.radikal.com.tr/yazarlar/murat_yetkin/ocalanin_hayirlara_vesile_silahlara_veda_cagrisi-1318846> (Zugriff am 22.3.2015).

²³ »Der Kampf für Demokratie, Freiheit, Geschwisterlichkeit und einen würdevollen Frieden steht an einer historischen Schwelle. Message von Abdullah Öcalan zum Newrozfest«, *Civaka Azad* (PKK-nahe Website), 21.3.2015, <<http://civaka-azad.org/der-kampf-fuer-demokratie-freiheit-geschwisterlichkeit-und-einen-wuerdevollen-frieden-steht-an-einer-historischen-schwelle/>> (Zugriff am 1.4.2015).

²⁴ Vgl. dazu Louise Boon-Kuo u.a., *Building Peace in Permanent War: Terrorist Listing and Conflict Transformation*, London: International State Crime Initiative, 2015.

vorge stellt.²⁵ Damit will er indes keine konkreten Ergebnisse der Verhandlungen über politische Reformen vorwegnehmen. Bedingung für die Einstellung des bewaffneten Kampfes gegen die Türkei ist vielmehr die prinzipielle Bereitschaft von Staat und Regierung, im Lichte globaler demokratischer Standards und aktueller politischer Entwicklungen in der Region über zentrale Punkte des politischen Systems der Türkei zu verhandeln. Genannt werden in diesem Rahmen eine kommunale und regionale Selbstverwaltung, ein ethnisch und religiös neutrales Staatsbürgerschaftskonzept, die Struktur des Sicherheitsapparats, Frauenrechte und Ökologie, Minderheitenschutz und eine neue Verfassung. Dass Öcalan die Bereitschaft der Regierung, über Demokratisierung zu verhandeln, zur Voraussetzung für eine Einigung mit dem Staat über das Niederlegen der Waffen erhebt, wurde von Teilen der liberalen Öffentlichkeit positiv vermerkt.²⁶ Das bedeutet eine für die Türkei unerhörte Wendung in der Beurteilung des militärischen Potentials der PKK. Die international nach wie vor gültige Klassifizierung, welche die PKK ausschließlich als Terrororganisation einstuft, deren Wirken direkt auf die Destabilisierung der Türkei und unmittelbar gegen die Interessen der westlichen Staaten gerichtet sei, lässt sich angesichts des veränderten politischen Kontextes in der Türkei nur noch mit Mühe aufrechterhalten.

Die Einstufung der PKK als Terrororganisation

Seit die Republik Türkei im März 2013 positiv auf den von der PKK einseitig erklärten Waffenstillstand reagiert und Gespräche mit der Organisation aufgenommen hat, wird intensiv darüber diskutiert, welche Politik Deutschland und Europa künftig gegenüber der PKK betreiben sollen. Die Belagerung der syrisch-kurdischen Stadt Kobane durch den »Islamischen Staat« vom September 2014 bis zur Abwehr des Angriffs im Januar 2015 hat zu einer Welle der Anteilnahme und des Interesses an den Kurden geführt und dieser Debatte nochmals Nahrung gegeben. Eine Reihe von Gründen hat Frankreich und die USA bewogen, nicht mit der PKK, aber mit ihrem syrischen Ableger, der PYD, offizielle Gespräche zu beginnen. Dazu zählen der anhaltende Kampf der syrisch-kurdischen PYD gegen den IS, die militärische Kooperation PKK-naher Verbände mit der internationalen Gemeinschaft, die säkulare Ideologie der Organisation, ihr Verzicht auf Feindbilder ethnischer oder konfessioneller Art, ihre politische Neuausrichtung auf eine Anerkennung der bestehenden Grenzen im Nahen Osten und ihre Bereitschaft, den bewaffneten Kampf gegen die Türkei einzustellen.

²⁵ »Zehn Schritte zur Lösung der kurdischen Frage in der Türkei«, *Civaka Azad*, 26.2.2015, <<http://civaka-azad.org/zehn-schritte-zur-loesung-der-kurdischen-frage-der-tuerk/>> (Zugriff am 5.4.2015).

²⁶ So Baskın Oran, »Die Kurden sind die Sicherung unserer Demokratie« (türkisch), *Radikal* (online), 6.3.2015, <www.radikal.com.tr/yazarlar/baskin_oran/demokrasimizin_guvencesi_kurtler-1306942> (Zugriff am 6.3.2015).

In Deutschland waren Straftaten der PKK in der ersten Hälfte der 1990er Jahre Anlass für das Verbot der Organisation gewesen, doch auch die diplomatische Rücksichtnahme auf die Türkei hatte damals eine große Rolle gespielt.²⁷ Am 21. Oktober 2004 entschied der Bundesgerichtshof, die Führungsebene der PKK in Deutschland sei als kriminelle Vereinigung zu betrachten.²⁸ Bereits 1996 hatte Öcalan eine Order erlassen, in Deutschland auf Gewaltanwendung zu verzichten. Im April 2015 entschuldigte sich nun Cemil Bayık, Mitglied des dreiköpfigen Exekutivrats der PKK, beim »deutschen Volk« für die damaligen Aktionen. In Übereinstimmung mit der Politik der HDP in der Türkei betonte Bayık, die Partei habe sich gewandelt, sie strebe keinen eigenen Staat mehr an und wolle nicht mehr gegen die Türkei kämpfen.²⁹

Auch in den USA wurde die PKK 1997 auf Bestreben der Türkei als ausländische terroristische Vereinigung (Foreign Terrorist Organization, FTO) registriert.³⁰ 2001 kam die Einstufung als »Specially Designated Global Terrorist« hinzu. Der Anti-Terrorism Act von 2011 ermöglicht es, so klassifizierte Einzelpersonen und Gruppen auch außerhalb der USA wegen finanzieller Unterstützung der PKK zu belangen. Anders als in Deutschland, Frankreich und Belgien ist jedoch bislang weder in den USA noch in Großbritannien, wo die PKK 2001 zur terroristischen Vereinigung erklärt wurde, ein Strafverfahren mit Bezug auf diese Einstufungen abgeschlossen worden.³¹ Die Europäische Union setzte die PKK 2002 auf die Liste terroristischer Organisationen.³²

Wandel in der Ideologie und Strategie der PKK und Gewinnung von Legitimität für die PYD

Im Jahre 1978 mit dem Ziel ins Leben gerufen, in der Südosttürkei einen kurdischen Nationalstaat zu errichten, änderte die PKK 1999 ihre politische Ausrichtung, als ihr Führer Abdullah Öcalan mit Hilfe der USA fest-

²⁷ In der Verbotsbegründung ist von »zahlreichen Demarchen der türkischen Regierung« die Rede, die das Thema »bei allen politischen Spitzengesprächen der letzten Zeit« auf die Tagesordnung gebracht habe. Vgl. Civaka Azad, »Aktuelle Debatte um das PKK-Verbot«, *Neue Rheinische Zeitung* (online), 11.2.2015, <www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=21293> (Zugriff am 1.4.2015).

²⁸ Verfassungsschutz Baden-Württemberg, »Arbeiterpartei Kurdistans« (PKK), <www.verfassungsschutz-bw.de/Lde/Startseite/Arbeitsfelder/Kurden_PKK> (Zugriff am 25.3.2015).

²⁹ So in einem Interview mit WDR und NDR: »PKK entschuldigt sich bei Deutschland«, *wdr.de*, 9.4.2015, <https://presse.wdr.de/plounge/wdr/programm/2015/04/20150409_rechercheverbund.html> (Zugriff am 9.4.2015).

³⁰ Vgl. dazu und zum Folgenden Boon-Kuo u.a., *Building Peace in Permanent War* [wie Fn. 24], S. 119.

³¹ Ebd.

³² »Gemeinsamer Standpunkt des Rates vom 17. Juni 2002, betreffend die Aktualisierung des Gemeinsamen Standpunkts 2001/931/GASP über die Anwendung besonderer Maßnahmen zur Bekämpfung des Terrorismus und zur Aufhebung des Gemeinsamen Standpunkts 2002/340/GASP (2002/462/GASP)«, in: *Amtsblatt der Europäischen Union*, L160/32, 18.6.2002, <<http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:32002E0462&from=EN>> (Zugriff am 19.3.2015).

genommen wurde. Seither vertritt die Partei die Idee eines »demokratischen Konföderalismus«. Damit ist gemeint, in den Grenzen der bestehenden Nationalstaaten autonome kurdische Gebiete zu schaffen, die sich nach Prinzipien direkter Demokratie bzw. Räte Demokratie weitgehend selbst regieren sollen. Passend zu dieser neuen Zielsetzung initiierte die PKK 2002 die Gründung der Kurdistan-Partei für eine Demokratische Lösung (Partiya Çaresariya Demokratika Kurdistan, PÇDK) im Irak. Ihr folgten 2003 die Partei der Demokratischen Union (PYD) in Syrien und 2004 die Partei für ein freies Leben in Kurdistan (Partiya Jine Azadiya Kurdistan, PJAK)³³ im Iran.

Mit der Schaffung von drei autonomen kurdischen Kantonen im Norden Syriens im Januar 2014 und der Verteidigung des Kantons Kobane gegen den IS von September 2014 bis Januar 2015 gelangte insbesondere der syrische Ableger der PKK auf die Bühne der internationalen Politik.

Der militärische Arm der PYD, die sogenannten Volksverteidigungseinheiten (Yekineyen Parastina Gel, YPG), hat sich als effektiver Partner in der Bekämpfung des IS erwiesen. Zum Ansehen der Partei hat auch beigetragen, dass die YPG die Hauptrolle bei der Evakuierung von Teilen der kurdischsprachigen Glaubensgemeinschaft der Jesiden vor dem IS aus dem irakischen Sindschar-Gebirge spielte und dort eine »ethnische Säuberung« verhinderte. Gleiches gilt für die Solidarität, die Kämpfer der YPG bei der Bedrohung der irakisch-kurdischen Hauptstadt Erbil mit den irakisch-kurdischen Peschmerga gezeigt haben.

Anders als ihre Geburtshelferin, die PKK, wird die PYD nur in der Türkei als terroristische Vereinigung betrachtet. Der türkische Staatspräsident Recep Tayyip Erdoğan hob mehrmals hervor, als Ableger der PKK sei die PYD für ihn genauso eine Terrororganisation wie der »Islamische Staat«. Doch fand sich auf der internationalen Bühne niemand bereit, diese Sichtweise zu übernehmen.

In den USA hatte noch vor dem Erstarken des IS die Diskussion über die Notwendigkeit begonnen, die Kurdenpolitik Washingtons zu überdenken. In einem Bericht der amerikanischen Denkfabrik Center for American Progress (CAP) wurde bereits im Juli 2014 eine offizielle Kontaktaufnahme mit der PYD und inoffizielle Fühlungnahme mit der PKK angeregt. Es sei Zeit zu überlegen, was man von der PKK als Gegenleistung für ihre eventuelle Streichung von der Terrorliste fordern könne.³⁴ Darum erstaunt es nicht, dass die USA im Oktober 2014 förmlich erklärten, dass sie die PYD trotz ihrer engen Verbindungen zur PKK nicht als Terrororganisation ansehen. Mehr noch, im Oktober 2014 lieferte Washington direkt Waffen und Munition in das von der PYD regierte und vom IS belagerte Kobane. Die Sprecherin des Außenamtes der USA unterstrich, es sei unabdingbar,

³³ Für die Aufnahme der PJAK in die US-Terrorliste ist ihr Charakter als regionale Unterorganisation der gegen die Türkei operierenden PKK verantwortlich, vgl. »U.S. Brands Anti-Iran Kurdish Group Terrorist«, *Reuters*, 4.2.2009, <www.reuters.com/article/2009/02/04/idUSN04297671> (Zugriff am 23.3.2015).

³⁴ Vgl. Michael Werz/Max Hoffman, *The United States, Turkey, and the Kurdish Regions*, Washington, D.C.: CAP, Juli 2014.

die PYD weiter gegen den IS zu unterstützen.³⁵ Seit dem gemeinsamen Kampf der YPG, der Peschmerga und der US-Luftwaffe um Kobane hat die YPG im Kommandozentrum der USA in Erbil einen militärischen Repräsentanten.³⁶ Im März 2015 konnte erstmals eine Vertreterin der PYD in die USA reisen. Sinem Muhammad, die für die Kontakte der Kantone Rojavas mit Europa verantwortlich zeichnet, wurde vom stellvertretenden US-Außenminister Tom Malinowski empfangen.³⁷ Zur selben Zeit forderte die für Migration zuständige stellvertretende Staatssekretärin Anne C. Richard die Türkei auf, ihre Blockade des Kantons Efrin zu beenden.³⁸

Frankreich hat ebenfalls offiziellen Kontakt mit der PYD aufgenommen. Staatspräsident François Hollande empfing am 11. Februar 2015 im Élysée-Palast die Kovorsitzende der PYD, Asya Abdullah, die Kommandantin der Fraueneinheiten der Partei (YPJ), Nesrin Abdullah, und den Vertreter der PYD in Frankreich, Khaled Issa. Hollande sagte der PYD »weitere Unterstützung« in ihrem Kampf gegen den IS zu.³⁹

Auch auf der Ebene europäischer Institutionen wird um den richtigen Umgang mit der PKK gerungen. Aufgrund von Bürgerklagen hatte das Gericht Erster Instanz (ab 2009 Gericht der Europäischen Union, EuG) bereits 2008 die Streichung der PKK aus der Terrorliste der Union verfügt, doch setzt sich der Europäische Rat bislang über dieses Urteil hinweg.⁴⁰ Im Mai 2014 brachte die PKK die Weigerung des Europäischen Rates, dem Beschluss des Gerichts Erster Instanz von 2008 Folge zu leisten, vor den Europäischen Gerichtshof.⁴¹

³⁵ Marie Harf, Sprecherin des Außenamts der USA, siehe »PYD Not Terrorist under US Law, Turkey Should Provide Them Support: Washington«, *Hürriyet Daily News* (online), 21.10.2014, <www.hurriyetdailynews.com/pyd-not-terrorist-under-us-law-turkey-should-provide-them-support-washington.aspx?PageID=238&NID=73259&NewsCatID=359>. Im Januar 2015 sind 75 Prozent aller Luftschnitte der USA gegen den IS in der Region zur Verteidigung Kobanes erfolgt. Siehe »Times: Die Kurden sind kurz davor, den Kampf um Kobane zu gewinnen« (türkisch), *BBC Türkçe* (online), 20.1.2015, <www.bbc.co.uk/turkce/haberler/2015/01/150120_times_kobani> (Zugriff am 20.1.2015).

³⁶ Siehe hierzu und zum Folgenden »Amberin Zaman im Gespräch mit Bayık – Kandils sechs Bedingungen« (türkisch), *Taraf* (online), 16.3.2015, <www.taraf.com.tr/yazarlar/32497/> (Zugriff am 16.3.2015).

³⁷ Vgl. »Warnungen auf Rojava« (türkisch), in: *Cumhuriyet*, 4.4.2015. Der Forderung Muhammads, Kämpfer der YPG in das Ausbildungsprogramm für syrische Rebellen aufzunehmen, wurde jedoch nicht entsprochen. Schließlich wird das Programm in Kooperation mit der Türkei und Saudi-Arabien durchgeführt.

³⁸ Ebd.

³⁹ Fehim Taştekin, »Hollande-PYD Meeting Challenges Erdogan«, *Al-Monitor*, 12.2.2015, <www.al-monitor.com/pulse/originals/2015/02/turkey-france-kurdish-guerillas-elysee.html> (Zugriff am 12.2.2015).

⁴⁰ Boon-Kuo u.a., *Building Peace in Permanent War* [wie Fn. 24], S. 127–129.

⁴¹ Die Rechtsanwälte der PKK schreiben in ihrer Begründung: »Der Konflikt zwischen der PKK und der türkischen Regierung muss als interner bewaffneter Konflikt behandelt werden und die Aufnahme einer der involvierten Parteien dieses Konflikts als Terrororganisation widerspricht europäischem und internationalem juristischem Standard.« Prakken d'Oliveira Human Rights Lawyers, »Press Statement: PKK Appeals Decision of the European Council to Continue Listing the PKK as Terrorist Organisation«, Amsterdam, 7.5.2014, <www.prakkenoliveira.nl/user/file/140507_pkk_press_statement.pdf> (Zugriff am 15.3.2015).

Größeren Erfolg hatte der Einsatz für eine Neubewertung der PKK bei der Parlamentarischen Versammlung des Europarats. Im April 2013 folgte das Gremium einem Antrag, die PKK nicht mehr als Terrororganisation zu bezeichnen. In der Resolution zum Post-Monitoring Dialogue with Turkey ist nicht mehr von einem »fight against terrorism« des türkischen Staates die Rede, sondern vom »conflict between the Turkish state and the PKK«. ⁴²

Mit dem Kampf um die syrisch-kurdische Grenzstadt Kobane setzte auch in Deutschland eine Bewegung ein, welche die Streichung der PKK von der Terrorliste der EU und die Aufhebung des PKK-Verbots vom November 1993 verlangte. Am 16. Oktober 2014 wollte Unionsfraktionschef Volker Kauder zur Unterstützung des Kampfes der Kurden gegen den »Islamischen Staat« gar Waffenlieferungen an die PKK nicht ausschließen. ⁴³ Die Bundesregierung hält jedoch aus innenpolitischen Erwägungen und mit Rücksicht auf die Türkei am Verbot der PKK fest. Ein auf die Aufhebung des Verbots gerichteter Antrag ⁴⁴ von Abgeordneten der Fraktion Die Linke am 17. Dezember 2014 im Bundestag hat daran genauso wenig geändert wie die jüngste Entschuldigung der Organisation durch Cemil Bayık.

⁴² Vgl. Council of Europe, Parliamentary Assembly, *Post-Monitoring Dialogue with Turkey*, Resolution 1925 (2013), Straßburg, 23.4.2013, <<http://assembly.coe.int/nw/xml/XRef/X2H-Xref-ViewPDF.asp?FileID=19668&lang=en>>, siehe auch »Council of Europe Drops »PKK Terror« in Turkey Resolution«, *World Bulletin*, 24.4.2013, <www.worldbulletin.net/?aType=haber&ArticleID=107332> (Zugriff am 18.3.2015).

⁴³ »Fraktionschef der Union: Kauder schließt Waffenlieferungen an PKK nicht mehr aus. Ein Interview von Roland Nelles und Philipp Wittrock«, in: *Spiegel Online*, 16.10.2014, <www.spiegel.de/politik/deutschland/frauenquote-kauder-stellt-bedingungen-schwarze-null-nicht-in-gefahr-a-997263.html> (Zugriff am 1.4.2015).

⁴⁴ Deutscher Bundestag, 18. Wahlperiode, Drucksache 18/3575 vom 17.12.2014.

Resümee: Die Schwäche der Nationalstaaten im Nahen Osten zwingt Europa zu einer neuen Kurdenpolitik

Günter Seufert

Welche Rolle sollen und können die Kurden in einem Nahen Osten spielen, dessen Zukunft so schwer vorherzusehen ist? Die Frage stellt sich für beide Stränge der kurdischen Nationalbewegung, die zurzeit großen Einfluss haben: die Kurden des Irak, heute unter Führung der Demokratischen Partei Kurdistans (KDP) Barzanis, und die türkischen und syrischen Kurden, unter denen die Formationen um die Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) und die Partei der Demokratischen Union (PYD) stärkste Kraft sind. Das kurdische Verlangen nach mehr Selbstverwaltung lässt sich kaum ignorieren, und das nicht nur weil diese beiden kurdischen Strömungen heute Partner westlicher Staaten im Kampf gegen den »Islamischen Staat« (IS) sind. Von Bedeutung ist in diesem Zusammenhang auch, dass die Kurden als säkulare Akteure auftreten und im Vergleich zu den Nationalstaaten der Region eine größere Bereitschaft zeigen, nichtkurdischen und nichtmuslimischen Gruppen gleiche Rechte zuzugestehen und sie politisch zu integrieren. Ungeachtet ihres unterschiedlichen Charakters, ihrer internen Rivalität und ihrer offenen Demokratiedefizite suchen die beiden kurdischen Akteursgruppen zudem Anerkennung bei den USA und in Europa.

Gleichzeitig fordern sie den Irak und die Türkei heraus – Staaten, deren Stabilität für die Region, aber auch für den Westen von zentralem Interesse ist. Insofern sind die beiden Stränge dieser Bewegung heute sowohl Faktoren von Stabilität als auch von Instabilität. Die genaue Einschätzung, in welche Richtung sie stärker wirken, wird davon beeinflusst sein, wie man sich die Zukunft des Nahen Ostens vorstellt. Mit Sicherheit lässt sich sagen, dass es ein Zurück zur überkommenen staatlichen Ordnung nicht geben wird. Denn die Dynamik, die das Staatensystem des Nahen Ostens erfasst hat und sie untergräbt, hält ungebrochen an.

Unsichere Zukunft des Staatensystems im Nahen Osten

Die staatliche Ordnung im Nahen Osten geht auf den Ersten Weltkrieg zurück und ist weitgehend von europäischer Politik festgelegt worden. Am 16. Mai 1916 hatten Frankreich und Großbritannien das sogenannte Sykes-Picot-Abkommen geschlossen, das Ostanatolien und Mesopotamien, damals Provinzen des Osmanischen Reiches, für die Zeit nach dem Kriege in britische und französische Herrschaftsgebiete sowie Einflussphären aufteilte. Die Oktoberrevolution in Russland und der erfolgreiche türkische Unabhängigkeitskrieg verhinderten die Umsetzung des Abkommens in Anatolien. Die Entstehung Syriens und des Libanon unter französischem Mandat haben jedoch ebenso wie die Gründung des Irak, Jordaniens und

Israels unter britischem Mandat ihre Wurzeln im Abkommen von 1916. Von großer Tragweite war die Entscheidung der Siegermächte, die Grenzen der neuen Staaten im Unterschied zu jenen in Europa zu ziehen, ohne dabei der sprachlich-ethnischen und religiös-konfessionellen Zugehörigkeit der Bevölkerung Bedeutung beizumessen. Schlimmer noch: Die Mandatsmächte stützten sich bei der Verwaltung der neuen Staaten auf konfessionelle Minderheiten; Frankreich setzte in Syrien auf die Alawiten, England im Irak auf die Sunniten. Die damit einhergehende Ausgrenzung großer sprachlicher und religiöser Gruppen trug zur Politisierung angestammter ethnischer und konfessioneller Identitäten bei. Das gilt auch für die Kurden, die als Volksgruppe nirgendwo ein integraler Bestandteil moderner nationalstaatlicher Herrschaftsstrukturen wurden, sondern im Namen des türkischen, arabischen und persischen Nationalismus marginalisiert wurden und assimiliert werden sollten.

Nach dem Ende des Kalten Krieges schränkten die Großmächte in Ost und West ihre Unterstützung für die autoritären Regime in der Region ein, auf globaler Ebene verstärkten sich Diskurse über Konzepte wie prinzipielle Gleichberechtigung, politische Partizipation und Demokratie. Im Zuge der Hebung des Bildungsniveaus, des Ausbaus der Informations- und Kommunikationstechnologie und der dadurch ermöglichten globalen Vernetzung ehemals regionaler und lokaler Gruppen konnten die faktisch weitgehend rechtlosen Einwohner autoritärer Staaten zu politischen Akteuren werden, die sich im Namen angestammter Identität organisierten und politisch radikalisierten.

Ein Ende dieser Entwicklung und des von ihr geförderten Zerfalls staatlicher Ordnung ist nicht abzusehen. Die im Nahen Osten existierenden Staaten zeigen sich bislang kaum in der Lage, darauf zu reagieren und den Protest einzufangen. Im Gegenteil: Ethnische Säuberungen und die damit einhergehende kulturelle Homogenisierung der Bevölkerung sowie der Aufbau neuer quasistaatlicher Strukturen (zum Beispiel durch den IS) sind beunruhigende Vorboten weiterer Umbrüche großen Ausmaßes in der Region. Dies ist der Hintergrund für Szenarien eines nach kultureller Zugehörigkeit staatlich neu gegliederten Nahen Ostens, die heute allorts entwickelt werden.¹

¹ Das jüngste Beispiel dafür liefert das *Wall Street Journal*, das eine Karte des Nahen Ostens veröffentlicht, in der unter anderem ein »Alawistan« in Nordwestsyrien, ein sunnitische Kalifat in Ostsyrien und im Zentralirak sowie eine Schiitische Republik im irakischen Süden eingezeichnet sind. Ein »Kurdistan« umfasst den Südosten der Türkei, den Nordirak und Westiran. Yaroslav Trofimov, »Would New Borders Mean Less Conflict in the Middle East?«, in: *Wall Street Journal*, 10.4.2015, <<http://www.wsj.com/articles/would-new-borders-mean-less-conflict-in-the-middle-east-1428680793>> (Zugriff am 12.5.2015). Vgl. für frühere Szenarien die Meinungsseiten der *New York Times* vom 28. September 2013, <<http://www.nytimes.com/interactive/2013/09/29/sunday-review/how-5-countries-could-become-14.html>> (Zugriff am 12.5.2015), sowie Planspiele des Pentagon von 2006: Mahdi Darius Nazemroaya, »Plans for Redrawing the Middle East: The Project for a »New Middle East«, *Global Research*, 18.11.2006, <<http://www.globalresearch.ca/plans-for-redrawing-the-middle-east-the-project-for-a-new-middle-east/3882>> (Zugriff am 12.5.2015).

Leitlinien einer europäischen Kurdenpolitik

Wie immer die Entwicklung auch verlaufen wird: Derartige Szenarien liegen jedenfalls durchaus im Bereich des Möglichen. Allein dies zwingt dazu, nicht nur die bestehenden Staaten als Partner in Überlegungen und Maßnahmen zu Konfliktlösungen einzubeziehen, sondern auch jene halbstaatlichen oder nichtstaatlichen bewaffneten Akteure, mit denen es Schnittmengen gemeinsamer politischer Vorstellungen gibt – und dazu zählen auch die Kurden. Europäisches Engagement in der Region sollte auf die Lösung von Konflikten durch möglichst gewaltarme Transformation und Verhandlungen gerichtet sein. Deshalb kann sich das Handeln europäischer Mächte auch nicht mehr darauf beschränken, die autoritäre Politik der Nationalstaaten gegenüber ihren kurdischen Minderheiten zu unterstützen. Diese Strategie hat ihr Potential zur Herstellung von Stabilität längst eingebüßt. Europäische Kurdenpolitik kann aber auch nicht allein darin bestehen, sich voraussetzungslos mit den jeweiligen politischen Forderungen der Kurden zu solidarisieren. Denn radikale Lösungen der einen oder anderen Form bergen das größte Gewaltpotential in sich. Gefragt ist vielmehr eine auf Ausgleich und Vermittlung bedachte, deeskalierende Politik. Und eine solche Politik kann nur funktionieren, wenn ihre Protagonisten einerseits mehrere alternative Entwicklungsverläufe in ihre Überlegungen einbeziehen und wenn sie andererseits Kanäle zur Kommunikation mit allen Akteuren eröffnen – auch auf Seiten der Kurden.

Der Wunsch der irakischen Kurden nach Eigenstaatlichkeit

Die irakischen Kurden haben ihren Wunsch nach Eigenstaatlichkeit zurzeit nur hintangestellt, aber nicht aufgegeben. Ungeachtet der Tatsache, dass die befürchteten Entwicklungen bereits weitgehend eingetreten sind, lehnen es die westlichen Staaten ab, Überlegungen zur Eigenstaatlichkeit der irakischen Kurden anzustellen. Gründe für die Ablehnung sind die Sorge, den inneren Zusammenhalt des Irak zu schwächen und den kurdischen Autonomiebewegungen in den Nachbarstaaten Auftrieb zu geben. Gleichzeitig fördert eine Reihe von Faktoren das Streben nach Unabhängigkeit: die durch den Kampf gegen den IS entstandenen engeren diplomatischen und militärischen Bindungen Erbils an den Westen, die intensive wirtschaftliche Kooperation der irakischen Kurden mit der Türkei sowie die sich eher verschärfende gegenseitige Abneigung von Sunniten und Schiiten im Irak; vor allem diese Abneigung hat zur Folge, dass sich die Aussichten für die Erhaltung des Staates zusehends eintrüben. Ebenfalls in Richtung Eigenstaatlichkeit wirkt, dass sich Bagdad und Erbil bislang weder über das Schicksal der von beiden beanspruchten »disputed areas« (einschließlich Kirkuks) noch über die Teilung der Öl- und Gasvorkommen abschließend einigen konnten.

Andere Faktoren sprechen jedoch gegen Schritte zur Eigenstaatlichkeit: beispielsweise das Misstrauen und die Konkurrenz, die zwischen den

großen politischen Gruppierungen der irakischen Kurden (der KDP, der Patriotischen Union Kurdistans [PUK] und der Partei Goran) herrschen. In der Vergangenheit war die Rivalität so ausgeprägt, dass es 1998 der Vermittlung der USA bedurfte, um aufgeflamte bewaffnete Auseinandersetzungen beizulegen. Auch die Spannungen zwischen der KDP und der PKK sowie gravierende Mängel im institutionellen Aufbau und in der politischen Kultur der Kurdischen Regionalregierung (KRG) sprechen gegen das Abenteuer Eigenstaatlichkeit.

Angesichts dieser Fülle unkontrollierbarer Variablen kann europäische Politik nicht einfach für die eine oder andere Option votieren. Europa sollte stattdessen sowohl für möglichst viel Ausgleich zwischen Erbil und Bagdad werben als auch in Irakisch-Kurdistan und mit der KRG eine langfristige Förderung von Infrastruktur, Institutionen und Demokratie betreiben. Mit Blick auf die Spannungen unter den Kurden gilt es, auf die Etablierung eines gesamtkurdischen öffentlichen Raums hinzuwirken. Das ist für die friedliche Austragung der Rivalität zwischen den irakisch-kurdischen Parteien, aber auch für die Eindämmung der nach wie vor konflikthaften Beziehungen zwischen der KDP und der PKK wichtig. Kurzfristig ist zusätzliche humanitäre Unterstützung im Rahmen der Flüchtlingshilfe gefordert. Auch sollte die KRG in ihrem Kampf gegen den IS weiterhin militärisch unterstützt werden, Waffenhilfe und Ausbildung wären den Notwendigkeiten anzupassen. Dabei ist auf die Wahrung der innerkurdischen und innerirakischen Machtbalance zu achten.

Die Politik der Türkei gegenüber Kurdistan-Irak

Das Verhältnis Erbils zu Ankara ist trotz der in jüngerer Zeit intensiven ökonomischen und energiepolitischen Kooperation, die im Interesse beider Partner liegt, nur sehr begrenzt belastbar. Obwohl die Türkei sich noch im Juni 2014 quasi als Garantiemacht Irakisch-Kurdistans präsentierte, verhielt sie sich beim Angriff des IS nur drei Monate später passiv und schritt nicht ein. Dass Ankara in den letzten Jahren ganz unterschiedliche Haltungen zur kurdischen Autonomie im Irak eingenommen hat – von strikter Ablehnung zu Anerkennung und schließlich zur Erklärung des Rechts der Kurden auf Unabhängigkeit –, zeigt seine Wankelmütigkeit in dieser Frage. Die Politik der Türkei gegenüber dem kurdischen Nordirak ist stark von ihrer jeweiligen PKK-Strategie geprägt und deshalb wenig verlässlich. Früher glaubte man in der türkischen Hauptstadt, mehr Autonomie für Kurdistan-Irak wirke direkt als Auftrieb für Autonomieforderungen der türkischen Kurden. Heute setzt die Türkei darauf, dass Masud Barzani vom Irak aus den Einfluss von PKK-Führer Abdullah Öcalan eindämmt.

Ein weiterer Unsicherheitsfaktor ist, dass in der Türkei immer noch mit der »Heimführung« der ehemaligen osmanischen Provinzen Mossul und Kirkuk geliebäugelt wird. Sei es in der frühen Republik, sei es in der Ära Turgut Özal (1983–1993) oder sei es in Ahmet Davutoğlus außenpolitischen Gedankenspielen: Mossul und Kirkuk gelten in Ankara als potentielles Anschlussgebiet der Türkei. Solche Vorstellungen, aber auch die Instrumen-

talisierung der irakischen gegen die türkischen Kurden tragen nicht zur Stabilisierung der Region bei. Europäische Politik sollte daher einerseits im Irak auf eine politische Konsolidierung der KRG in ihrem Verhältnis zu Bagdad hinwirken. Andererseits sollte sie sich für einen Ausgleich zwischen der KDP und der PKK einsetzen, der nur durch die Einbeziehung beider Akteure erreicht werden kann.

Die Einschätzung der syrisch-kurdischen PYD

Unter den Organisationen der Kurden Syriens hat die Partei der Demokratischen Union eine hegemoniale Stellung inne. Dabei gibt es verschiedene Faktoren, die ihr viel Kritik eingebracht und die deutsche Stellen veranlasst haben, die Kontaktaufnahme mit ihr zu verweigern. Zu diesen Faktoren zählen vor allem ihre überaus enge Verbindung zur PKK, ihre Weigerung, sich der sunnitisch-arabisch dominierten Opposition gegen das Assad-Regime anzuschließen, ihre zumindest punktuelle Kooperation mit Damaskus und Repressionen gegen konkurrierende kurdische Parteien. Doch die strategische Entscheidung der Partei, sich auf die Verteidigung der kurdischen Siedlungsgebiete in Syrien und den Aufbau lokaler Selbstverwaltung zu konzentrieren, muss im Nachhinein als für die kurdische Bevölkerung beste Wahl anerkannt werden. Dasselbe gilt für die punktuelle Kooperation mit Damaskus, die in einer Linie mit einer Reihe von pragmatischen, vorübergehenden Bündnissen zwischen widerstreitenden Kräften im syrischen Bürgerkrieg gesehen werden muss. Hervorzuheben ist auch, dass die PYD stark in der kurdischen Bevölkerung Nordsyriens verankert ist, dass sie eine fortschrittliche Frauenpolitik betreibt und dass sie Nichtkurden und Nichtmuslime an der Verwaltung beteiligt. Wie ernst sie die Integration nichtmuslimischer Kurden nimmt, zeigte sich, als sie kurdischsprachige Jesiden im irakischen Sindschar-Gebirge vor dem Zugriff des IS rettete – ein Einsatz, der die Schlagkraft der PYD-Guerilla vor Augen führte. Entscheidend ist letztendlich, dass es zurzeit für die Kurden, aber auch für die assyrischen Christen im Norden Syriens keine Alternative zum militärischen Schutz durch die PYD und zu der von ihr dominierten Verwaltung gibt. Berücksichtigt man das legitime Interesse der Kurden Syriens an Selbstorganisation und Sicherheit und hält man sich den Niedergang der gemäßigten sunnitisch-arabischen Opposition sowie die geringen Chancen für ein unitäres Syrien vor Augen, lässt sich nicht mehr rechtfertigen, dass deutsche und europäische Politik den Kontakt zur PYD prinzipiell verweigert.

Die Verhandlungen des türkischen Staates mit der PKK

Auch nach mehr als zwei Jahren Verhandlungen sind sich die türkische Regierung und die von der PKK repräsentierte kurdische Nationalbewegung nicht näher gekommen. Die Regierung möchte lediglich über die Entwaffnung der PKK und die Rückführung ihrer Kämpfer in die Gesellschaft verhandeln und sieht das Kurdenproblem ansonsten durch die

bereits gewährten Zugeständnisse kultureller Art als gelöst an. Die PKK dagegen beharrt auf Garantien für politische Reformen in Richtung Demokratisierung und Dezentralisierung, die die Tür zur Selbstverwaltung der Kurden innerhalb der Türkei öffnen sollen. Die Regierung wiederum beschwört die muslimische Brüderlichkeit von Türken und Kurden und möchte die Kurden in eine Art konservativ-sunnitische Religionsnation der Türkei einschmelzen. Die PKK indes sieht die Kurden als eigenständige, souveräne Größe und sich selbst sowie die ihr nahestehende legale prokurdische Partei (HDP) als deren originäre Repräsentanten. Lange glaubten die Kurden, sie könnten die Regierung einzig über die Drohung mit der erneuten Aufnahme des bewaffneten Kampfes und nur bis zur Parlamentswahl am 7. Juni zu Zugeständnissen zwingen; danach, so die Befürchtung, säßen sie erneut am kürzeren Hebel. Alles schien daher auf eine Verschärfung der Lage in den Monaten unmittelbar vor der Wahl hinzudeuten.

Doch im Dezember 2014 setzte die kurdische Seite die Zeichen auf Deeskalation und änderte ihre Strategie. Die PKK erklärte wiederholt, dass sie den bewaffneten Kampf nicht wieder aufnehmen möchte. Im März 2015 kündigte Öcalan an, er werde die PKK zu einem Kongress aufrufen, auf dem die endgültige Einstellung der Kämpfe gegen die Türkei beschlossen werden solle. Voraussetzung für diesen Beschluss sei allerdings, dass eine Beobachtungs- und eine Wahrheitsfindungskommission etabliert würden und die Regierung ihre Bereitschaft erkläre, über politische Reformen zu verhandeln. Gleichzeitig verstärkte die legale prokurdische Partei ihre Anstrengungen, die Chancen für einen Erfolg bei der Parlamentswahl Anfang Juni zu verbessern, und visierte damit eine Lösung innerhalb des bestehenden parlamentarischen Systems an. Die Tatsache, dass es die PKK war, die den Waffenstillstand einseitig erklärt hat, ihre Verhandlungen mit der Regierung und ihre auf ein Ende der Kämpfe gerichtete Strategie haben das Image der Organisation unter den Kurden im Lande stark aufgebessert. Heute kann die PKK zusammen mit der ihr nahestehenden prokurdischen Partei, der in Europa aktiven kurdischen Diaspora und mit ihrem inhaftierten Führer Abdullah Öcalan als Trägerin der kurdischen Nationalbewegung in der Türkei bezeichnet werden. Sie betreibt mittlerweile eine in sich weitgehend geschlossene, nachvollziehbare Politik mit dem Ziel, den Konflikt zu beenden. Von der staatlichen Seite – der Regierung und dem Staatspräsidenten – lässt sich das schwerlich behaupten. Im Lichte der Erfahrung mit der Beendigung langjähriger bewaffneter Konflikte in anderen Staaten ist Ankaras Forderung nach bedingungsloser Niederlegung der Waffen ohne jede Garantie politischer Reformen wenig realistisch.

Die neue Rolle der Kurden in der Innenpolitik der Türkei und der Umgang mit der PKK

Mit der Wahl des damaligen Ministerpräsidenten Recep Tayyip Erdoğan zum Staatspräsidenten am 10. August 2014 haben die Verhandlungen der Regierung mit der PKK eine neue innenpolitische Dimension gewonnen, die große Tragweite hat. Erdoğan ist entschlossen, nach den für den 7. Juni

angesetzten Parlamentswahlen ein Präsidialsystem einzuführen, das auf seine Person zugeschnitten ist. Damit will er seine sich allmählich herausbildende Alleinherrschaft legalisieren und verstetigen.

Die Vorstellung, dass Erdoğan dieses Vorhaben verwirklichen könnte, ist nicht nur für die liberalen Kräfte im Lande ein Albtraum, sondern auch für die kemalistische Elite und generell für die säkularen Teile der Bevölkerung. Alleine haben die beiden Hauptoppositionsparteien, die links-kemalistische CHP und die rechts-kemalistische MHP, nur geringe Chancen, zu verhindern, dass die AKP als Regierungspartei die Drei-Fünftel-Mehrheit erreicht, die für die Initiierung der entsprechenden Verfassungsänderung notwendig ist. Daher richtet sich auch die Hoffnung vieler Liberaler und Kemalisten darauf, dass die PKK-nahe prokurdische HDP die Zehn-Prozent-Hürde meistert, die sie für den Einzug ins Parlament überwinden muss, und so der AKP die Erreichung ihres Ziels verbaut. Damit wird die kurdische Nationalbewegung, die jahrzehntelang als zentrale Bedrohung für die Integrität des Staates wahrgenommen wurde, für eine wachsende Zahl von Türken zum Träger der Hoffnung auf die Wahrung des Bestands der Demokratie. Dieses Paradox in der politischen Entwicklung der Türkei ist durch drei Faktoren möglich geworden: erstens durch die autoritäre Politik Erdogans, der sich heute wie der Führer einer muslimisch-konservativen »core nation« benimmt und dazu neigt, jeglicher Opposition die Legitimität abzustreiten; zweitens durch die Politik der HDP, die sich seit einigen Monaten bemüht, das Image einer »one issue«-Partei (die Kurdenfrage) abzustreifen und sich als radikaldemokratische Alternative zur AKP, aber auch zur links-kemalistischen CHP zu präsentieren; drittens durch die strikte Ausrichtung der PKK auf die Beibehaltung des Waffenstillstands und die Fortführung der Verhandlungen und ihre wiederholten Absichtserklärungen, den Kampf gegen die Türkei einstellen zu wollen.

Die Orientierung der PKK auf einen längerfristigen Lösungsprozess eröffnet die Chance, ein Wiederaufleben des Krieges abzuwenden. Denn nur eine solche Orientierung gibt der türkischen Gesamtgesellschaft Zeit, neue gemeinsame Nenner für legale und legitime Politik auszuhandeln. Prinzipiell herrscht in der Türkei Einigkeit darüber, dass eine neue Verfassung notwendig ist, um den engen kemalistischen Rahmen für legitime und legale Politik auszuweiten. Wird die längst gesprengte kemalistische Ordnung von der Herrschaft einer autoritären Mehrheit (authoritarian majoritarianism) abgelöst, die sich muslimisch-konservativ versteht und legitimiert? Oder gelingt es, einen kulturell weitgehend neutralen gesetzlichen und institutionellen Rahmen für legale Politik zu schaffen? Mit der Wahl zwischen diesen Optionen steht die Türkei vor ähnlichen strukturellen Herausforderungen wie die anderen Staaten des Nahen Ostens. Dies gilt ungeachtet der Tatsache, dass die Türkei aufgrund einer Vielzahl von Faktoren einen wesentlich höheren Grad an gesellschaftlicher, institutioneller und ökonomischer Integration aufweist als ihre südlichen Nachbarn. Trotzdem: auch die Türkei hat große Probleme, eine sich nach kulturellen Zugehörigkeiten politisierende und organisierende Bevölkerung politisch zu integrieren.

Die zukünftige Strategie der PKK spielt angesichts dessen für das Schicksal des politischen Systems und für die Stabilität der Türkei eine zentrale Rolle. Deutschland und Europa sollten Mittel und Wege suchen, auf die PKK einzuwirken und eine Entwicklung zu begünstigen, bei der sich auch in Zukunft in der Organisation jene Kräfte durchsetzen, die eine langfristige Strategie im beschriebenen Sinne verfolgen. Die PKK weiterhin als *politische* Kraft zu ignorieren und in ihr *ausschließlich* eine Terrororganisation zu sehen, entspricht heute weder der innenpolitischen Situation in der Türkei noch den regionalpolitischen Gegebenheiten.

Anhang

Abkürzungen

| | |
|------|--|
| AA | Auswärtiges Amt |
| AKP | Adalet ve Kalkınma Partisi (Gerechtigkeits- und Entwicklungspartei, Türkei) |
| ANF | Ajansa Nûçeyan a Firatê (Nachrichtenagentur Firatnews) |
| BDP | Bariş ve Demokrasi Partisi (Friedens- und Demokratiepartei, Türkei) |
| BMZ | Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung |
| CAP | Center for American Progress |
| CHP | Cumhuriyet Halk Partisi (Republikanische Volkspartei, Türkei) |
| CIA | Central Intelligence Agency (USA) |
| DTK | Demokratik Toplum Kongresi (Democratic Society Congress/Demokratischer Gesellschaftskongress, Türkei) |
| EIA | U.S. Energy Information Administration |
| EJTS | European Journal of Turkish Studies |
| EU | Europäische Union |
| EuG | Gericht der Europäischen Union |
| FAZ | Frankfurter Allgemeine Zeitung |
| FSA | Free Syrian Army (Freie Syrische Armee) |
| FTO | Foreign Terrorist Organization |
| GIZ | Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit |
| HDP | Halkların Demokratik Partisi (Partei der Demokratie der Völker, Türkei) |
| HPG | Hezen Parastina Gel (Volksverteidigungskräfte) |
| ICG | International Crisis Group |
| IOM | International Organization for Migration |
| IS | »Islamischer Staat« |
| ISW | Institute for the Study of War (Washington, D.C.) |
| KCK | Koma Ciwaken Kurdistan (Union der Gemeinschaften Kurdistans) |
| KDP | Kurdistan Democratic Party (Demokratische Partei Kurdistans) |
| KDPS | Kurdistan Democratic Party of Syria (Demokratische Partei Kurdistans-Syrien) |
| KNC | Kurdish National Council (Kurdischer Nationalrat, Syrien) |
| KNK | Kongreya Neteweyîya Kurdistanê (Kurdischer Nationalkongress, Brüssel) |
| KRG | Kurdistan Regional Government (Kurdische Regionalregierung, Irak) |
| MdB | Mitglied des Bundestages |
| MHP | Milliyetçi Hareket Partisi (Partei der Nationalistischen Bewegung, Türkei) |
| MİT | Millî İstihbarat Teşkilatı (Nationaler Geheimdienst, Türkei) |
| NGO | Non-Governmental Organization |
| NSAG | Non-State Armed Groups |
| OCHA | Office for the Coordination of Humanitarian Affairs |
| ÖYM | Özel Yetkili Mahkemeler (Gericht mit Sonderbefugnissen, Türkei) |
| PÇDK | Partiya Çaresariya Demokratika Kurdistan (Kurdistan-Partei für eine Demokratische Lösung, Irak) |
| PDKI | Partî Dêmkirati Kurdistanî Êran (Democratic Party of Iranian Kurdistan/Demokratische Partei Iranisch-Kurdistans) |
| PJAK | Partiya Jîne Azadiya Kurdistan (Partei für ein freies Leben in Kurdistan, Iran) |
| PKK | Partiya Karkerên Kurdistan (Arbeiterpartei Kurdistans) |
| PUK | Patriotic Union of Kurdistan (Patriotische Union Kurdistans, Irak) |
| PYD | Partiya Yekitiya Demokrat (Partei der Demokratischen Union, Syrien) |
| SMC | Syriac Military Council (Assyrisch-aramäischer Militärrat) |
| SNC | Syrian National Council (Syrischer Nationalrat) |
| SOHR | Syrian Observatory for Human Rights |

| | |
|----------|--|
| SOMO OIL | State Oil Marketing Organization (Irak) |
| SUP | Syriac Union Party (Einheitspartei der Aramäer in Syrien) |
| TEPAV | Türkiye Ekonomi Politikaları Araştırma Vakfı (The Economic Policy Research Foundation of Turkey) |
| TEV-DEM | Tevgera Civaka Demokratik (Bewegung für eine demokratische Gesellschaft, Syrien) |
| THW | Technisches Hilfswerk |
| UN | United Nations |
| UNAMI | United Nations Assistance Mission for Iraq |
| UNHCR | United Nations High Commissioner for Refugees |
| UNICEF | United Nations Children's Fund |
| VN | Vereinte Nationen |
| WFP | World Food Programme |
| WHO | World Health Organization |
| YDGH | Yurtsever Devrimci Gençlik Hareketi (Patriotische Revolutionäre Jugendbewegung) |
| YPJ | Yekineyen Parastina Jin (Volksfraueneinheiten) |
| YPG | Yekineyen Parastina Gel (Volksverteidigungseinheiten, Syrien) |

Verzeichnis der Autorinnen und Autoren

Dr. Gülistan Gürbey ist habilitierte Politikwissenschaftlerin und Privatdozentin für Politikwissenschaft an der Freien Universität Berlin.

Müzehher Selcuk hat an der Freien Universität Berlin Iranistik und an der Universität Potsdam Military Studies studiert und ist heute freiberufliche Mitarbeiterin bei Network Turkey, Berlin.

Dr. Günter Seufert ist Senior Fellow in der Forschungsgruppe EU/Europa der SWP.

Martin Weiss war viele Jahre Referent für Außenpolitik der SPD-Bundestagsfraktion und dabei unter anderem zuständig für die Beziehungen zum Nahen und Mittleren Osten.

Lektürehinweise

Souad Ahmadoun

**Turkey's Policy towards Syrian Refugees:
Domestic Repercussions and the Need for International Support**
SWP Comments 47/2014, November 2014

Heiko Wimmen

**Teilen und Herrschen: Konfessionalismus und Machterhalt im
Arabischen Frühling: Bahrain, Irak, Libanon und Syrien**
SWP-Studie 11/2014, Juli 2014

Kevin Matthees / Günter Seufert

**Erdoğan und Öcalan verhandeln: Paradigmenwechsel in der türkischen
Kurdenpolitik und neue Strategie der PKK**
SWP-Aktuell 25/2013, April 2013

Günter Seufert

**Außenpolitik und Selbstverständnis:
Die gesellschaftliche Fundierung von Strategiewechseln in der Türkei**
SWP-Studie 11/2012, Juni 2012

Guido Steinberg

Die neue Kurdenfrage: Irakisch-Kurdistan und seine Nachbarn
SWP-Studie 12/2011, Mai 2011